

Jahresbericht 2023

Berliner Register

zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin



Inhalt

Einleitung	03
Berlin im Jahr 2023 - Vom Netz auf die Straße - Mehr Hass und Hetze in Berlin	04
Charlottenburg-Wilmersdorf	10
DOSTA-Jahresbericht 2023	14
Friedrichshain-Kreuzberg	15
Lichtenberg	19
EACH ONE Monitoring	22
Marzahn-Hellersdorf	23
Mitte	27
TIN*-Antigewaltberatung	30
Neukölln	31
Die Zahlen im Detail	34
Interview: Beratungsstelle entschwört.	39
Pankow	41
Reinickendorf	45
Spandau	48
Interview: Eine Perspektive auf den Alltag in Marzahn-Hellersdorf	51
Steglitz-Zehlendorf	53
RIAS-Jahresbericht 2023	56
Tempelhof-Schöneberg	58
Treptow-Köpenick	62
Beratungs- & Dokumentationsstellen in Berlin	65

Impressum

Koordination der Berliner Register

Post: pad gGmbH
Kastanienallee 55, 12627 Berlin
Mail: info@berliner-register.de
Tel.: 01590 - 13 07 803

Die jeweiligen Artikel wurden von den bezirklichen Registerstellen oder der Koordinierungsstelle verfasst.

Redaktion: Kati Becker
Layout: Michael Mallé
Auflage: 1.000 Stück
Stand: August 2024
Fotos: Berliner Register

V.i.S.d.P.: Andreas Wächter, Kastanienallee 55, 12627 Berlin



Gefördert durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.



Einleitung

Das Jahr 2024 begann mit der größten Protestbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik. Millionen Demonstrierende sahen in potenziellen Wahlsiegen der AfD eine ernst zu nehmende Bedrohung für die Demokratie. Im Mittelpunkt der Proteste stand der extrem rechte Kampfbegriff „Remigration“, der die rassistische Fantasie eines völkisch-homogenen Deutschlands verkörpert und nicht ohne Grund zum Unwort des Jahres 2023 erklärt wurde. Gleichzeitig nahm Gewalt gegen geflüchtete Menschen im letzten Jahr bundesweit zu, „Migrationsdebatten“ wurden restriktiver geführt und rassistische Einstellungen bestätigt. Die extreme Rechte hat es über die Jahre geschafft, die Politik indirekt zu beeinflussen. Sie besetzt Begriffe neu, vermengt Fakten und Propaganda und schürt bewusst ein Klima der Angst und des Hasses.

Eines der zentralen Themen, das weiterhin breite Allianzen des Hasses hervorbrachte, war die Ablehnung der Rechte für trans Menschen. Doch die Angriffe richteten sich nicht nur gegen trans Personen, sondern auch verstärkt gegen Schwule, Lesben und andere queere Menschen, wie die AfD-nahe #Stolzmonat-Kampagne im Juni 2023 zeigte. Auch nach dem Ende der Corona-Proteste bündelte sich der Unmut gegen die Ampel-Regierung, insbesondere gegen das Familienministerium und das geplante Demokratiefördergesetz, das als Symbol einer vermeintlichen linken Meinungsdictatur attackiert wurde. Im Zuge dieser Kampagnen wurden auch wir, die Berliner Register, als Teil des angeblich unterdrückenden Establishments, vermehrt angegriffen. Diese hetzerischen Kampagnen sind die neue Realität und Teil des Wahlkampfes für die anstehenden Wahlen in diesem und im kommenden Jahr. Eine der größten Herausforderungen wird es sein, der gezielten Desinformation und der bewussten Emotionalisierung, die zur gesellschaftlichen Destabilisierung beitragen, effektiv zu begegnen.

Der 7. Oktober 2023 markierte eine tiefe Zäsur für das Leben jüdischer und palästinensischer Menschen. Er führte weltweit zu einem massiven Anstieg antisemitischer Vorfälle, insbesondere angeheizt durch die Verbreitung antisemitischer Fake News in den Sozialen Medien.

Die Dokumentation von Vorfällen durch die Registerstellen in Berlin spiegelt diese globalen und nationalen Entwicklungen wider. Die Ergebnisse dieser Arbeit halten Sie nun in Händen. Auf den folgenden Seiten finden Sie eine umfassende Übersicht über die Situation in den Berliner Bezirken, dargestellt in Grafiken, Analysen und Beispielen, ergänzt durch die Expertisen unserer Kolleg*innen von den Monitoringstellen für Antisemitismus, Anti-Schwarzen Rassismus und Antiziganismus.

Zum sechsten Mal publizieren die 12 Berliner Registerstellen einen gemeinsamen Jahresbericht. Noch nie zuvor haben wir so viele diskriminierende und extrem rechte Vorfälle dokumentiert wie im Jahr 2023. Dies ist alarmierend und zugleich positiv, denn hinter jeder Meldung steht eine Person, die ihre Erfahrungen von Ausgrenzung und Gewalt oder ihre Beobachtungen von alltäglicher Diskriminierung nicht unwidersprochen ließ. Unser Dank gilt allen, die das Projekt Berliner Register unterstützt haben – sei es als Melder*in, Anlaufstelle, Kooperationspartner*in, informierte*r Leser*in oder Follower*in.

Für euren Mut und euer Vertrauen, eure Erfahrungen öffentlich zu machen; für eure Wachsamkeit gegenüber extrem rechten Aktivitäten in eurem Umfeld; für euer Engagement dagegen; und für eure Unterstützung, angesichts der andauernden Versuche, die Register zu diskreditieren. Gemeinsam werden wir die offene Gesellschaft verteidigen. Unsere Stärke ist die Solidarität!

Die Berliner Registerstellen,
August 2024

Inhaltliche Kategorien:

- Rassismus mit den drei Unterkategorien
 - Antiziganismus (z.B. Feindschaft gegen Feindschaft gegen Rom*nja und Sinti*zze)
 - Antimuslimischer Rassismus
 - Rassismus gegen Schwarze Menschen/ Anti-Schwarzer Rassismus
- Antisemitismus (z.B. Feindschaft gegenüber Jüd*innen)
- LGBTIQ*feindlichkeit (richtet sich gegen Lesben, Schwule, bi-, trans-, intersexuelle und queere Menschen)
- Antifeminismus
- Sozialchauvinismus (z.B. Feindschaft gegen Obdachlose)
- Feindschaft gegenüber Menschen mit Behinderung/ Ableismus
- Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus
- Rechte Selbstdarstellung (z.B. Propaganda die für extrem rechte Gruppen wirbt)
- Politische Gegner*innen (der extremen Rechten)

Berlin im Jahr 2023

Vom Netz auf die Straße – Mehr Hass und Hetze in Berlin

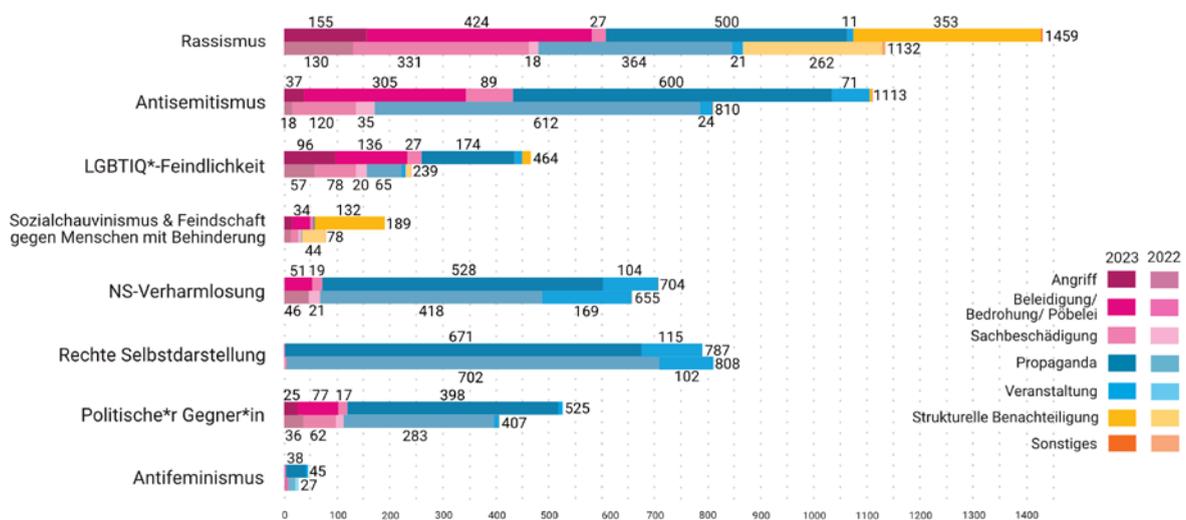
Online-Dynamiken befördern ausgrenzende und abwertende Phänomene. Das hat die Dokumentation extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin im Jahr 2023 bestätigt. Insgesamt wurden 5286 solcher Vorfälle erfasst, über tausend mehr als im Jahr 2022. Hetz-Kampagnen und Desinformation im Internet, ob in Bezug auf den Krieg in Gaza, zum Thema Migration, queere Lebensweisen oder demokratisch engagierte Menschen, wirkten sich auf das Erleben der Betroffenen im Alltag aus. Die Menge und Qualität von Anfeindungen gegen sie ist im Jahr 2023 stark gewachsen. Als Berliner Registerstellen konnten wir selbst die Mechanismen extrem rechter Internetkampagnen erleben, als wir aufgrund unserer Arbeit in den Fokus eines weit über Berlin hinausreichendes Netzwerk von „Trollen“ gerieten.

Über 5000 Vorfälle: Betroffene im Fokus von Kampagnen

Noch nie haben die Berliner Register so viele diskriminierende und extrem rechte Vorfälle in einem Jahr dokumentiert: Im Durchschnitt ereigneten sich pro Tag 14 solcher Vorfälle, in denen Hass verbreitet und Menschen ausgegrenzt oder angefeindet wurden. Hinter dem starken Anstieg steckt einerseits die kontinuierliche Arbeit, die wir in die Vernetzung und den Aufbau von Vertrauen in Communitys

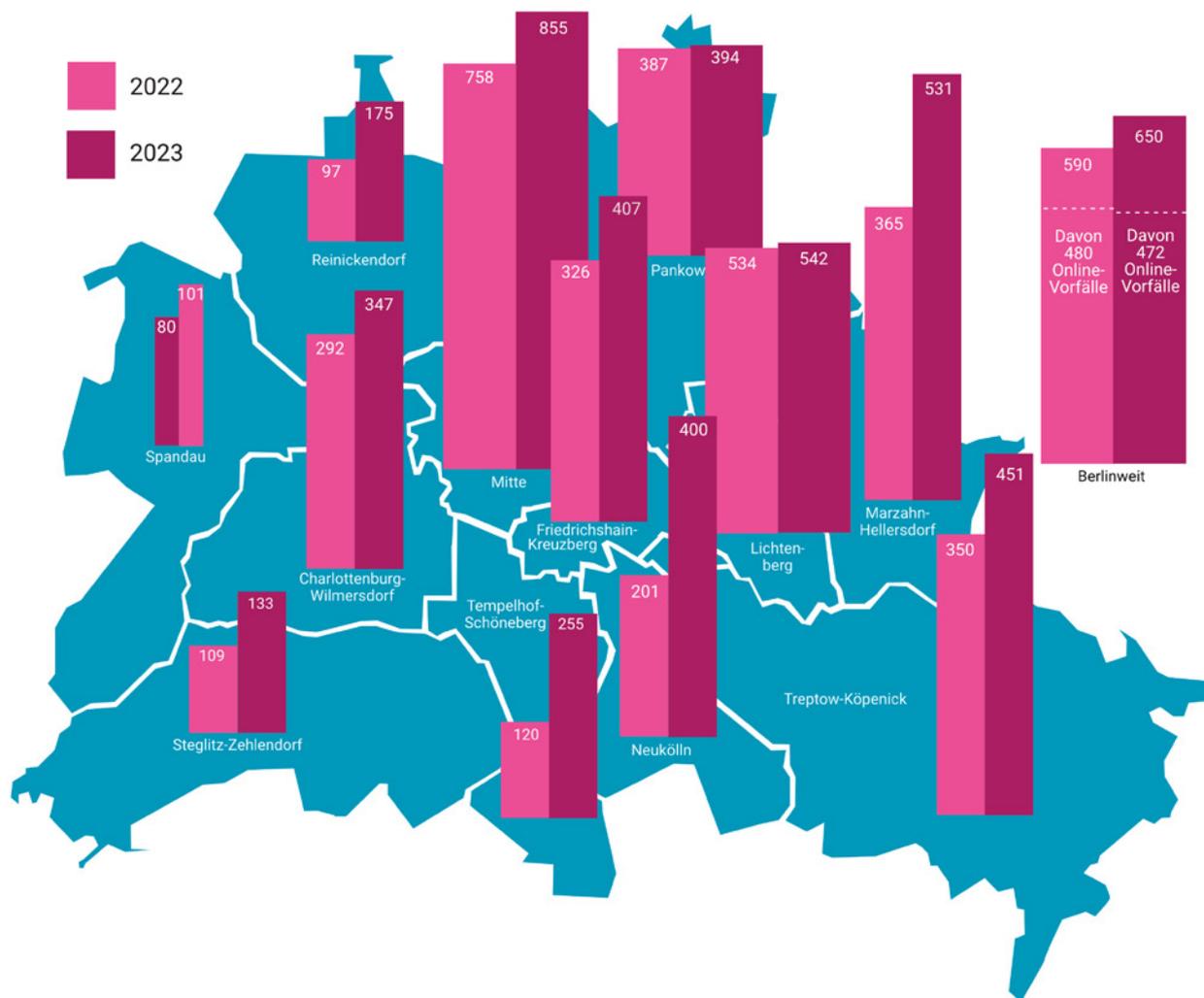
stecken. Denn je bekannter die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Dokumentationsstellen wird, desto höher ist die Zahl der Meldungen. Die Ergebnisse der Dokumentation spiegeln jedoch zugleich die (welt-)politischen Ereignisse und Debatten wider, die die Menschen in Berlin beschäftigten. Es zeigt sich, dass in vielen Bereichen tatsächlich mehr passiert ist und der Anstieg nicht nur auf einen höheren Bekanntheitsgrad zurückzuführen ist.

2023: 5285 Vorfälle in Berlin 2022: 4156 Vorfälle in Berlin



Vorfallsarten:

- Propaganda (z.B. Aufkleber und Schmierereien)
- Veranstaltungen
- Angriffe (z.B. Körperverletzung, massive Bedrohungen)
- Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien
- Sachbeschädigungen (z.B. an Gedenktafeln oder Stolpersteinen)
- Strukturelle Benachteiligung (z.B. behördliche Diskriminierung)
- Sonstiges



Für Menschen aus dem LGBTIQ*-Spektrum hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt und zugespitzt, was die seit 2021 angeheizten Kampagnen gegen die Erweiterung queerer Selbstbestimmung bewirken: Eine Zunahme an Ablehnung und Gewalt in allen Lebensbereichen. Der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober war ein tiefer Einschnitt für Jüdinnen*Juden, der auch in Berlin mit einem massiven Anstieg offen gezeigter antisemitischer Ressentiments und Anfeindungen einherging. Das schlug sich besonders in den Zahlen für Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln nieder. Und die öffentliche Thematisierung sozialer Krisen, die mit rassistischer Sprache und Bildern gesättigt waren, wurde von extrem rechten Akteur*innen instrumentalisiert und spiegelte sich in einem Anstieg rassistischer Vorfälle wider. Allen Themenbereichen gemeinsam ist die wichtige Rolle, die Propaganda, Falschinformation und organisierte Hass-Kampagnen im Internet spielten. Die Konsequenz: Die erfassten Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien sind von etwa 650 auf über 1000 gestiegen – das bisher höchste Niveau. Im Osten der Stadt, besonders den Bezirken Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick, wurde im vergangenen Jahr zudem eine steigende Präsenz der Neonazi-Partei "Der III. Weg" deutlich, deren Aktivitäten auch im Jahr 2024 weiter zunehmen.

Hass auf LGBTIQ*-Menschen: Verdopplung der Vorfallzahlen

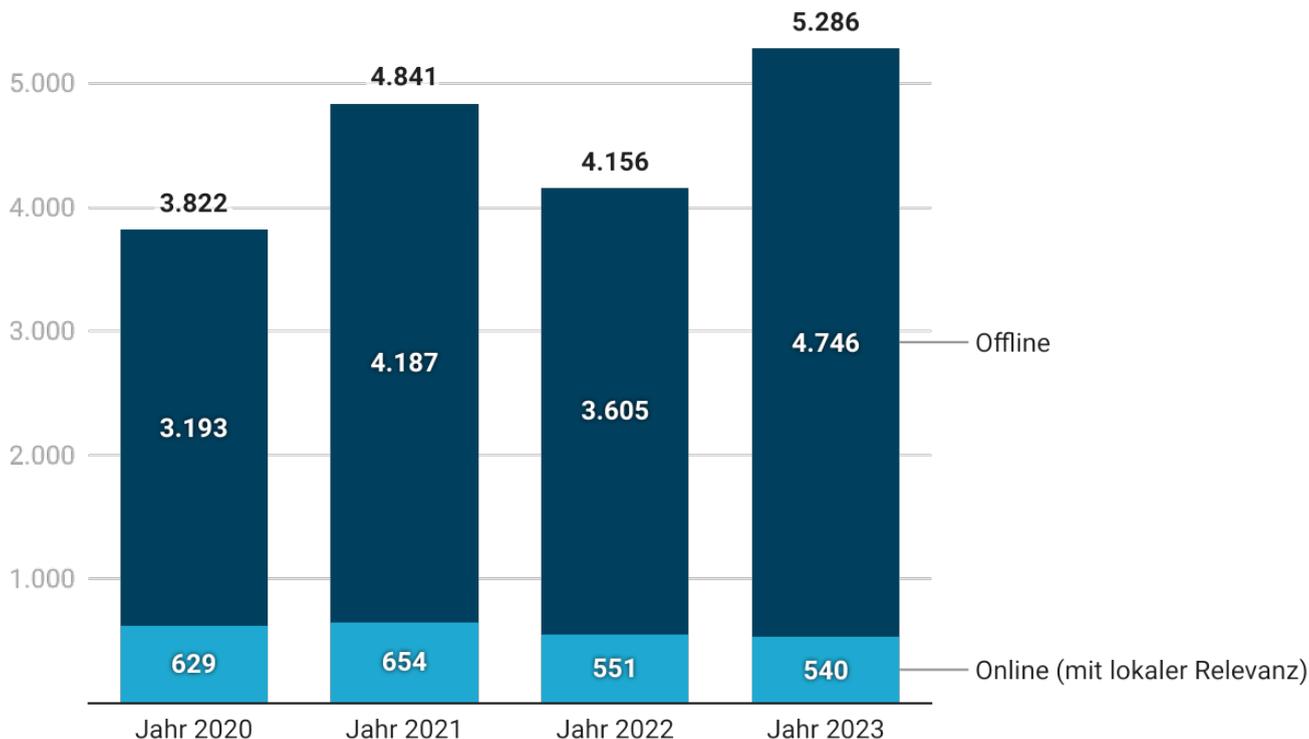
Schon im Verlauf des Jahres 2023 zeichnete sich ab, dass die Gesamtzahl an Vorfällen deutlich über dem der Vorjahre liegen würde. Fast täglich erreichten uns Meldungen von Menschen aus dem LGBTIQ*-Spektrum, die beleidigt oder angegriffen wurden. Ein Anstieg konnte schon seit 2021 beobachtet werden, der auf Stimmungsmache um die Abschaffung des diskriminierenden Transsexuellengesetzes und Kampagnen unterschiedlicher Akteur*innen gegen queeres Leben

fußte. Dieser Trend setzte sich im vergangenen Jahr fort.

Besonders hoch war die Vorfallzahl in den Monaten Juni und Juli. Der weltweit veranstaltete "Pride Month" im Juni gilt als Antwort auf Ausgrenzung und Stigmatisierung von queeren Menschen. Im Juli finden in Berlin diverse Pride-Veranstaltungen, wie der Christopher-Street-Day, statt. Als Gegenentwurf zum "Pride Month" initiierten queerfeindliche Kreise im Jahr 2023 die Online-Kampagne „Stolzmonat“. Sie diente der Verbindung von Nationalismus mit der Ablehnung queerer Lebens- und Liebensweisen. Es beteiligte sich ein breites Spektrum an Blogger*innen der extremen Rechten, rechten Influencer*innen und Mitgliedern der AfD. Die Online-Kampagne übertrug sich auch auf Offline-Vorfälle in Form von Aufklebern mit dem Slogan "Stolzmonat" – im Verhältnis zur hohen Resonanz im Internet blieb die direkte Auswirkung auf der Straße mit ca. 20 Fällen jedoch gering. Dennoch hat sich erwiesen, dass diese Art der Hetze wirkt: Es handelt sich um strategisch eingesetzte Propaganda, die suggerieren soll, der Großteil der Bevölkerung würde Menschen aus dem LGBTIQ*-Spektrum ablehnen. Davon abweichende Positionen sollen verdrängt werden. So erlebten viele Einrichtungen wie Kirchen, Jugendclubs, Rathäuser oder Schulen, dass die von ihnen gehissten "Pride"-Flaggen gezielt beschädigt oder entwendet wurden. Je sichtbarer queere Themen, Symbole und Personen in der Öffentlichkeit sind, desto mehr schlägt ihnen Abwertung und Hass entgegen.

Die Abkürzung LGBTIQ* steht für lesbisch, gay (schwul), bisexuell, trans, inter und queer. Das Sternchen steht für weitere Ausprägungen. "Queer" nutzen wir auch als Sammelbegriff für das gesamte Spektrum. Gleichzeitig drückt der Begriff eine Ablehnung der Idee von Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität aus.

Verhältnis Online-Offline-Vorfälle 2020 - 2023



Diese Sichtbarkeit hat sich im Allgemeinen erhöht, besonders aber in den Randbezirken Berlins. Dabei spielen unter anderem Veranstaltungen wie die "Marzahn Pride" und öffentliche Stellungnahmen verschiedener Einrichtungen durch das Anbringen einer "Pride"-Flagge eine Rolle. Das führt dazu, dass LGBTQI*-Feindlichkeit mittlerweile nicht mehr nur in der Innenstadt vorkommt, sondern sich auf alle Bezirke verteilt. Hinzu kommt, dass im Osten der Stadt die extrem rechte Szene aktiver ist. Sie klebt LGBTQI*-feindliche Aufkleber dort, wo sie sich aufhält. Das Thema nimmt in den Aktivitäten extrem rechter Gruppen wie "Der III. Weg" vermehrt Raum ein. Diese brachten nicht nur diverse Graffiti und Transparente entlang der Route von Pride-Paraden mit Slogans wie "Homo = Volkstod" an, sondern versuchten auch gezielt, Teilnehmende anzugreifen. Der Großteil der Gewalttaten gegen LGBTQI*-Personen wurde aber nach wie vor in den Innenstadtbezirken erfasst: In Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln und Tempelhof-Schöneberg liegen zentrale Veranstaltungsorte und Treffpunkte der queeren Szene. Auf eine LGBTQI*-feindliche Beleidigung oder Bedrohung folgt oft ein körperlicher Angriff, besonders in den öffentlichen Verkehrsmitteln und auf offener Straße. Anders als in den Jahren zuvor lässt sich aber nicht mehr feststellen, dass dies hauptsächlich im Nachtleben der Fall wäre. Personen, die als trans, lesbisch oder schwul wahrgenommen werden, erfahren potenziell zu jeder Tageszeit Gewalt. Tradiertere homo- und transfeindliche Erzählungen wie die der angeblichen Pädokriminalität haben ein Comeback. Täter*innen fühlen sich als „Schützer*innen“ von Kindern, Frauen oder einer völkisch verstandenen Gesellschaft dazu berechtigt, auf queere Lebensweisen und die Erweiterung der Menschenrechte für queere Personen mit Ablehnung und Hass zu reagieren. Auf die Spitze trieb es eine Rednerin bei einer Reichsbürger*innen-Versammlung vor dem Reichstag im Juni: Sie forderte die Bombardierung eines Kindergartens in Berlin, weil dieser auch homosexuelle Betreuer beschäftige. War die gesellschaftliche Akzeptanz queeren Menschen gegenüber in den vergangenen Jahren stetig gestiegen, wurde 2023 erstmals ein Rückgang der Akzeptanz in der Meinungsforschung festgestellt.¹ Die Manipulation über Online-Netzwerke scheint erfolgreich.

Die Berliner Register können kein umfassendes Monitoring des Internets leisten, sondern beschränken sich auf Facebook-Gruppen, Social-Media-Accounts oder Telegramkanäle, die einen lokalen Bezug zu einem Bezirk oder Berlin haben. Hinzu kommen Kommentare, in denen Menschen oder Organisationen aus Berlin adressiert werden. Die Zahl der Online-Vorfälle bleibt deshalb in den meisten Bezirken konstant.

Auswirkungen rassistischer „Migrationsdebatten“

Das Phänomen, dass mit Desinformation und Hetze unterfütterte mediale Debatten den Alltag betroffener Personen beeinflussen, zeigt sich auch beim Thema Rassismus. Wie jedes Jahr machten rassistische Vorfälle die häufigste Kategorie aus. Insgesamt wurden 1459 Vorfälle dokumentiert, etwa 300 mehr als im Jahr 2022. Das Jahr 2023 zeichnete sich durch eine Vielzahl bundesweit geführter Diskussionen aus, in denen Menschen mit Migrationsgeschichte pauschal negative Eigenschaften zugeschrieben und rassistische Stereotype als Tatsachen dargestellt wurden. So entbrannte nach Krawallen an Silvester eine Diskussion, in der Menschen mit Migrationsgeschichte pauschal ein mangelnder "Integrationswille" unterstellt wurde. Der CDU-Politiker Friedrich Merz bezeichnete arabische Jugendliche öffentlich als „kleine Paschas“.² Die Parteien "Die Heimat" (ehemals NPD) und AfD nutzten diese Stimmung für ihre rassistischen Forderungen nach mehr Abschiebungen. Die CDU beteiligte sich in der Neuköllner BVV (Bezirksverordnetenversammlung) zusammen mit der AfD an einer Debatte über das vermeintliche „Migrationsproblem“. Im Sommer wurde auf rassistische Weise über die Sicherheit von Freibädern diskutiert, woraufhin Passkontrollen eingeführt wurden. Zum Teil berichteten Jugendliche mit Migrationsgeschichte, dass sie keinen Zugang mehr zu Badeanstalten hatten. Im Herbst spitzte sich die Debatte weiter zu: Nicht faktenbasierte Aussagen, wie zu kostenlosen Zahnarztleistungen für abgelehnte Asylbewerber*innen, und Forderungen des Bundeskanzlers Olaf Scholz nach Abschiebungen "im großen Stil" trugen zur Emotionalisierung der Stimmung und der weiteren Stigmatisierung von ohnehin schon rassistisch adressierten Menschen bei.

Die medial präsente Verknüpfung von asylsuchenden Menschen und Kriminalität wirkte sich konkret in den Bezirken aus: Vorfälle, die sich gegen geflüchtete Menschen richteten, nahmen im letzten Jahr zu. Mehr als in den Vorjahren reagierten Anwohner*innen feindselig auf die geplante Eröffnung von Unterkünften für geflüchtete Menschen. Den zukünftigen Bewohner*innen wurde pauschal unterstellt, gewalttätig und queerfeindlich zu sein. Extrem rechte Parteien wie „Die Heimat“, „Der III. Weg“ sowie die AfD verbreiteten rassistische Propaganda gegen entstehende Unterkünfte in Wedding, Reinickendorf und Pankow und hielten kleine Kundgebungen ab. Dennoch hat das Thema Flucht bisher eine geringe Mobilisierungskraft im Vergleich zu anderen Themen und zur rassistischen Stimmungslage 2015/16. Doch abseits der Straße zeigte sich anhand des Begriffs „Remigration“, wie erfolgreich die extreme Rechte in der Besetzung von Themen durch Online-Kampagnen ist. Zwar ist dieser extrem rechte Kampfbegriff, welcher in intellektuell-beschönigender Sprache die Deportation eines großen Teiles der deutschen Bevölkerung anhand rassistischer Kriterien bezeichnet, nicht neu – im Jahr 2023 haben die Registerstellen jedoch weitaus mehr Propaganda mit diesem Slogan dokumentiert als in den Jahren zuvor. Dies geschah bereits vor dem Potsdamer Geheimgespräch Mitte November, welches in einer Correctiv-Recherche im Januar 2024 enthüllt wurde.³ So tauchte in Lankwitz kurz zuvor ein großes Graffiti mit dem Schriftzug „Remigration. No Invasion“ auf, im Oktober klebte ein selbst hergestellter Aufkleber mit dem Hashtag „#Remigration“ in einem migrantisch betriebenen Restaurant in Adlershof. Die Sozialen Medien spielten dabei eine enorm wichtige Rolle: Neben der Hashtag-Kampagne nutzte die extreme Rechte Memes, KI-generierte Bilder und Profilbilder, um sich offen zu der menschen- und demokratiefeindlichen Idee zu bekennen. Anschließend konnten sie dabei an öffentlich weit verbreitete Forderungen nach

einer restriktiveren Migrationspolitik und mehr Abschiebungen. Die Verknüpfung von komplexen sozialen Problemlagen mit Migration schürt und bestätigt Emotionen wie Angst und Hass gegenüber geflüchteten und migrantisierten Menschen und dient primär dem Wahlkampf. Rassistische Gewalttäter*innen werden in ihrer Perspektive dadurch bestätigt. Die Leidtragenden sind all jene, die als Projektionsfläche herhalten müssen.

Mit dem 7. Oktober kam eine weitere, rassistische Projektion hinzu, die des „eingewanderten Antisemitismus“. Es ließ sich eine Instrumentalisierung des Anti-Antisemitismus für andere Agenden feststellen.

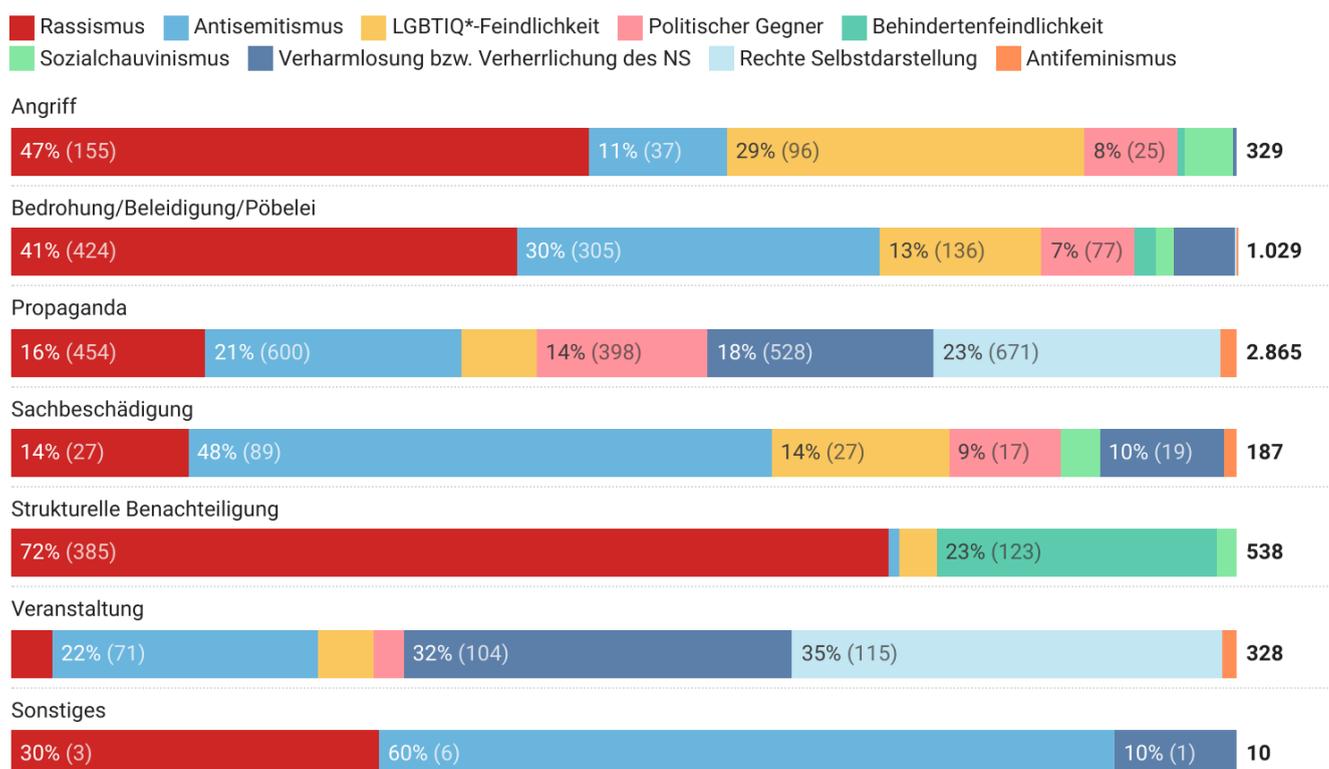
Antisemitismus als Welterklärungsmodell

Bis Oktober 2023 konnte man den Eindruck gewinnen, der Antisemitismus in Berlin sei auf ein alltägliches Maß zurückgegangen. Die gemeldeten antisemitischen Vorfälle lagen unter der Zahl der Vorjahre. Innerhalb weniger Stunden war der Antisemitismus jedoch wieder omnipräsent.

In der Dokumentationsarbeit steigen die Zahlen antisemitischer Vorfälle immer dann, wenn jüdische Menschen in Berlin für etwas, das in Israel passiert, verantwortlich gemacht werden. Die Zahlen steigen auch, wenn der Antisemitismus eine einfache Antwort auf komplexe Probleme, wie eine Pandemie, einen Krieg oder eine Wirtschaftskrise liefert. Im Zuge der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie 2021 waren unterschiedliche antisemitische Ressentiments verbreitet worden. 2022, mit dem Auslaufen der Maßnahmen, gingen diese Vorfälle wieder zurück. Stattdessen wurde in den verschwörungsideologischen Kanälen und Veranstaltungen der Krieg in der Ukraine fokussiert. Die antisemitischen Vorfälle sanken. Wenn Antisemitismus gerade keine wichtige Welterklärungsfunktion erfüllt, ist er unauffälliger und nicht

Was waren die zentralen Motive der Vorfälle?

Prozentuale Verteilung der Vorfallsarten nach den inhaltlichen Kategorien der Berliner Register



Gesamtzahl erfasster Vorfälle im Jahr 2023: 5286.

täglich sichtbar. Das änderte sich mit dem 7. Oktober, dem Tag des Anschlags der Hamas auf Israel, als Bilder getöteter und entführter israelischer Menschen um die Welt gingen. Die direkte Folge war ein Anstieg antisemitischer Vorfälle. Ein Drittel dieser Vorfälle fand im Internet statt, z.B. durch antisemitische Zuschriften an jüdische Organisationen.

Das Niveau der antisemitischen Anfeindungen war 2023 sowohl in der Menge als auch der Qualität der Vorfälle deutlich höher als in den vorherigen Jahren. Allein im Zeitraum nach dem 7. Oktober wurden mehr antisemitische Beleidigungen und Bedrohungen erfasst als in den letzten Jahren je insgesamt. Ein Drittel der im Jahr 2023 erfassten antisemitischen Angriffe ereignete sich im Monat Oktober, darunter einem Brandanschlag auf ein jüdisches Gemeindezentrum. Der durch den Krieg in Gaza befeuerte israelbezogene Antisemitismus zeigte sich auch in der besonders hohen Zahl antisemitischer Sachbeschädigungen (2023: 89; 2022: 35). Im gesamten Berliner Stadtgebiet wurden öffentlich gehisste Flaggen des Staates Israel abgerissen oder verbrannt. Plakate, die auf die von der Hamas entführten Geiseln aufmerksam machten, wurden abgerissen. Selbst in Randbezirken wie Marzahn-Hellersdorf, Reinickendorf oder Pankow, in denen der Nahostkonflikt ansonsten vergleichsweise wenig präsent war, wurden solche Vorfälle dokumentiert. Die meisten verbalen und körperlichen Attacken wurden hingegen in den Innenstadtbezirken Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln und Charlottenburg-Wilmersdorf erfasst, wo sich auch die palästinensolidarischen Veranstaltungen bündelten. Es kam zu gezielten Markierungen der Wohnhäuser jüdischer Personen, Beleidigungen und Angriffen in öffentlichen Verkehrsmitteln, auf der Straße oder am Rande von Demonstrationen.

Diese Zunahme an antisemitischen Anfeindungen in Berlin seit dem Angriff der Hamas auf Israel hat erneut gezeigt, dass politische Geschehnisse in Israel und Palästina direkte negative Auswirkungen auf jüdische und israelische Menschen haben. Das Bedrohungs- und Gewaltpotenzial ist immer da und kann von einem Moment auf den anderen aktiviert werden. Besonders Desinformation und Manipulation im Internet, welche seit Beginn des Krieges gezielt und massenweise verbreitet werden, spielen dabei eine zentrale Rolle.

Berliner Register – ein Denunziationsportal?

Dass wir mit unserer Arbeit nicht nur Zuspruch, sondern auch Kritik und Abwehr auslösen, begleitet uns seit der Einrichtung der ersten Registerstellen. Das Ausmaß des „Shitstorms“, welcher uns im letzten Jahr entgegenschlug, übertraf jeden bisherigen Versuch, gegen die zivilgesellschaftliche Erfassung extrem rechter Vorfälle vorzugehen. Es wurde deutlich: Ziel solcher Hetz-Kampagnen war nicht nur die Einschüchterung und Verhinderung der Arbeit der Berliner Register. Es geht dabei um viel mehr, nämlich um die Destabilisierung der Demokratie und ihrer Institutionen.

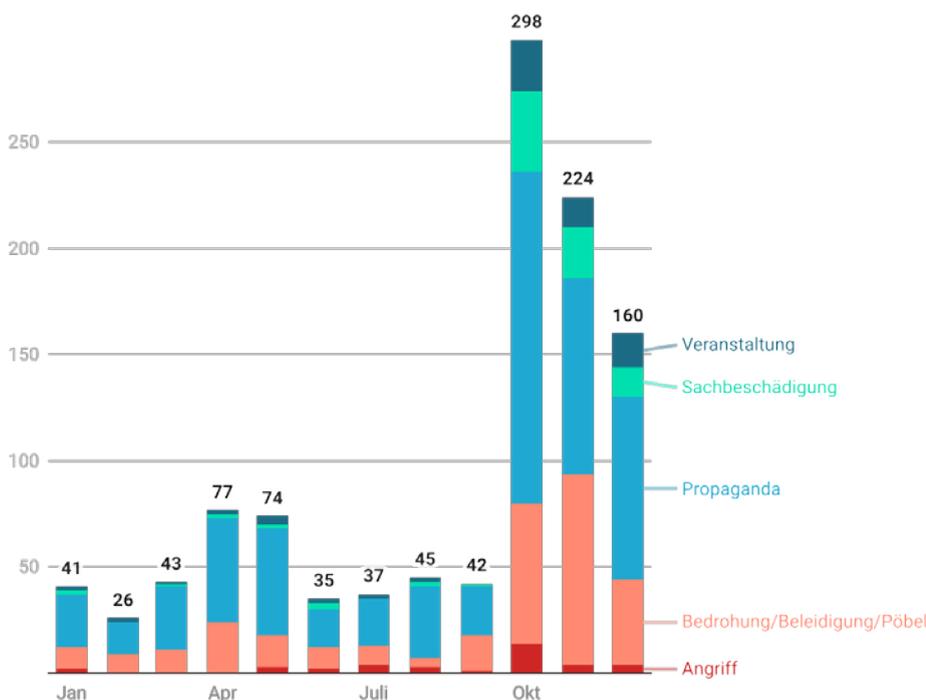
Schon im Frühjahr 2023 erhielten wir auf „X“ (ehemals Twitter) täglich beleidigende Kommentare, die unsere Arbeit falsch darstellten. Urheber*innen waren keine Personen, die der extremen Rechten zuzuordnen sind, sondern einige Frauen, die sich gegen die Gleichstellung von trans Personen engagieren. Sie reagierten auf die Veröffentlichung unserer Auswertung für das Jahr 2022 und unterstellten den Registern Frauenfeindlichkeit. Wir erhielten Briefe, E-Mails und vereinzelte Anrufe. Eine dieser E-Mails wurde ein knappes halbes Jahr später zur Grundlage für einen diffamierenden Artikel in der Neuen Züricher Zeitung mit dem Titel „Meldestellen im ganzen Land erzeugen ein Klima der Verdächtigung. Zum Beispiel ‚Das Berliner Register‘“. Nur wenige Stunden nach der Veröffentlichung warnte die AfD-Politikerin Beatrix von Storch in ihrem Newsletter vor den Berliner Registern. Bereits am nächsten Tag veröffentlichte sie einen Artikel mit dem Titel „Rote und Grüne erschaffen eine Gesinnungsdiktatur“. Einen Tag später folgte das Portal „Reitschuster“, danach weitere Kanäle, die entweder der extremen Rechten oder dem verschwörungsideologischen Spektrum zuzuordnen waren. Insgesamt erschienen im Zeitraum von einem Monat 45 Veröffentlichungen mit Falschaussagen und Hetze gegen die Berliner Register.

Als Reaktion darauf meldeten sich massenweise Menschen per E-Mail bei uns, die uns unterstellten, wie die Stasi oder die Nazis zu agieren. Wir würden das Ziel verfolgen, politisch rechts denkende Menschen in Gefängnisse einzusperren oder töten zu wollen. Zudem wurde das Formular auf unserer Internetseite zum Melden von Vorfällen mit Falschmeldungen sowie rassistischen und transfeindlichen Nachrichten geflutet. Am 7. September 2023 veröffentlichten wir eine Klarstellung zur falschen Darstellung unserer Arbeit: Es werden weder personenbezogene Daten erfasst, noch besitzen die Registerstellen Einfluss auf die Gesetzgebung oder die Arbeit von Ermittlungsbehörden. In der Registerarbeit stand von Anfang an die Perspektive von Betroffenen und die Beschreibung der Funktionsweisen von Ausgrenzung und Diskriminierung im Vordergrund. Doch kein Erklärungsversuch konnte den Shitstorm stoppen. Das Narrativ hat sich gehalten und wird auch 2024 noch verbreitet.

Kampf gegen demokratisches Engagement

Wir fragten uns: Warum wurde ausgerechnet dieser Zeitpunkt für die Veröffentlichung des ersten Artikels gewählt? Es waren Monate vergangen seit der E-Mail, die nun als Aufhänger genutzt wurde. Warum war das Interesse aus Süddeutschland und Österreich an ei-

Arten der Antisemitischen Vorfälle 2023 nach Monaten



Zeitstrahl Shitstorm (Ausschnitt September 2023)

Veröffentlichungen 31.8. - 1.10.2023

Gesamt: 45



Fake-Meldungen und Troll-Emails 31.8. - 1.10.2023

Gesamt: 952



Parlamentarische Anfragen und Anträge 31.8. - 1.10.2023

Gesamt: 11



nem kleinen Projekt des Berliner Senats so groß, dass die Lügen immer wieder veröffentlicht wurden? Im Oktober 2023 fanden Landtagswahlen in Bayern und Hessen statt, im Jahr 2024 folgen drei weitere Bundesländer und die EU-Wahlen. Die AfD versucht solche Kampagnen zu nutzen, das größtmögliche Wählerpotenzial hinter sich zu bringen. Dafür wurde auf starke Emotionen wie Angst, Empörung und Hass gesetzt, die über Falschdarstellungen und bestimmte Schlagworte wie „Diktatur“, „Petzportal“, „Denunziation“ hervorgerufen werden. Mit den gezielten Angriffen in der Öffentlichkeit der (extrem) rechten Medien wurde das Bild eines elitären Zirkels aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung erzeugt. Dieser stecke unter einer Decke, um den „großen Austausch“, die „Gesinnungsdiktatur“ umzusetzen oder die Meinungsfreiheit abzuschaffen. Die Berliner Register dienten dabei vor allem als Aufhänger, um Stimmung gegen die Ampel-Regierung, insbesondere Die Grünen und Familienministerin Lisa Paus, politische Maßnahmen wie das Demokratiefördergesetz oder das Selbstbestimmungsgesetz zu erzeugen. Einzig wählbar sei hingegen die AfD. Teile der Berliner AfD flankierten den Shitstorm durch parlamentarische Anfragen und Anträge in den Bezirken, die die inhaltliche Arbeit, die finanzielle Ausstattung und die Glaubwürdigkeit der dokumentierten Vorfälle in Frage stellten. Politiker*innen machten Filmaufnahmen vor Einrichtungen bezirklicher Registerstellen und beteiligten sich an einem öffentlichen Online-Austausch auf „X“ mit dem Titel „Die Berliner Register zerschlagen“. Dort waren auch extrem rechte Aktivist*innen anwesend.

Liest man die Kommentare unter den Accounts von Politiker*innen, Journalist*innen, Autor*innen oder anderen demokratiefördernden Projekten, wird klar, dass nicht mehr von einem demokratischen Diskurs oder Austausch unterschiedlicher politischer Meinungen gesprochen werden kann. Der Preis für engagierte Menschen, sich für Menschenrechte und Demokratie stark zu machen und sich in sozialen Netzwerken zu äußern, soll so weit in die Höhe getrieben werden, dass sie sich zurückziehen. Auch in Berlin häuften sich die Anfeindungen gegen zivilgesellschaftliche Projekte, Organisationen und Vereine. Diese reichten bis zu Beschädigungen und Brandanschlägen aus rassistischer oder LGBTIQ*-feindlicher Motivation.

Neben uns geriet auch die Beratungsstelle für den Umgang mit Verschwörungsmethoden „entschwört“ ins Visier andauernder Drohungen.

Gegenstrategien im Umgang mit Online-Dynamiken

Das Jahr 2023 hat gezeigt, dass sich die Funktionsweise von politischer Kultur grundlegend verändert hat. Mechanismen in sozialen Netzwerken, wie die Entstehung von Filterblasen oder Algorithmen, die besonders emotional aufregende Beiträge priorisieren, werden durch die extreme Rechte strategisch genutzt. Es soll bei so vielen Menschen wie möglich Misstrauen gegenüber Politiker*innen, Wahlen, Presse, Justiz, Verwaltung und Wissenschaft geschürt werden. Demokratisch legitimierte Institutionen sollen als illegitim und dysfunktional, gar gefährlich gelten. Ausgrenzende und abwertende Phänomene wie LGBTIQ*-Feindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus werden durch diese Dynamiken befördert.

Angesichts der kommenden Wahlkämpfe und der hohen Zustimmung für die Positionen der AfD gilt es, der hoch emotionalisierten Stimmungslage, insbesondere in Bezug auf das Thema Migration, mit einer faktenbasierten und menschenrechtsfundierten Berichterstattung zu begegnen. Es ist wichtig, gut umsetzbare Strategien für den Alltag zu finden, um die negativen Auswirkungen des Internets zurückzudrängen und der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken. Die Gesellschaft muss sich in ihrer Breite mit Manipulation, Desinformation und der Funktionsweise sozialer Netzwerke und künstlicher Intelligenz auseinandersetzen. Das Wissen dazu muss für die breite Bevölkerung zugänglich aufbereitet werden und im Alltag anwendbar sein. Dringend notwendig scheint auch die Entwicklung neuer Diskurs-Formate, in denen eine Akzeptanz für andere politische Meinungen vorherrscht, sofern sie innerhalb des demokratischen Spektrums liegen. Denn neben den Herausforderungen ermöglicht das Internet auch Teilhabe, Kommunikation und Zusammenhalt. Ob in der Familie, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, zwischen Communitys – jede*r Einzelne kann im Kleinen Solidarität stärken, gemeinsam an Problemlösungen arbeiten, andere unterstützen, und vor allem: Sich nicht manipulieren lassen.

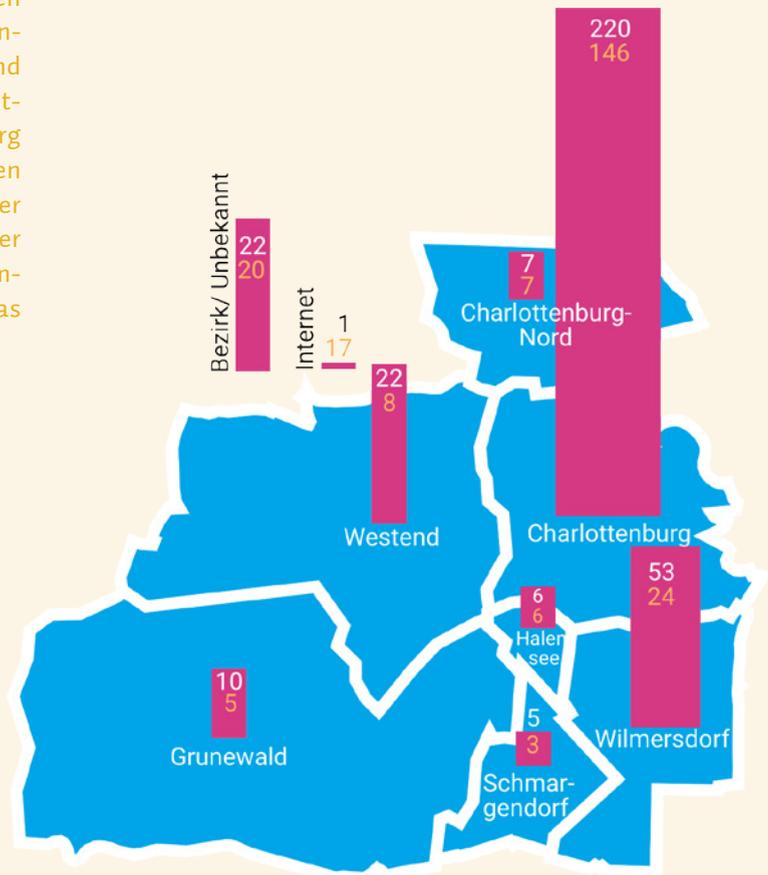
¹ https://www.queer.de/detail.php?article_id=45788

² <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-10-januar-2023-100.html>

³ <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

Charlottenburg-Wilmersdorf

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein Bezirk mit über 340.000 Bewohner*innen. Hier befinden sich die City West, die neben der historischen Mitte eine Zentrumsfunktion in Berlin einnimmt, zentrale Verkehrsknotenpunkte und touristische Attraktionen. In den lokalen Zentren des Bezirks, den Ortsteilen Charlottenburg und Wilmersdorf, werden jährlich die meisten Vorfälle dokumentiert. Vor allem im Berliner Westen haben verschiedene Institutionen der Neuen Rechten ihren Sitz, die wichtige Kommunikations- und Vernetzungspunkte für das rechte Spektrum darstellen.



347 Anzahl Vorfälle 2023
234 Anzahl Vorfälle 2022

„III. Weg“-Aufkleber am Teufelssee

Abgebrannte Bücherbox (Foto: Omas gegen Rechts CW)



Kontakt:
Register Charlottenburg-Wilmersdorf
Schloßstr. 19
14059 Berlin

Tel.: 0178 - 918 58 96
Mail: cw@berliner-register.de
Social Media: @RegisterCW

Meldeformular der Berliner Register: www.berliner-register.de/vorfall-melden

Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahr 2023

Insgesamt wurden 347 Vorfälle dokumentiert (2022: 234), die höchste erfasste Zahl seit Beginn der Dokumentation im Jahr 2013. Charlottenburg-Wilmersdorf als Hotspot der „Neuen Rechten“ kam in der Entwicklung von rassistischen „Remigrations“-Fantasien, die am Jahresende öffentlich skandalisiert wurden, eine besondere Rolle zu. Zudem kam es 2023 vermehrt zu transfeindlicher Hetze im Internet, welche sich in gestiegenen Zahlen von dokumentierten LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen übersetzte. Auch der Nahost-Konflikt wirkte sich auf das gesellschaftliche Klima im Bezirk aus: Erstmals war Antisemitismus das am häufigsten erfasste Motiv.

Besonders die am häufigsten dokumentierte Vorfallsart, die Propaganda, ist im vergangenen Jahr angestiegen (2023: 178; 2022: 123). Auffällig waren dabei vermehrt gemeldete Schmierereien mit NS-verherrlichenden Motiven, wie Hakenkreuzen oder Sigrunen. Der deutliche Anstieg der Vorfälle kann durch eine Melde-Chatgruppe erklärt werden, die 2023 eingerichtet wurde. Diese wurde von Anwohner*innen aktiv genutzt, um Fotos von extrem rechten und diskriminierenden Aufklebern, Flyern oder Ähnlichem schneller und unkomplizierter als bisher an das Register zu senden.

Aber auch die Zahlen der gemeldeten Bedrohungen und Beleidigungen sowie der körperlichen Angriffe sind angestiegen und auf dem höchsten Stand der vergangenen fünf Jahre. So konnten 24 Angriffe und 63 Bedrohungen, Beleidigungen oder Pöbeleien dokumentiert werden. Bei diesen Vorfällen ist Rassismus nach wie vor das Hauptmotiv. Das bedeutet konkret: In Charlottenburg-Wilmersdorf ereignete sich 2023 durchschnittlich alle zwei Wochen eine körperliche Attacke. Hinter den Zahlen verstecken sich oftmals traumatische Erlebnisse für die Betroffenen. Viele Menschen fühlen sich in

ihrem Kiez nicht (mehr) sicher, trauen sich nicht, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen oder die Wohnung zu verlassen. So zum Beispiel im Fall einer Familie, die im März durch eine Nachbarin bedroht und beleidigt wurde. Die Frau schlug gegen die Wohnungstür, schrie die Familie an und beleidigte sie rassistisch sowie sexistisch. Ein Zeuge berichtete, dass sich ähnliche Situationen bereits mehrfach zugetragen hätten. Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf steht Betroffenen in solchen Fällen zur Seite und kann bei der Suche nach einer Beratungsstelle unterstützen.

Antisemitismus erstmals häufigstes Motiv

Erstmals seit Beginn der Dokumentation in Charlottenburg war das am häufigsten erfasste Vorfallsmotiv Antisemitismus (2023: 83; 2022: 43). Die Zahl antisemitischer Vorfälle in Charlottenburg-Wilmersdorf ist im Vergleich mit anderen Bezirken hoch, antisemitische Angriffe (2023: 4; 2022: 3) sowie Bedrohungen und Beleidigungen (2023: 15; 2022: 16) sind aber auf Vorjahresniveau geblieben. Dass die Zahl der Vorfälle im Bezirk höher ist, ist darauf zurückzuführen, dass sich Charlottenburg-Wilmersdorf durch viele jüdische Einrichtungen und eine aktive jüdische Community auszeichnet, welche auf offener Straße, im öffentlichen Nahverkehr und in Gaststätten zur Zielscheibe antisemitischer Anfeindungen und Angriffe werden können. In kaum einem anderen Bezirk ist jüdisches Leben so sichtbar wie hier. So kam es beispielsweise im Juli in einem koscheren Supermarkt zu einer antisemitischen Belästigung.

Die neue Höchstzahl lässt sich durch einen starken Anstieg antisemitischer Propaganda nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 07. Oktober 2023 erklären (2023: 42; 2022: 22). Etwa zwei Drittel, also 28 der dokumentierten antisemitischen Propaganda-Vorfälle ereignete sich in den Monaten

Oktober bis Dezember. In mehreren Fällen wurden israelbezogene antisemitische Parolen wie „Kindermörder Israel“ in U-Bahnhöfen geschmiert oder als Aufkleber geklebt. Diese Parole zielt darauf ab, den Staat Israel zu dämonisieren, Feindseligkeit und Vorurteile gegenüber Juden*Jüdinnen zu schüren, indem sie die uralte stereotype Vorstellung verstärkt, dass Juden*Jüdinnen und Israelis absichtlich Kinder töten würden.

Auch die Zahl der dokumentierten Sachbeschädigungen hat zugenommen (2023: 18; 2022: 6). Von den insgesamt 18 dokumentierten Sachbeschädigungen hatten 14 ein antisemitisches Motiv. So wurde ein Chanukka-Leuchter umgestoßen und beschädigt, Israel-Flaggen wurden abgerissen und Plakate, die an die von der Hamas entführten Geiseln erinnern, mit antisemitischen Parolen beschmiert.

Häufig waren Gedenkort das Ziel der Zerstörungen, beispielsweise wurden immer wieder Stolpersteine beschädigt. Hier bestand ein Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt. Besonders schockierend war der Brandanschlag auf die Bücherbox an der Gedenkstätte Gleis 17 in Grunewald. Bereits zwei Monate zuvor war dort eine Gedenktafel beschädigt worden. Die Zerstörung der Bücherbox ist Teil einer Anschlagserie, die sich unter anderem auch gegen ein LGBTIQ*-Projekt in Neukölln richtete. Schon in der Vergangenheit dokumentierten die Berliner Register Schmierereien, die dem inzwischen von der Polizei gefassten Täter zugerechnet werden können. Glücklicherweise kamen innerhalb eines halben Jahres genügend Spendengelder zusammen, um die Bücherbox zu erneuern. Über das Entsetzen über den Brandanschlag hinaus machte die Spendenkampagne deutlich, dass es eine starke Zivilgesellschaft im Bezirk gibt, die an einem Strang zieht, wenn es um das Gedenken an die Shoah und die Verurteilung von Antisemitismus geht.

9. März 2023

In der Nähe des Bahnhofs Messe Nord/ICC wurde gegen 14.00 Uhr ein Mann von drei jungen Männern aus sozialchauvinistischen Motiven angegriffen. Der Betroffene wurde angepöbelt, mit einem Teleskopschlagstock geschlagen und gegen den Kopf getreten.

Quelle: City Station der Berliner Stadtmission

22. März 2023

Gegen 16.00 Uhr wurde eine 14-Jährige am S-Bahnhof Jungfernheide von einer Frau rassistisch beleidigt, geschubst und geschlagen. Die Betroffene war gemeinsam mit ihren Mitschüler*innen am Bahnsteig als sie von einer Frau angepöbelt und bedrängt wurde. Dann wurde sie von einer weiteren Frau geschubst und ins Gesicht geschlagen. Ein Passant, der Zivilcourage zeigte, wurde ebenfalls beleidigt. Auch nach dem Eintreffen

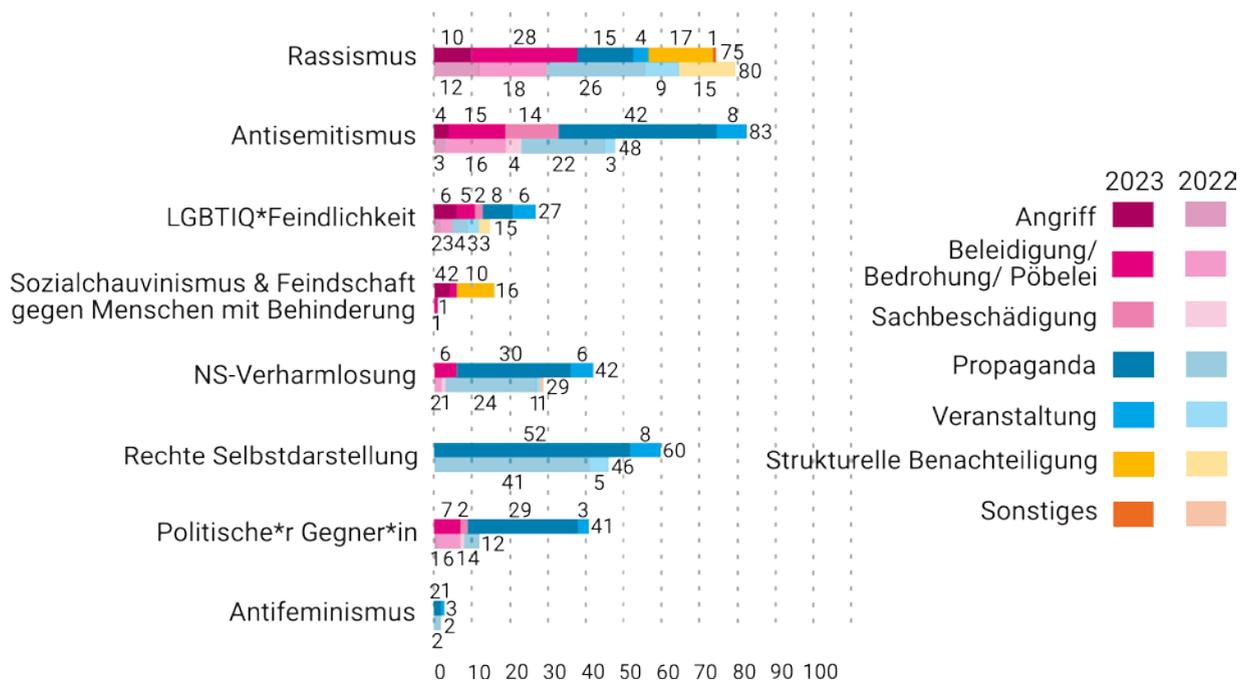
der Polizei setzten die beiden Frauen die Beleidigungen fort.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 0419 vom 23.03.2023

23. März 2023

Auf einem Männer-WC an der TU Berlin wurden ein Hakenkreuz und eine „Sieg-Heil“-Schmiererei an einem Handtuchhalter entdeckt.

Quelle: Meldeformular der Berliner Register



Remigration: Extrem rechte Deportationsphantasien

Zivilgesellschaftlicher Zusammenhalt wurde auch bei den zahlreichen Protesten deutlich, nachdem ein geheimes Treffen von bekannten Mitgliedern der extremen Rechten, Unternehmer*innen und Parteimitgliedern von AfD und CDU bekannt wurde, welches im November 2023 in einem Gästehaus am Potsdamer Lehnitzsee stattfand. Bei der Veranstaltung wurde unter dem Stichwort "Remigration" über die Planung, Finanzierung und die rassistisch motivierte Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland gesprochen. Der zentrale Redner dieser Veranstaltung – ein bekannter österreichischer Aktivist der Identitären Bewegungen (IB) – trat nur wenige Monate zuvor in einem Lokal in Wilmersdorf auf und las dort aus seinem Buch, in dem jene „Remigration“ gefordert wird.

Die völkisch-rassistischen Konzepte und Ideen, welche bei dem Potsdamer Geheimgetreffen diskutiert und propagiert wurden,

sind jedoch keinesfalls neu. Die Forderung nach der Herstellung eines „ethno-kulturell“ homogenen Deutschlands durch die zwangsweise Ausweisung aller als "nicht-deutsch" identifizierten Menschen ist seit jeher zentral für extrem rechte Ideologie und unter der Parole „Ausländer raus“ seit Jahrzehnten bekannt.

Die Neue Rechte verschleiert dieses Ziel. Sie versucht stattdessen, durch die Verwendung anderer Begriffe gesellschaftlichen zu erlangen. Unter den Schlagworten „Metapolitik“ oder „Kulturrevolution von rechts“ versuchen Akteur*innen der Neuen Rechten gesellschaftliche Denkweisen zu etablieren, die auf dem Ausschluss und der Abwertung bestimmter marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen basieren.

Der Bezirk gilt als Hotspot der „Neuen Rechten“, die mit Einrichtungen wie der Bibliothek des Konservatismus (BdK) oder der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ eine bundesweite Bedeutung für die Ideologiebildung haben. Das spiegelte sich vor

allem in der Anzahl und inhaltlichen Ausrichtung der erfassten Veranstaltungen wider. So veranstaltete die Zeitung Junge Freiheit mit Sitz am Hohenzollerndamm 2023 zum zweiten Mal ein groß angelegtes Sommerfest in Wilmersdorf, bei dem sich die internationale und bundesweite „Neue Rechte“ vernetzte. Anwesend waren neben Journalist*innen, Youtuber*innen und diversen AfD-Politiker*innen aus dem gesamten Bundesgebiet auch Vertreter*innen verschiedener extrem rechter Organisationen, darunter Akteure, die Verbindungen zum völkisch-nationalistischem „Flügel“ der AfD haben, ehemalige Vorsitzende der seit 2023 vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Jungen Alternative sowie Vorstandsmitglieder der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, die in der Vergangenheit Mitglied von extrem rechten Burschenschaften waren.

Die Bibliothek des Konservatismus (BdK), welche sich in der Fasanenstraße in Charlottenburg befindet, bietet verschiedenen

21. Mai 2023

In der Nähe des S-Bahnhofs Charlottenburg wurde ein SPD-Politiker von einem extrem rechten Medienaktivisten verfolgt und gefilmt. Dabei fragte der rechte Aktivist ihn unter anderem nach der Souveränität Deutschlands und einem Friedensvertrag. Die Verschwörungserzählung, Deutschland hätte nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Friedensvertrag geschlossen und sei daher keine souveräne Nation, wird vor allem durch die Reichs-

bürger-Szene vertreten.

Quelle: Register CW

2. November 2023

In der Nähe vom Schloss Charlottenburg wurden Jugendliche, die eine Kufiya (Palästinensertuch) trugen, von Passant*innen antimuslimisch-rassistisch beschimpft. Das Datum entspricht nicht dem genauen Datum des Vorfalls.

Quelle: Register CW

9. November 2023

Neben Stolpersteinen von zwei Häusern in der Xantener Straße in Wilmersdorf und dort für die Opfer anlässlich des Gedenkens der Reichsprogromnacht von 1938 aufgestellten Blumen und Kerzen wurde der Schriftzug „stop the genocide“ geschmiert. Dadurch wurden die Opfer der Shoah mit dem aktuellen politischen Handeln Israels gleichgesetzt und als Juden*Jüdinnen zu Täter*innen gemacht.

Quelle: Meldung einer Einzelperson

rechten, völkisch-nationalistischen, antifeministischen und christlich-fundamentalistischen Strömungen Raum, um ihre Ideologien zu verbreiten und ermöglicht es den Akteur*innen sich zu vernetzen. Die Selbstbezeichnung der Einrichtung als „konservativ“ verdeckt dabei die einschlägige Nähe zu extrem rechten Ideologien. Neben einem umfangreichen Bestand an (extrem) rechter Literatur finden in der BdK Vorträge zu unterschiedlichen Themen statt, von denen im vergangenen Jahr 12 vom Register dokumentiert wurden. Bei diesen Veranstaltungen wurde ein breites Spektrum an Themen aufgegriffen, in dem Aussagen enthalten waren, die als rassistisch, antifeministisch, NS-verharmlosend und LGBTIQ*-feindlich bewertet werden können. Die Inhalte sind im Vergleich zu den Vorjahren differenzierter: Während zuvor migrations- und antimuslimisch rassistische Positionen den Großteil der Veranstaltungen dominierten, nahmen sie 2023 einen ähnlichen Stellenwert ein wie andere dokumentierte Inhalte. So gab es beispielsweise ebenso viele Veranstaltungen, in denen Aussagen vorkamen, die als NS-verharmlosend oder rassistisch gewertet werden können – jeweils drei.

LGBTIQ*-Feindlichkeit angestiegen, Transfeindlichkeit

In Charlottenburg-Wilmersdorf gibt es, ebenso wie berlinweit, seit 2021 einen besorgniserregenden Anstieg von LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen. So stiegen die Vorfälle 2023 um 80% (2022: 15; 2023: 27), darunter 6 Angriffe und 5 Beleidigungen und Bedrohungen. Mehr als ein Drittel der Vorfälle war transfeindlich motiviert. Diese Entwicklung erfolgt vor dem Hin-

tergrund der öffentlichen Debatte um das Selbstbestimmungsgesetz und der zunehmenden Sichtbarkeit von trans Personen. Akteur*innen unterschiedlicher politischer Lager haben bei Veranstaltungen zum Thema „Trans“ politische Brücken geschlagen. So organisierten konservative Feministinnen im Juni eine transfeindliche Demonstration in Charlottenburg. In Redebeiträgen und auf mitgeführten Schildern wurde gegen trans Menschen und geschlechtliche Selbstbestimmung gehetzt. So wurde z. B. das Strohmann-Argument der „bedrohten Kinder“, welche zu irreversiblen medizinischen Veränderungen gedrängt würden, angeführt. Darüber hinaus fokussierten sich ultrakonservative bis extrem rechte Akteure verstärkt auf das Thema „Trans“. Auch digitale Hasskampagnen wurden genutzt, um transfeindliche Inhalte im Bezirk zu verbreiten. So diente während des Pride-Monats eine extrem rechte Kampagne unter dem Hashtag „Stolzmonat“ dazu, LGBTIQ*-Forderungen lächerlich zu machen. In diesem Rahmen machten Mitglieder der AfD Charlottenburg-Wilmersdorf Fotos vor der Mensa der Technischen Universität Berlin und es wurde einer Kinder- und Jugendeinrichtung in Charlottenburg ein Ausdruck in den Briefkasten geworfen, der die Kampagne bewarb. Durch den aufgeheizten öffentlichen Diskurs im Netz fühlten sich Menschen dazu legitimiert, ihre diskriminierenden anti-LGBTIQ*-Positionen auszuleben. Diese Positionen sind Türöffner für die rechte Szene im rechten Kulturkampf, um Verbindungen zu weiteren Milieus aufzubauen.

Licht ins Dunkelfeld bringen: Vorfälle melden!

Wir möchten uns ganz herzlich bei allen Melder*innen, Anlaufstellen und Kooperationspartner*innen bedanken, die uns dabei helfen, das Dunkelfeld in Hinblick auf Diskriminierung und rechte Gewalt etwas zu erhellen. Trotzdem sind die Vorfälle, die das Register erfasst, nur ein kleiner Ausschnitt aus den zahlreichen Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen von Betroffenen. Ihren Perspektiven und alltäglichen Erfahrungen Sichtbarkeit zu verschaffen, ist unser Ziel. Helfen Sie uns dabei, indem Sie uns Vorfälle, die Sie selbst erlebt oder beobachtet haben, melden.



Den ausführlichen Jahresbericht für Charlottenburg-Wilmersdorf können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



DOSTA-Jahresbericht 2023 für die Berliner Register

Die Dokumentationsstelle Antiziganismus DOSTA/ MIA Berlin verzeichnete im Jahr 2023 eine Fallzahl von 210 antiziganistischen Vorfällen. Damit halten sich die Fallzahlen auf ähnlich hohem Niveau wie im vorherigen Jahr. Dabei sind die meisten Fälle in den drei Lebensbereichen Kontakt zu Leistungsbehörden (46), in der Öffentlichkeit & im Alltag (33) und im Bildungsbereich (38) gemeldet worden.

Das vergangene Jahr war von anhaltenden, gesellschaftlichen Debatten wie der Abschiebepaxis des Landes Berlins und dem zunehmenden Rechtsruck geprägt. Diese Entwicklungen haben sich in den bei DOSTA gemeldeten Fällen widerspiegelt. Rom*nja oder so gelesene Menschen, insbesondere aus der Republik Moldau waren besonders vulnerabel und erlebten in Berlin immer wieder Antiziganismus durch Institutionen wie Leistungsbehörden und Bildungseinrichtungen, aber auch antiziganistische Anfeindungen im öffentlichen Raum.

Hier ist anzumerken, dass diese Ausschlussmechanismen auch EU-Bürger*innen, beispielsweise aus Rumänien und Bulgarien und auch Menschen aus den Westbalkanländern betreffen. Antiziganistische Diskurse rund um das Thema Asyl ziehen sich bereits seit Jahrzehnten durch die gesellschaftlichen und medialen Debatten. Dies beobachtet und erfasst DOSTA seit Beginn des Projekts, so auch in Bezug auf Geflüchtete aus der Republik Moldau.

Seit dem Ende des Winterabschiebestopps am 31.3.2023 wurden aus Berlin fast wöchentlich Sammelausschiebungen in die Republik Moldau vorgenommen. Dabei gehen Vollzugsbehörden immer gewaltvoller vor. Antiziganistische Mechanismen, mit denen als Rom*nja wahrgenommene Geflüchtete auch in den Jahren zuvor konfrontiert waren, nahmen zu: Ausschlüsse aus den Versorgungs- und Leistungsstrukturen, Benachteiligung in Unterkünften, antiziganistische Diskurse, Parolen und Beleidigungen in der Öffentlichkeit. Auch im Jahr 2023 wurden im Bereich Öffentlichkeit ähnlich viele Vorfälle gemeldet, wie auch im Jahr davor. Diese Entwicklung deutet auf die anhaltende Akzeptanz antiziganistischer Beleidigungen und Schikanen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft hin und dass antiziganistische Einstellungen immer noch weit verbreitet sind. Auch die Situation im Bildungsbereich hat uns besonders beschäftigt, da sich keinerlei positive Veränderungen zeigten.

Bei Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus ist der Zugang zu Schulplätzen weiterhin nicht gewährleistet und insgesamt ist eine deutliche Benachteiligung von migrantisch gelesenen Menschen zu beobachten. Dies betrifft aber auch EU-Bürger*innen, die von Antiziganismus betroffen sind, beispielsweise aus Bulgarien und Rumänien. Im Bildungsbereich, am häufigsten in Schulen, werden junge Menschen mit selbst- oder fremdzugeschriebenem Roma-Hintergrund häufig Opfer von rassistischem Mobbing, sowohl seitens der Mitschüler*innen als auch durch Lehrkräfte. Betroffene berichten von teilweise täglichen antiziganistischen Beschimpfungen im Schulalltag.

Im Bereich Kontakt zu Leistungsbehörden beobachten wir seit Jahren antiziganistische Praktiken, die sich in den meisten Fällen existenzbedrohlich auswirken. Antragsteller*innen, die Rom*nja sind oder für solche gehalten werden, müssen nach wie vor mit der Anforderung irrelevanter Unterlagen und mit restriktiveren Überprüfungen rechnen, vor allem im Kontakt mit dem Jobcenter. Im Zuge des

Nah-Ost-Konflikts sind zum Jahresende erstmalig anti-muslimisch motivierte Fälle gegenüber Rom*nja dokumentiert worden.

Handlungsempfehlungen

In den zehn Jahren der Erfassung von antiziganistischen Vorfällen hat die Dokumentationsstelle Antiziganismus insgesamt 1501 Fälle in den verschiedensten Lebensbereichen dokumentiert. Durch die jahrelange Erfassung konnte das Projekt dazu beitragen, dass Antiziganismus sichtbarer und auch ein wichtiger Bestandteil der Antidiskriminierungsarbeit geworden ist.

Auch in der Politik und Verwaltung wird die Bekämpfung von Antiziganismus immer mehr mitgedacht, so dass auch entsprechende Maßnahmen getroffen werden konnten, wie zum Beispiel die Einrichtung der Stelle des Bundesbeauftragten gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma.

Auch für die Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) hat sich das Projekt jahrelang stark gemacht und sich mit vielen anderen Antidiskriminierungsprojekten an der Ausgestaltung dieses intensiv mit eingebracht. Das Ziel des LADG's war es, zumindest einige Rechtsschutzlücken für von Antiziganismus betroffene Menschen zu schließen. Denn unsere Auswertungen der letzten Jahre haben immer wieder auf etliche Ausschlussmechanismen, auf strukturellen Rassismus und institutionellen Antiziganismus hingewiesen, die zu bekämpfen sind.

Dazu braucht es neben einer starken Antidiskriminierungslandschaft, auch starke rechtliche Instrumente, um gegen rassistisches Mobbing in der Schule, gegen rassistische Polizeigewalt oder gegen gewaltvolle Abschiebungen, etc. juristisch vorgehen zu können. Das sind wichtige, positive Entwicklungen, die gemacht wurden und dennoch darf es nicht dableiben. Der stetige Anstieg der Fallzahlen, aber auch die aktuellen politischen Entwicklungen zeigen, dass es einen hohen Handlungsbedarf gibt. So muss beispielsweise auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) dringend reformiert werden, um auch gegen behördliche Schikanen vorgehen zu können, denn gerade bei Ämtern machen Rom*nja und Sinti*zze die meisten Diskriminierungserfahrungen, wie unsere jahrelange Erfassung zeigt.

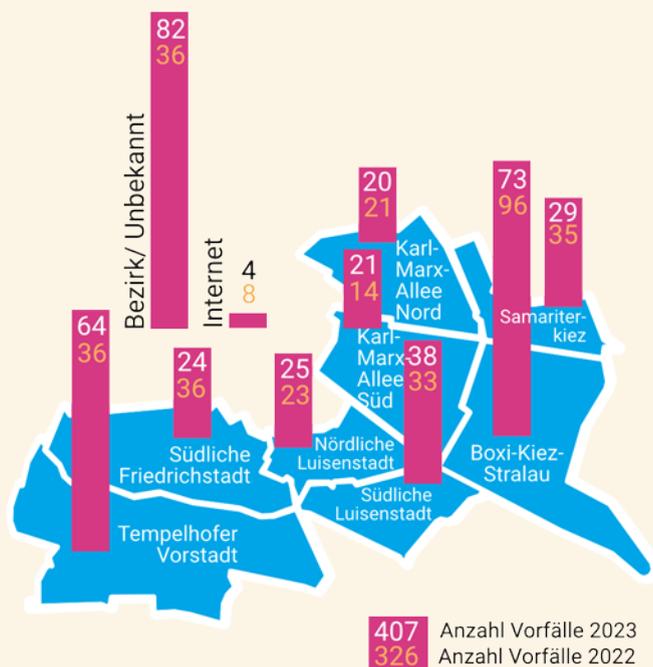
Gerade in Zeiten des immer lauter und sichtbarer werdenden Rechtsruck ist es umso wichtiger, Betroffene von Antiziganismus und anderen Rassismusformen zu stärken und zu unterstützen. Detaillierte Handlungsempfehlungen zu den einzelnen Lebensbereichen sind in unserem 10-Jahres-Bericht näher erläutert, der am 18.09.2024 veröffentlicht wird.

Weitere Informationen finden sich auf:
amaroforo.de/projekte/dosta

Friedrichshain-Kreuzberg

Friedrichshain-Kreuzberg ist der flächenkleinste, am dichtesten besiedelte und von den Einwohnern her der „jüngste“ Berliner Bezirk. Er entstand durch die Zusammenlegung des Westberliner Bezirks Kreuzberg und des Ostberliner Bezirks Friedrichshain im Jahr 2001. Die Bevölkerungszusammensetzung, hinsichtlich der Lebensweisen und der Herkunft, ist bis heute sehr unterschiedlich.

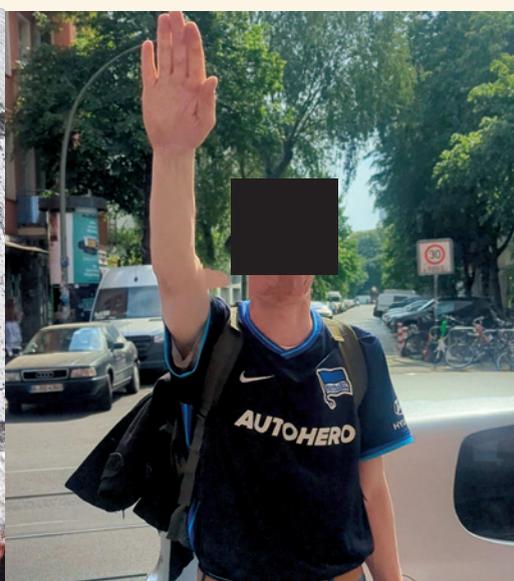
Aus dem Stadtteil Friedrichshain wurden dem Register erstmalig weniger Vorfälle gemeldet, als aus Kreuzberg. Propaganda, Angriff, Beleidigung, Bedrohung und Sachbeschädigung sind die Bereiche, die mit Abstand im Sozialraum Frankfurter Allee Süd (Boxikiez / Stralau) in Friedrichshain die gesamte Bezirksstatistik anführen. In Kreuzberg steht der Sozialraum Tempelhofer Vorstadt mit Propaganda, Beleidigung, Bedrohung und Veranstaltungen an der Spitze.



SS-Runen in der Frankfurter Allee



Hitlergruß in der Simon-Dach-Straße



Kontakt:

Register Friedrichshain-Kreuzberg

UBI KLIZ e. V.

Kreutzigerstr. 23, 10247 Berlin

Tel.: 030 - 740 788 31

Mobil: 0157 - 77 36 99 42

Mail: fk@berliner-register.de

Web: www.register-friedrichshain.de

Facebook: [RegFhainKberg](https://www.facebook.com/RegFhainKberg)

X: [@RegFhainKberg](https://twitter.com/RegFhainKberg)

Mastodon: dju.social/@RegisterXhain

Bluesky: [bsky.app/profile/register-](https://bsky.app/profile/register-kreuzhain.bsky.social)

[kreuzhain.bsky.social](https://bsky.app/profile/register-kreuzhain.bsky.social)

Propaganda bleibt auf hohem Niveau

Für das Jahr 2023 wurden mit 407 Vorfällen 81 Vorfälle mehr als im Vorjahr verzeichnet. 144 ereigneten sich im Ortsteil Friedrichshain, 177 im Ortsteil Kreuzberg, 82 waren keinem Ortsteil zuzuordnen und 4 Vorfälle fanden im Internet statt.

Die Anzahl von Vorfällen in den Kategorien Propaganda (2023: 175; 2022: 174), Veranstaltungen (2023: 20; 2022: 25) und Sachbeschädigungen (2023: 11; 2022: 13) ist gegenüber dem Vorjahr fast unverändert. Angriffe (2023: 62; 2022: 36), Beleidigungen, Bedrohungen, Pöbeleien (2023: 88; 2022: 57) und strukturelle Benachteiligen (2023: 49; 2022: 20) sind ca. doppelt so hoch, wobei es insbesondere die Beleidigungen sind, die zugenommen haben.

Auch bei den Motiven kam es zu Verschiebungen. LGBTIQ*-Feindlichkeit stieg weiter an (2023: 58; 2022: 29) und hat sich fast verdoppelt, ebenso Vorfälle in Bezug auf Rassismus (2023: 116; 2022: 80). Behinderntenfeindliche Vorfälle (2023: 5; 2022: 2) werden selten gemeldet, haben sich aber verdoppelt, ebenso wie Sozialchauvinismus (2023: 15; 2022: 5). Damit gemeint sind Vorfälle, die sich überwiegend gegen obdachlose Menschen richten. Hier haben sich die Meldungen verdreifacht. Im Motivfeld Antisemitismus gab es den höchsten Anstieg: 123 Vorfälle (2022: 27) wurden verzeichnet.

Propaganda, zu der Sticker und Schmiereien zählen, ist im Bezirk weiterhin die häufigste Vorfallsart mit 174 Vorfällen. Der Anteil an den bisher häufigsten Motiven rechte Selbstdarstellung und gegen politische Gegnerschaft ist weiterhin rückläufig.

Im Motivfeld Antisemitismus ist hingegen ein erheblicher Zuwachs ab Oktober 2023 zu verzeichnen. Hintergrund ist der Krieg in Gaza und Israel, der durch den Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober ausgelöst wurde. In diesem Themenkomplex wurden deutlich mehr Vorfälle gemeldet, als in die Chronik aufgenommen wurden. Schmiere-

rien wie „Israel=Genozid“, „Genozid“ oder „Free Palastine“, wurden aus allen Sozialräumen gemeldet. Sie sind jedoch nicht eindeutig genug antisemitisch, um Eingang in die Chronik zu finden.

Eine weitere Form der Propaganda sind verbotene NS-Symbole. Das Hakenkreuz ist die am häufigsten verwendete verbotene Rune. Die Meldungen von im öffentlichen Raum angebrachten Hakenkreuzen haben sich verdreifacht (2023: 26; 2022:9). Der Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass Hakenkreuze in Verbindung mit Davidsternen geschmiert wurden. Besonders häufig geschah das am U-Bahnhof Kottbusser Tor.

Mehr Angriffe, Pöbeleien, Beleidigungen und Bedrohungen im Vergleich zum Vorjahr

Die Zahl der Übergriffe, zu denen körperliche Angriffe und verbale Äußerungen zählen ist gestiegen. Die Zahl der Angriffe liegt mit 62 an zweiter Stelle im berlinweiten Vergleich. Lediglich im Bezirk Mitte ist die Zahl mit 68 höher. Ein Grund für den Anstieg der Gewalttaten sind Angriffe auf Menschen aus dem LGBTIQ*-Spektrum. Sie haben sich von 11 im Jahr 2022 auf 22 im Jahr 2023 verdoppelt, zwei Drittel dieser Angriffe fanden in Kreuzberg statt. Auch die verbalen Angriffe in Form von Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien gegen LGBTIQ*-Personen sind von 15 auf 22 angestiegen. Eine Tendenz, die bundesweit beobachtet wird und in einem Bezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg mit den vielen Orten an denen Menschen zusammenkommen, besonders deutlich zutage tritt. Kampagnen aus der extremen und Neuen Rechten gegen queeres Leben, Stimmungsmache in den sozialen Medien, z.B. auf Tiktok, verstärken den Hass und führen dazu, dass Menschen mitten am Tag auf offener Straße angegriffen werden. So wurden beispielsweise Anfang Juli gegen 19:30 Uhr zwei Frauen in der Reichenbergerstraße von einer vierköpfigen Männergrup-

pe im Vorbeigehen zunächst lesbenfeindlich und sexistisch beleidigt, dann mit Hilfe von Kampfsporttechniken zu Boden gebracht und geschlagen und getreten. Personen, die die Szene beobachteten, griffen nicht ein.

Das Vorfallsmotiv Rassismus führt mit 24 Angriffen (2022: 17) und 33 Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien (2022: 31) die Vorfallsart der Übergriffe an. Im Vergleich zum Vorjahr hält sich der Anstieg hier in Grenzen. Berlinweit sind die rassistischen Beleidigungen und Bedrohungen jedoch stärker angestiegen. Wie schnell es im Alltag zu rassistischer Gewalt kommen kann, zeigt das folgende Beispiel aus Juni 2023. Eine Schulklasse aus Hessen wollte gegen 22:00 Uhr am S-Bahnhof Warschauer Straße ein Gruppenfoto machen. Ein 17-jähriger Schüler bat zwei Männer und eine Frau, kurz dafür zur Seite zu treten. Daraufhin wurde der Schüler rassistisch beleidigt und angegriffen. Einer der Männer trat in seinen Bauch und schlug ihm mit der Faust ins Gesicht. Der zweite Mann schubste den Schüler und die Frau schlug ihm mit der Hand in den Nacken. Ein Mitschüler, der helfen und dazwischengehen wollte, erlitt eine Kratzwunde im Gesicht. Bahnhöfe und öffentliche Verkehrsmittel bleiben die Orte, an denen es besonders häufig zu rassistischen Übergriffen kam. Ebenso wie in den Vorjahren trug Racial Profiling im Gebiet um den Görlitzer Park zu der Vorfallszahl bei. Hoffnungsvoll stimmen einige Vorfälle von Zivilcourage bei denen Zeug*innen bei einer rassistischen Beleidigung einschritten und dadurch eine gewalttätige Eskalation verhindern konnten.

Den stärksten Anstieg an Übergriffen verzeichnet das Themenfeld Antisemitismus mit 6 Angriffen (2022: 3) und 19 Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien (2022:2). Ursache des Anstiegs ist die Auseinandersetzung zum Nahost-Konflikt in Folge des Angriffs der Hamas am 7. Oktober. Die antisemitischen Vorfälle häuften sich be-

22. Februar 2023

Anders als allgemein üblich wurde eine rumänische Frau aufgefordert, die anfallenden Kosten einer rechtlichen Vertretung im Voraus zu begleichen, da angenommen wurde, dass sie wie „alle Rumänen das Geld nicht bezahlen würde“. Weitere Informationen werden nicht veröffentlicht.

Quelle: DOSTA - Dokumentationsstelle Antiziganismus

29. Mai 2023

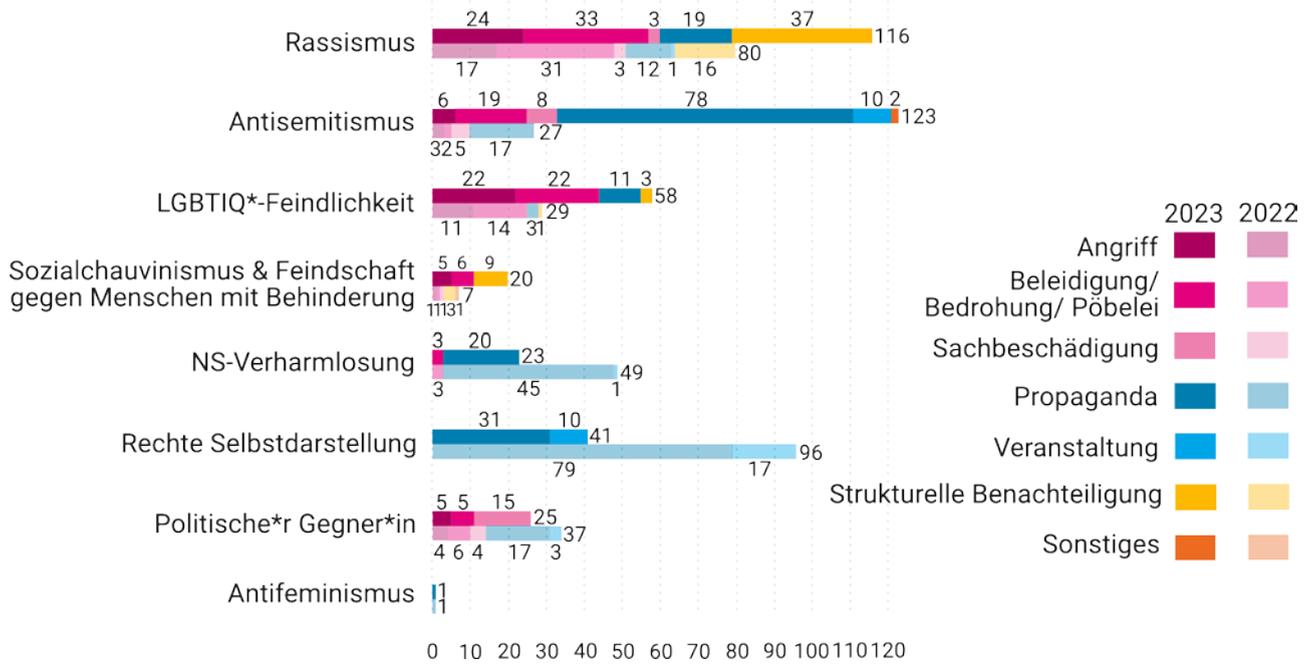
Gegen 11 Uhr wurden an der Yorckstraße zwei non-binary Personen aus einer Gruppe von vier Männern heraus queerfeindlich beleidigt und eine Person heftig mit der Hand ins Gesicht geschlagen. Trotz Aufforderungen haben Umstehende nicht die Polizei gerufen. Nachdem dies die Betroffenen selbst taten, wurden die Angreifer gestellt.

Quelle: Berliner Register

16. August 2023

Gegen Mitternacht pöbelte ein Mann aus dem Nichts einen Mann of Colour an, der auf dem Bahnsteig am U-Bahnhof Mehringamm wartete. Er baute sich bedrohlich vor dem Betroffenen auf, schrie ihn aggressiv an und zeigte den Hitlergruß. Eine Zeugin forderte ihn auf, das zu unterlassen. Der Täter lief weiter und der Betroffene konnte in die U-Bahn einsteigen.

Quelle: Berliner Register



sonders in den Innenstadtbezirken Kreuzberg, Neukölln und Mitte. Häuser in denen jüdische Menschen wohnen wurden im Oktober mit Davidsternen markiert, in mehreren Fällen wurden Personen in öffentlichen Verkehrsmitteln in Kreuzberg antisemitisch beleidigt, auch ein jüdisches Puppentheater musste dazu übergehen, seine Stücke unter Polizeischutz aufzuführen. Antisemitische Vorfälle ereigneten sich aber auch vor dem 7. Oktober.

Politische Gegner*innen der extremen Rechten wurden 2023 mit 5 Angriffen (2022: 4) und 5 Beleidigungen, Bedrohungen, Pöbeleien (2022: 6) adressiert. Die Zahl ist niedrig und Ausdruck dessen, dass Friedrichshain-Kreuzberg kein Aktionsschwerpunkt der rechten Szene ist. Zudem war kein Wahlkampf, der mehr Gelegenheiten für Übergriffe bietet. Nichtsdestotrotz kam es zu einem Vorfall, der sich gegen Bündnisso/Die Grünen richtete. Im Juni hatte die BVV-

Fraktion von Bündnisso/Die Grünen an einem Morgen um 8 Uhr einen Infostand auf der Mittelinsel des Frankfurter Tores, bei der Tramstation, aufgebaut. Ein vorbeifahrender Radfahrer versuchte, eine Fraktionärin anzuspucken. Sie konnte ausweichen und es wurde nur ein Lastenrad getroffen.

In verschiedenen Themenfeldern wurde deutlich, dass die Hemmschwelle, Personen Schaden zuzufügen, weiter sinkt. Grund dafür ist u.a. Hass und Hetze im Internet, die zur Konstruktion von Feindbildern beiträgt. Potenzielle Täter*innen fühlen sich durch die Filterblasen in den sozialen Netzwerken bestätigt und schreiten deshalb schneller zur Tat. Sie glauben, im Interesse einer Mehrheit zu handeln, wenn Sie LGBTQ*-feindlich, rassistisch und antisemitisch beleidigen und zuschlagen. Diese sehr problematische allgemeine Entwicklung, die berlinweit beobachtet wurde, macht sich auch in Friedrichshain-Kreuzberg bemerkbar.

Strukturelle Benachteiligung ist eine besondere Form der Diskriminierung

Unter struktureller Benachteiligung wird die Diskriminierung durch Ämter und Behörden erfasst. Laut einer Studie des Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung ist die Folge struktureller Diskriminierung für die Betroffenen langfristig häufig deutlich gravierender als situative individuelle Diskriminierung, da sie systematisch und in mehreren Lebensbereichen zugleich stattfindet und die Betroffenen nicht die Möglichkeit hätten, die diskriminierenden Strukturen zu vermeiden. (Beigang/Fetz/Kalkum/Otto: Diskriminierungserfahrungen in Deutschland, Hrsg.: Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2017, S. 63)

Zunehmend erreichen uns Vorfälle aus Antidiskriminierungs-Beratungsstellen, wodurch sich Meldungen struktureller Benachteiligung im Jahr 2023 mit 49 (2022:20) mehr als verdoppelt haben. 37 dieser Vorfälle wa-

Beispielvorfälle

4. September 2023

Eine junge Schwarze Frau wurde vor einer Pizzeria in der Simon-Dach-Straße von einem Mann rassistisch beleidigt. Passanten griffen ein, beschützten die Frau und verhinderten eine Eskalation der Situation.

Quelle: Berliner Register

30. September 2023

Eine Lehrkraft an einer Kreuzberger Schule verwendete im Unterricht rassistische Zuschreibungen. Als sich die

Betroffenen gegen die Beleidigungen verwehrten, kam es zu weiteren Repressionen. Zum Schutz der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht und das Datum des Vorfalls wurde geändert.

Quelle: DOSTA - Dokumentationsstelle Antiziganismus

7. Oktober 2023

In einem Wohnhaus in Friedrichshain wurde von einem Nachbarn zwei Frauen der Zugang zum Haus verweigert.

Sie wurden vom Täter transphob beleidigt und massiv bedroht und eine Frau wurde im Treppenhaus von ihm angefasst. Die gerufene Polizei bestätigte vor Ort, dass der Mann bereits bekannt war und von ihm Gefahr ausginge.

Quelle: Bürger*innenmeldung

ren rassistisch motiviert, 14 davon bezogen sich auf anti-Schwarzen Rassismus, darunter 12 Fälle von Racial Profiling.

Von der Antidiskriminierungsberatung an Schulen (ADAS) wurden 21 Vorfälle gemeldet. Im Jahr 2022 war dieser Austausch nicht möglich. Das erklärt einen Großteil des Anstiegs. Vorfälle ereigneten sich zudem in Kitas, Ausbildungsstätten, im Jugendamt, Bürgeramt oder Jobcenter. Es wurden auch Vorfälle aus Arztpraxen gemeldet.

Die Orte der strukturellen Diskriminierung sind so vielfältig wie ihre Formen. Oft waren auch Kinder betroffen. Nicht selten gibt es Auswirkungen, die so tief greifen, dass sie in Einzelfällen auch das Zusammenleben von Familien gefährden können. Kinder bedürfen daher eines besonderen Schutzes. Der überwiegende Teil der Vorfälle (31) wurde daher keinem Ortsteil, sondern der räumlichen Kategorie bezirkswweit/unbekannt zugeordnet und komplett anonymisiert in der Chronik vermerkt. Dadurch werden die Betroffenen vor negativen Konsequenzen geschützt.

Alle Kanäle zur Vorfallmeldung wurden genutzt

Die Vorfälle erreichten uns über Online-Meldeformulare, Social Media (Twitter, Facebook, Mastodon, Bluesky) oder per E-Mail, Signal oder Telefon. Auch face to face fand eine Übermittlung von Vorfällen statt, z. B. direkt im Büro oder an Infoständen auf Straßenfesten.

143 Vorfälle wurden im Jahr 2023 aus der Bevölkerung gemeldet, 122 über berlinweite und 19 über bezirkliche Kooperationspartner*innen (Meldestellen). Weitere Vorfälle wurden recherchiert (z. B. Polizeimeldungen) oder von anderen Initiativen, Trägern oder Beratungsstellen mitgeteilt.

Ausblick: Raumnahme von Rechts im Aufwärtstrend

Auch wenn Friedrichshain-Kreuzberg als weltoffener und vielfältiger Bezirk bekannt ist, kommt es zunehmend zu Versuchen der Raumnahme durch extreme Rechte, Neurechte und Verschwörungsideolog*innen. Akteure des „III. Wegs“ und seiner Jugendorganisation der NRJ markieren regelmäßig

den Kiez nördlich der Karl-Marx-Allee mit Stickern oder Schmierereien und bedrohen linke Wohnprojekte. Auch verschwörungsideologische Akteur*innen sind nicht gänzlich mit der Corona-Pandemie verschwunden. Ein Kulturbetrieb versuchte mehrmals mit „unscheinbaren“ Veranstaltungen in Theater- und Ausstellungsräumen verschwörungsideologische Propaganda zu verbreiten.

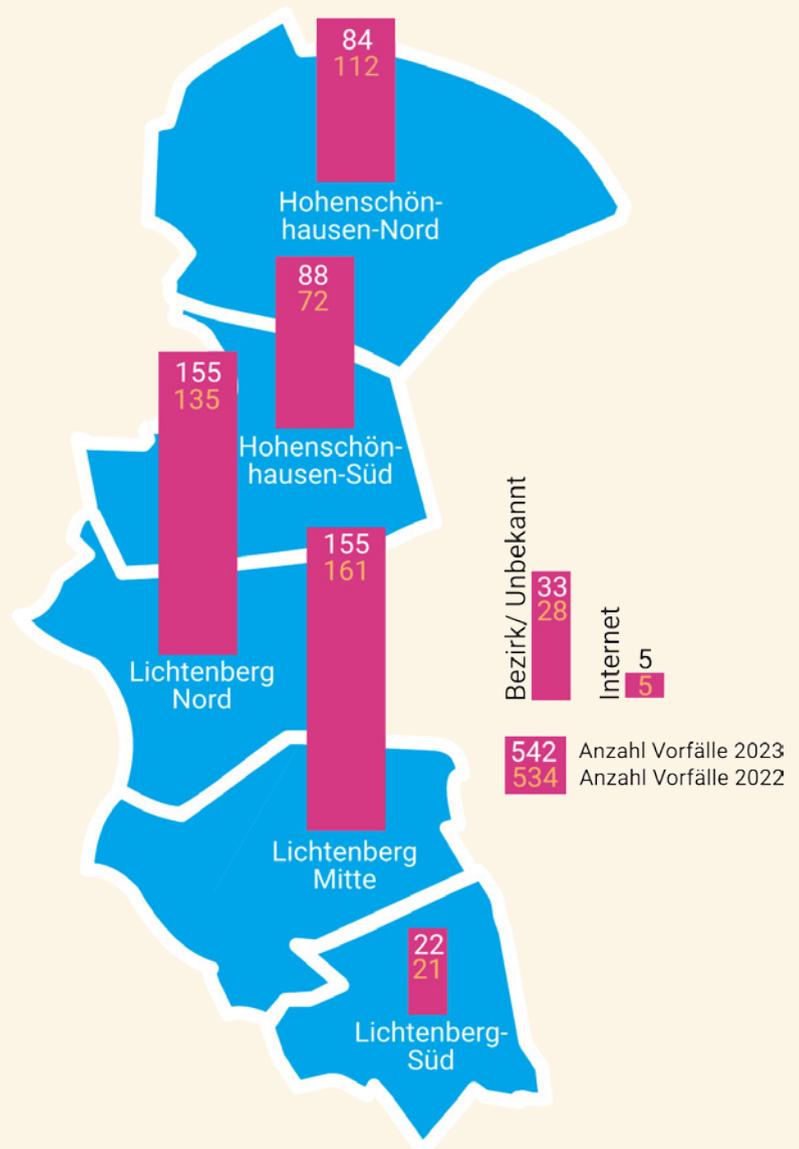
Die seit Jahren anhaltende Hetze von der extremen Rechten, vornehmlich gegen Menschen mit Migrationsgeschichte und Mitglieder der LGBTIQ*-Community tragen Früchte. Das sind bundesweite Trends, die auch in Friedrichshain-Kreuzberg ihren Widerhall finden. Immer öfter werden Menschen hier im Bezirk angegriffen, beleidigt, bedroht. Daraus folgt, dass auch in Friedrichshain-Kreuzberg die Demokratie gestärkt werden muss, durch umfangreiche Aufklärung über die Funktionsweise von Ausgrenzung und Diskriminierung, die Unterstützung der Menschen, die sich in unserem Bezirk nicht mehr sicher fühlen können, die Stärkung demokratischer Akteur*innen und den Ausbau von präventiven Strukturen.



Lichtenberg

In Lichtenberg wohnen knapp 312.000 Einwohner*innen. Der Bezirk umfasst 12 Ortsteile und erstreckt sich über 52,1 km². Mit einer Bevölkerungsdichte von 5.987 Einwohner*innen pro km² liegt Lichtenberg deutlich über dem Berliner Durchschnitt. Besonders dicht besiedelt sind die Ortsteile Fennpfuhl, Neu-Hohenschönhausen und Friedrichsfelde. Der Anteil der Bewohner*innen mit Migrationshintergrund liegt im Vergleich leicht unter dem Berliner Durchschnitt. Über 12.000 Lichtenberger Einwohner*innen haben vietnamesische Wurzeln, die größte Anzahl aller Berliner Bezirke.

Obwohl die organisierte extreme Rechte in den vergangenen Jahren in Lichtenberg deutlich zurückgedrängt werden konnte, entfallen berlinweit weiterhin die zweithäufigsten Meldungen zu extrem rechten und diskriminierenden Aktivitäten auf diesen Bezirk. Lichtenberg zeichnet sich jedoch auch durch eine aktive Zivilgesellschaft aus, die Hass und Hetze etwas entgegensetzt.



gesprühtes Hakenkreuz in Lichtenberg

LGBTIQ*-feindlicher Aufkleber



Kontakt:

Lichtenberger Register

Fach- und Netzwerkstelle
Licht-Blicke, pad gGmbH
Einbecker Str. 85, 10315 Berlin

Tel.: 030 - 50566518
Mobil: 0176 - 16371635
Mail: register@licht-blicke.org
Facebook: Lichtenberger Register
Twitter: @LichtenbergerR7

In Lichtenberg wurden im Jahr 2023 insgesamt 542 Vorfälle registriert, womit das hohe Aufkommen an Vorfällen fortgesetzt wird (2023: 542; 2022: 534; 2021: 523). Das Jahr zeichnete sich durch eine anhaltend hohe Zahl an Vorfällen im Bereich der extremen Rechten und rassistisch motivierten Taten aus. Aktuelle Entwicklungen, wie Einschüchterungsversuche gegen Demokratieprojekte, die vermutlich rassistisch motivierte Brandserie in Hohenschönhausen sowie die lokale Präsenz der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ dominierten das Jahresgeschehen.

Weiterhin zeigen sich Schwerpunkte in der örtlichen Verteilung der Vorfälle in den Gebieten Lichtenberg Nord und Mitte. Besonders dort, wo viele Menschen wohnen und aufeinandertreffen, kommt es zu mehr Vorfällen. Hier kann das Lichtenberger Register zusätzlich auf eine breite Melder*innenschaft zurückgreifen, die Diskriminierungen im Alltag wahrnimmt und an die Registerstelle weitergibt. In Lichtenberg Nord, etwa im Fennpfuhl, sind die Meldungen gestiegen. Rund um den Roederplatz wurde vermehrt extrem rechte Propaganda gemeldet. Auch das weitläufige Gebiet mit dem Weitling- und Kaskelkiez, Rummelsburg und Friedrichsfelde bildet mit 155 dokumentierten Vorfällen einen Schwerpunkt der Meldungen, besonders bei den Bedrohungen. Weiterhin bleibt der Weitlingkiez ein Hotspot für extrem rechte und diskriminierende Aktivitäten. Deutlich mehr Meldungen als in den Vorjahren haben das Register zu queerfeindlichen Beleidigungen und Angriffen erreicht (2022: 6; 2023: 14). Rund um den Christopher Street Day kam es zu mehr queerer Sichtbarkeit im Kiez – die Schattenseite davon sind gestiegene Bedrohungen und Angriffe. Hierbei lässt sich berlinweit der Trend erkennen, dass queere Personen immer häufiger von Gewalt betroffen sind. In Lichtenberg gab es im vergangenen Jahr nur eine LGBTIQ*-feindliche Gewalttat.

Einschüchterungsversuche gegenüber Jugendfreizeiteinrichtungen und Demokratieprojekten

Lokale Projekte, die sich gegen Diskriminierung und gegen Rassismus engagierten, gerieten 2023 vermehrt ins Blickfeld extrem rechter Akteure. Regelmäßig wurden rassistische oder neonazistische Flyer und Aufkleber in die Briefkästen von Jugendfreizeiteinrichtungen gesteckt. Weitere Vereine und Projekte in Lichtenberg, die sich für eine lebendige Zivilgesellschaft einsetzen, bekamen adressierte Postkarten mit rassistischen und extrem rechten Inhalten geschickt. Auch im digitalen Raum versuchten extrem rechte Akteure gegen Demokratieprojekte vorzugehen. Ein Shitstorm gegen die Berliner Register und die Beratungsstelle „entschwört“ wurde von parlamentarischen Anfragen der AfD begleitet. Dieser schlug sich auch in Anfragen gegen die Trägerorganisation der beiden Projekte, die pad gGmbH nieder. Sowohl in der parlamentarischen Arbeit als auch in den sozialen Netzwerken diffamierte die Lichtenberger AfD die Arbeit der Register und anderer sozialer Projekte des Trägers. Diese Einschüchterungsversuche haben das Ziel, jegliche Form des Protests gegen extrem rechte Aktivitäten schlechtzumachen und eine Atmosphäre der Angst und Verunsicherung zu schaffen. Dabei stellen die Anfeindungen nicht nur eine direkte Gefahr für die persönliche Sicherheit einzelner Betroffener dar, sondern bedrohen auch die Prinzipien einer demokratischen Gesellschaft, wie Meinungsfreiheit und andere Grundrechte.

Rassismus: Geistige Brandstifter in den Parlamenten – Angriffe auf der Straße

Mit 151 gemeldeten Vorfällen bleibt Rassismus das häufigste Motiv für dokumentierte Vorfälle in Lichtenberg. Rassismus stellt die zentrale Gefahr für das gesellschaftliche Zusammenleben dar, da er soziale Spannungen und Konflikte verstärkt. Diskrimi-

nierung und Ausgrenzung aufgrund (zugeschriebener) ethnischer Herkunft oder Hautfarbe haben erhebliche Auswirkungen auf die Betroffenen. 2023 gingen die meisten erfassten Bedrohungen und Angriffe auf ein rassistisches Motiv zurück. Auf einem Kinderspielplatz wurden beispielsweise eine Mutter und ihre Tochter aufgrund von antimuslimischem Rassismus beleidigt und mit einer Flasche angegriffen. Auch im unmittelbaren Umfeld der Betroffenen, etwa in der Nachbarschaft, kam es zu Bedrohungen. In einem Wohnhaus wurde eine Familie über Jahre hinweg von Nachbarn schikaniert, wobei ein Mann laut rief: „Ich töte alle scheiß Kanaken!“. Diese Alltagssituationen geben Betroffenen das Gefühl, nicht sicher zu sein. Daher braucht es eine aktive Zivilgesellschaft, die in solchen Momenten engagiert eingreift und Stellung für die Betroffenen bezieht. Die Diskriminierung und Abwertung von Menschengruppen basiert auf einem „Wir-gegen-sie“-Gefühl, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächt. Die Gesellschaft oder Nachbarschaft wird nicht als Gemeinschaft wahrgenommen, sondern als von Feinden durchdrungene Außenwelt. Die Wirkung auf die Betroffenen ist das Gefühl, kein respektierter Teil der Gesellschaft zu sein. Der Hass endet nicht bei Beleidigungen, sondern führt auch zu Gewalt. Seit Ende 2022 gab es über 20 Kellerbrände in Mehrfamilienhäusern rund um den S-Bahnhof Hohenschönhausen. Es laufen Ermittlungen gegen eine Gruppe junger Männer, die im Verdacht steht, für die Brandserie verantwortlich zu sein. Es ist hierbei nicht unerheblich, dass es sich um eine vermutlich rassistische und extrem rechts motivierte Brandserie handelt. Ein geplanter Angriff auf eine Geflüchtetenunterkunft, Hitlergrüße, Drohschreiben gegen Politiker und Jugendfreizeiteinrichtungen und die Gefahr, die für die migrantischen Bewohner*innen von den nächtlichen Brandanschlägen ausgeht, gehören zu diesem Tat-Komplex.

20. Januar 2023

In der Weitlingstraße wurde ein 16-jähriger Wahlhelfer der Partei Die Linke von drei Männern bedroht, auf die Hand geschlagen und ihm wurden nationalsozialistische Parolen zugerufen. Als die Polizei erschien, zeigte einer der Täter einen Hitlergruß.
Quelle: Polizei Berlin, 21.01.2023

12. März 2023

Die „Blutmauer“ im Lichtenberger Rathauspark, die der im März 1919 ermordeten Matrosen und Zivilisten gedenkt,

wurde geschändet. Es wurde ein Hakenkreuz auf eine von zwei Gedenktafeln geritzt.

Quelle: Lichtenberger Register

30. Mai 2023

Ein 19-jähriger Mann wurde im Vorgarten seines Wohnhauses im Weitlingkiez aus anti-Schwarzem Rassismus von einer Nachbarin beleidigt, ins Gesicht geschlagen und dadurch verletzt.

Quelle: ReachOut

22. Juli 2023

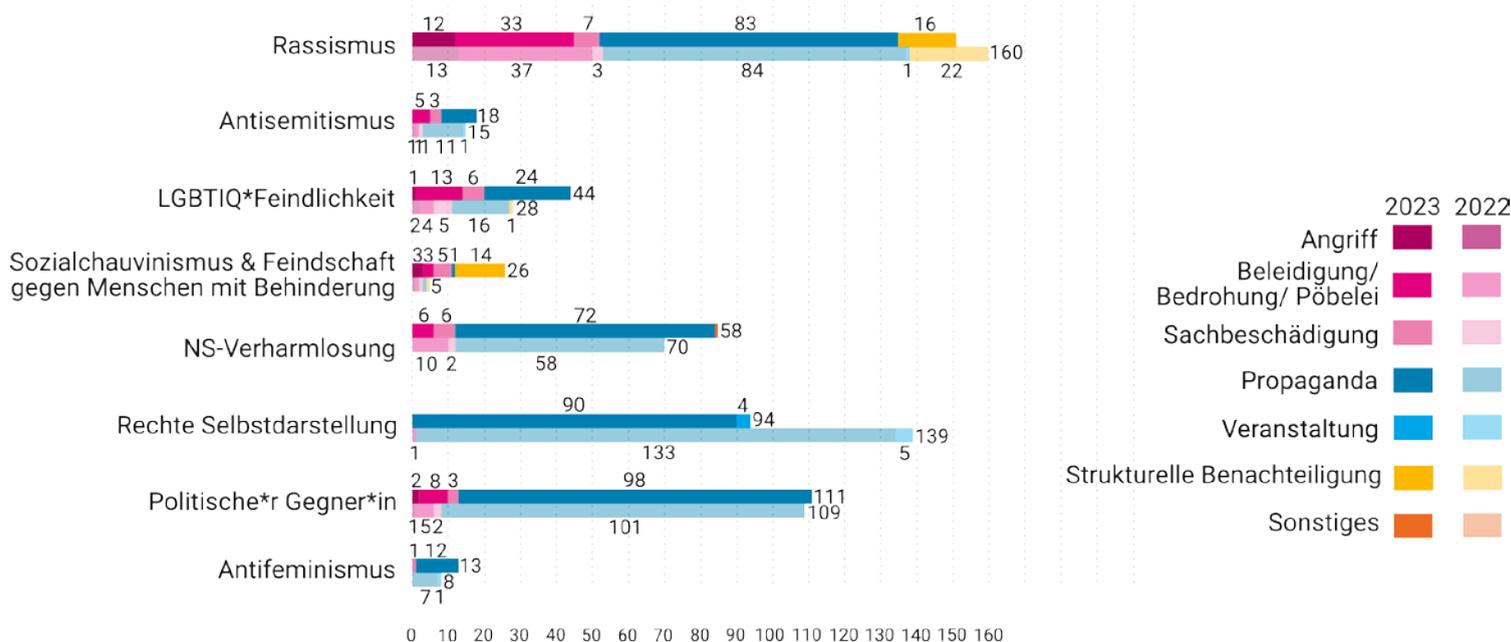
Jugendliche, die auf dem Weg zum CSD waren, wurden am S-Bhf. Lichtenberg von einer Person trans-, & queerfeindlich beleidigt.

Quelle: JuSos Lichtenberg

26. November 2023

In eine Lichtenberger Kneipe wurde eingebrochen und am Kellerzugang zur Bar wurden die Zahlenkombination „88“ (Heil Hitler) sowie ein Davidstern mit einem „J“ in blauer Farbe hinterlassen.

Quelle: Lichtenberger Register



Im Mai 2023 kam es bereits zu einem Prozess gegen einen jungen Mann aus dieser Gruppe, der im Verdacht stand, den Keller seines eigenen Wohnhauses in Brand gesetzt zu haben. Vor Gericht wurden seine neonazistischen und rassistischen Gedanken deutlich. Er gestand, Drohschreiben verfasst zu haben, in denen Terroranschläge angekündigt wurden, falls die „Flüchtlingswelle“ nicht gestoppt würde. Die Brandstiftung im eigenen Wohnhaus konnte ihm jedoch nicht nachgewiesen werden. Verurteilt wurde er schließlich wegen des Zeigens eines Hitlergrußes, dem Tragen von Polizeiuniformen und dem Verfassen und Verteilen zweier Drohschreiben. Der Gerichtsprozess gegen die Gruppe steht derzeit weiter aus. Die Bedrohungssituation für migrantische Bewohner*innen in Neu-Hohenschönhausen ist alarmierend. Ein Vorfall im Sommer 2023 zeigt dies besonders deutlich: Eine junge Frau wurde mehrfach rassistisch bedroht und unter ihrer Wohnungstür wurde ein brennendes Stück Papier durchgeschoben. Hierbei nahmen die Täter den Tod der Familie in Kauf und drohten unmittelbar mit der Brandstiftung des Wohnhauses. In diesem Fall konnte die Familie den Brand rechtzeitig bemerken, bei den anderen Kellerbränden haben einige Familien in Hohenschönhausen ihre Wohnungen verloren. Die betroffenen Bewohner*innen warten weiterhin auf Aufklärung der Brandserie, die ihre Sicherheit und ihr Vertrauen in den Schutz durch die Behörden erschüttert hat.

Organisierte extreme Rechte – „Der III. Weg“ vor der Schule

Ende 2023 hat das Lichtenberger Register von zwei Schulhofaktionen der Neonazi-Organisation „Der III. Weg“ erfahren. Angriffe und Einschüchterungsversuche

gegenüber Personen und Orten, die als „links“ oder „queer“ verstanden werden, häuften sich in den vergangenen Monaten insbesondere in den Ostberliner Bezirken. „Der III. Weg“ ist derzeit die aktivste Neonazi-Organisation in Berlin. Es handelt sich hierbei um eine neonazistische Kleinstpartei, die personell mit jahrelang bekannten Neonazis und ehemaligen Kadern der NPD besetzt ist. „Der III. Weg“ tritt gewaltorientiert auf und propagiert ein völkisches und neonazistisches Weltbild. Der Schwerpunkt der Organisation liegt momentan auf der Gewinnung neuer Mitglieder für ihre Jugendorganisation „NRJ“ („Nationalrevolutionäre Jugend“). Dass Neonazis wieder vor Schulen stehen, ist ein Phänomen, das in den letzten 20 Jahren in Berlin nicht mehr beobachtet werden konnte. Es erinnert an das Verteilen von Schulhof-CDs in den Nullerjahren. Dass Neonazis wieder Präsenz vor Schulen zeigen, ist in jeglicher Hinsicht besorgniserregend. Die „NRJ“ ist derzeit die einzige aktionsorientierte Neonaziorganisation, die für Jugendliche „attraktive“ Angebote schafft. Damit füllt sie eine Lücke, die seit vielen Jahren existiert – sie sorgt für Nachwuchs in der rechten Szene. Sie bietet jungen Interessent*innen gemeinsame Kampfsporttrainings, Graffiti-Malen und eine Form von Gemeinschaft, die patriarchal und neonazistisch ist. Um neue Mitglieder zu rekrutieren und ihre Präsenz im öffentlichen Raum zu demonstrieren, fanden zwei Schulhofaktionen von „Der III. Weg“ in Hohenschönhausen statt. Hier standen Mitglieder der Jugendorganisation „NRJ“ vor der Schule und versuchten, die Jugendlichen durch verteilte Visitenkarten und QR-Codes zu gewinnen. Es kann davon ausgegangen werden, dass es sich hierbei nicht um einzelne Aktionen gehandelt hat.

„Der III. Weg“ hat bereits weitere Schulhofaktionen in Brandenburg angekündigt und durchgeführt. Schulen und Zivilgesellschaft sind aber zunehmend dafür sensibilisiert und auf Agitationsversuche vorbereitet. Trotz der hohen Zahl von Vorfällen handelte es sich bei einem Großteil (72 %) um Propaganda-Meldungen. Die tatsächliche Zahl der Angriffe liegt mit 18 unter der anderer Ostberliner Randbezirke. Die hohe Zahl der Meldungen ist nicht nur negativ, sondern auch positiv zu bewerten, denn sie zeigt, dass viele Menschen den Hass nicht hinnehmen. Engagierte Anwohner*innen wenden sich mittlerweile täglich an das Register, zudem gibt es etablierte demokratische Strukturen, die deutlich machen, dass sie der Ausgrenzung und Abwertung von Menschen im Bezirk entschieden entgegen-treten.



Den ausführlichen Jahresbericht für Lichtenberg können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.

EACH ONE Monitoring

Das EACH ONE Monitoring verfolgt das Ziel der Sichtbarmachung Schwarzer Lebensrealitäten in Bezug auf ökonomische, soziale, politische und kulturelle Teilhabe vor dem Hintergrund von Anti-Schwarzem Rassismus (ASR) und Diskriminierung. Es ist community-basiert und fokussiert Fälle von ASR und Diskriminierung basierend auf einer intersektionalen Ausrichtung. Im Rahmen des Monitorings werden Ausprägungen von ASR und Diskriminierung dokumentiert und ausgewertet, um Muster und Dynamiken dieser auf individueller und struktureller-institutioneller Ebene zu erfassen.

In 2023 bewegte sich der Großteil der Fälle auf institutioneller-struktureller Ebene, wobei die Schwerpunkte Aufenthalt und Behörden, Bildung, Arbeit und Wohnen betrafen. Hiervon werden 1.) Aufenthalt/Behörden und 2.) Wohnen kurz exemplarisch vorgestellt. 1.) Die Problematik des ungesicherten Aufenthalts: hier geht es vor allem um daraus entstehende Bedarfe bezüglich des Stellens von Asylanträgen, dem Einlegen von Einsprüchen bei Antragsablehnungen, rechtlicher Unterstützung und konkreten Vorgehensweisen bei Abschiebung, Unterstützung bei eingeschränktem bzw. verwehrtem Zugang zu Bildungsangeboten und Arbeit(erlaubnis) und Begleitungen zu Ämtern/Behörden. Strukturelle Schwierigkeiten betreffen insbesondere fehlende Sprachmittlung, aber auch ein generelles Vorenthalten relevanter aufenthaltsrechtlicher Informationen und sich widersprechende Bearbeitungslogiken verschiedener Ämter, die Bearbeitungsprozesse stark verzögern bzw. einstellen. Zudem wird von ablehnender und rassistischer Behandlung seitens der Mitarbeiter:innen der Behörden berichtet. Klient:innen sind insgesamt mit einem fehlenden Zugang zu relevanten (aufenthaltsrechtlichen) Informationen und entsprechenden Verfahren und Prozedere konfrontiert. Ein weiterer wesentlicher Bereich im Kontext des ungesicherten Aufenthalts betrifft die Zwangsunterbringung in Sammelunterkünften bzw. Lagern ohne Privatsphäre und Rückzugsorte. Each One dokumentiert in diesem Zusammenhang Vernachlässigung und Rassismus durch das

Unterkunftspersonal und Missachtung von Anliegen, Beschwerden sowie (gesundheitlichen) Bedarfen bzw. Sozialrechten und Ungleichbehandlung gegenüber weißen und nicht-Schwarzen Geflüchteten. 2.) Der zweite Bereich bezieht sich auf den des Wohnens. Hier Rassismus und Diskriminierung bzgl. des Zugangs zum Wohnungsmarkt bzw. Wohnraum, aber auch des Wohnumfelds selbst, vor allem rassistische Anfeindungen, Beleidigungen und Mobbing. In diesem Zusammenhang berichten Klient:innen von Verletzungen des Rechts auf angemessenen Wohnraum und Versäumnisse der Vermieter:innen ihrer im AGG festgehaltenen Verpflichtung zur diskriminierungsfreien Wohnungsvergabe und der Gewährung eines störungsfreien Gebrauchs der Mietsache, der auch rassistisch motivierte Belästigungen beinhaltet, nachzukommen.

Anti-Schwarzer Rassismus zieht sich durch sämtliche Lebensbereiche. Daher ist es wichtig Strukturen für die Etablierung eines flächendeckenden bundesweiten Monitorings von ASR zu fördern. Als Instrument informiert das Monitoring von ASR die Praxis von Community Organisationen und die Notwendigkeit politischer und gesamtgesellschaftlicher Interventionen.

Weitere Informationen finden sich auf:
each-one.de



EACH ONE
ANTIDISKRIMINIERUNG

WWW.EACH-ONE.DE
EIN PROJEKT VON EACH ONE TEACH ONE BERLIN e.V.

**DEIN WEG.
DEINE COMMUNITY.**

Wir wissen, dass Anti-Schwarzer Rassismus in Berlin Alltag ist. Bei unserer Online-Meldestelle kannst du anonym melden, was dir oder anderen passiert ist.

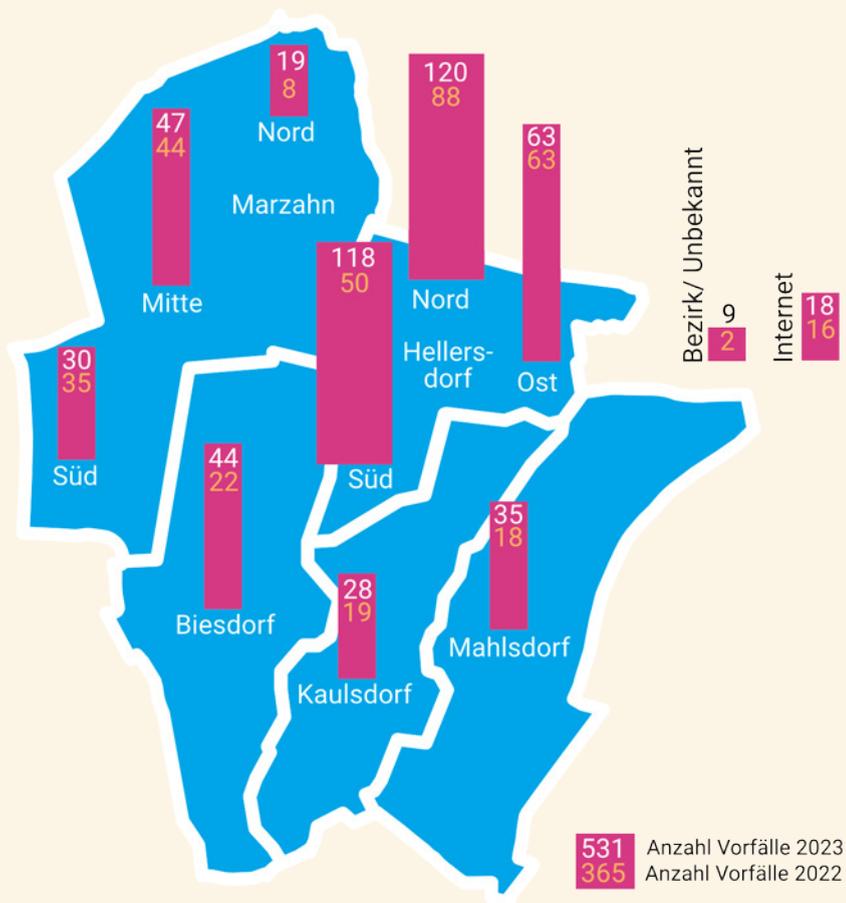
Link in Bio



Marzahn-Hellersdorf

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf hat mehr als nur grauen Beton zu bieten. Die „Gärten der Welt“ in Marzahn, der Kienberg in Hellersdorf oder die Seen in Kaulsdorf locken Menschen aus ganz Berlin und teilweise sogar aus der ganzen Welt hierher. Zwischen Plattenbauten und Einfamilienhäusern passiert einiges.

In den letzten Jahren ist das Leben in Marzahn-Hellersdorf nochmals vielfältiger geworden: So feierte beispielsweise 2024 die „Marzahn Pride“ ihr fünftes Jubiläum. Generell steigt die Anzahl regelmäßiger Angebote für queere Jugendliche und Erwachsene kontinuierlich. Trotz der großartigen Potentiale ist das Zusammenleben von so vielen verschiedenen Menschen im Großbezirk nicht immer problemfrei.



NS-verherrlichende Aufkleber am Kienberg

„III. Weg“-Schriftzug in der Hellersdorfer Straße



Kontakt:
Register Marzahn-Hellersdorf
Stiftung SPI
Frankfurter Allee 35 – 37
10247 Berlin

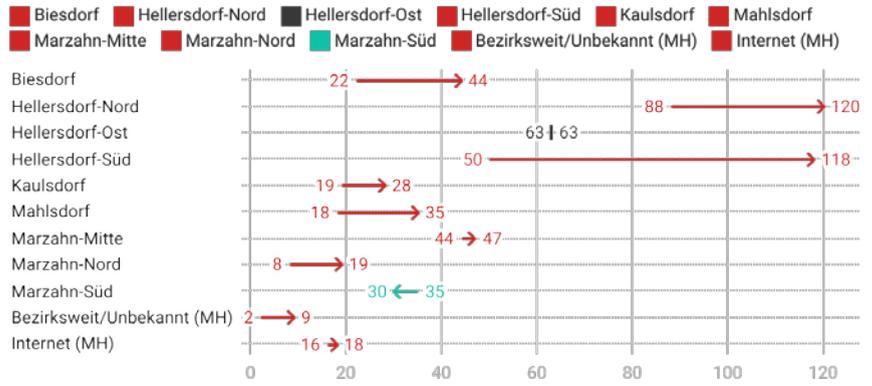
Tel.: 030 - 99 27 50 98
Mobil: 0172 - 8695497
Mail: register-mh@lvs.stiftung-spi.de
Twitter: @RegisterMaHe
Instagram: @RegisterMaHe

Höchststand an Vorfällen seit Erfassung

Im Jahr 2023 wurden in Marzahn-Hellersdorf 531 rechte und diskriminierende Vorfälle registriert. Das sind 45 % mehr Meldungen als im Vorjahr und ist ein neuer Höchststand seit Beginn der Erfassung rechter Vorfälle im Jahr 2008. Die Anzahl entspricht ungefähr 1,5 rechten oder diskriminierenden Vorkommnissen pro Tag. Dieser Anstieg der Vorfälle hat verschiedene Gründe. Der erste ist sehr positiv, denn immer mehr Menschen melden Vorfälle. So können Schwerpunkte von Diskriminierung im Bezirk effektiv erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Allerdings liegt der Anstieg an Vorfällen auch an aktuell stärkeren Neonazi-Aktivitäten im Bezirk. Schon zwischen 2013 und 2017 gab es einmal beunruhigend hohe Zahlen extrem rechter Vorfälle. Damals fanden teilweise wöchentliche rassistische Demonstrationen gegen den Bau von Geflüchtetenunterkünften statt. Geflüchtete Menschen, die neu in den Bezirk zogen sowie Antirassist*innen waren im Alltag vielfach Gewalt durch Neonazis ausgesetzt. In den vergangenen Jahren ist es erst einmal ruhiger geworden. Seit Kurzem treten jedoch einige der Neonazi-Kader, die bereits vor 10 Jahren aktiv waren, wieder stärker in der Öffentlichkeit auf. Sie sind vor allem im Kontext der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“

Vorfälle in Ortsteilen 2022 und 2023 in Marzahn-Hellersdorf



organisiert, deren Aktivitäten im Jahr 2023 stark angestiegen sind. Anders als in den Berliner Innenstadtbzirken hatte die zunehmende Eskalation der politischen Situation in Israel und den palästinensischen Gebieten kaum einen Einfluss auf die Vorfälle. So wurde im gesamten Jahr mit 14 antisemitischen Vorfällen eine vergleichsweise niedrige Anzahl gemeldet.

Rechte und rassistische Gewalt nimmt zu

Insgesamt zeigt der Registerbericht 2023 die beunruhigende Tendenz, dass Diskriminierung zunehmend mit körperlicher Gewalt einhergeht. Einerseits sind diskriminierende Veranstaltungen zurückgegangen und es gab weniger Meldungen

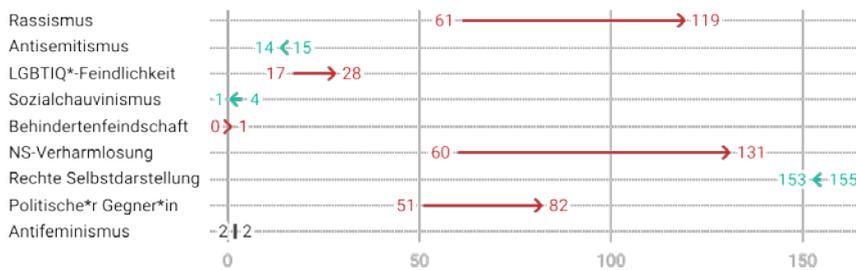
von Vorfällen struktureller Benachteiligung. Andererseits hat sich die Zahl der gemeldeten Angriffe mehr als verdoppelt: von neun rechtsmotivierten Angriffen 2022 auf 22 im vergangenen Jahr. Hierbei deutet sich an, dass manche Menschen besonders gefährdet sind, Betroffene dieser Gewaltbereitschaft zu werden. So waren ungefähr zwei Drittel der gemeldeten Angriffe im Jahr 2023 rassistisch motiviert. Sie fanden zumeist in öffentlichen Verkehrsmitteln (S-Bahn, U-Bahn, Tram, Bus) statt und wurden in der Regel von Personen begangen, die den Betroffenen unbekannt waren. Diskriminierende Gewalt und Hass trifft Menschen oftmals zufällig und unvermittelt im Alltag.

Anstieg von Gewalt gegen queere Menschen

Leider haben auch die Meldungen LGBTIQ*-feindlicher Diskriminierung und Gewalt zugenommen. Im vergangenen Jahr kam es zu sechs Vorfällen, bei denen queere Menschen auf offener Straße bedroht und angepöbeln wurden. Zwei Mal wurde zudem körperliche Gewalt angewendet.

Im Bereich der LGBTIQ*-feindlichen Diskriminierung ist von einer hohen Dunkel-

Motive der Vorfälle 2022 und 2023 in Marzahn-Hellersdorf



Beispielvorfälle

27. März 2023

In der Tramlinie 16 in Marzahn wurde eine dreiköpfige Familie rassistisch beleidigt und angegriffen. Der Vater, die Mutter und die Tochter sollen in der Tram telefoniert haben, während sie ein Fahrgast zunächst rassistisch beleidigte und anschließend versuchte, sie gewaltsam aus der Bahn zu drängen und nach ihnen zu schlagen. Quelle: Polizeimeldung Nr. 0448 vom 28.03.2023

18. Juni 2023

In der Zossener Straße posierten rund 24 Angehörige des „III. Wegs“ mit mehreren Transparenten vor einer Graffiti-Wand und nutzten ein Bild davon anschließend zu Propagandazwecken im Internet. Dabei nahmen sie Bezug auf den Jahrestag des Aufstands vom 17. Juni 1953. Quelle: Register Marzahn-Hellersdorf

24. Juni 2023

Während der Abschlussveranstaltung

der „Marzahn Pride“ auf dem Victor-Klemperer-Platz kam es zu einer Störaktion von zwei organisierten Neonazis. Die Neonazis betreten gegen 18 Uhr die Veranstaltungsfläche und gingen gezielt zu einem der Informationsstände. Dort begannen sie die anwesenden Personen zu fotografieren. Das gezielte Fotografieren von Personen gehört zu den Anti-Antifa-Methoden von Neonazis und gilt der Einschüchterung von politischen Gegner*innen. Quelle: Register Marzahn-Hellersdorf

ziffer an Vorfällen auszugehen. Queere Menschen teilten der Registerstelle mehrfach mit, dass sie Vorfälle kaum meldeten, weil diese im Alltag zu gehäuft auftreten würden. Insgesamt gibt es in den Randbezirken immer noch weniger Angebote für queere Menschen als in der Innenstadt. Dadurch mangelt es an Orten der Vernetzung und Unterstützung bei LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen.

Marzahn-Hellersdorf ist Aktions-schwerpunkt der Neonazis vom „III. Weg“ Berlin

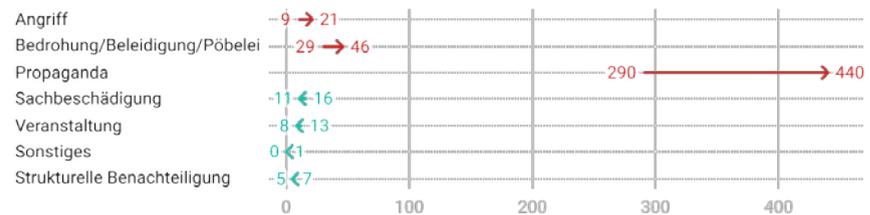
Insgesamt 180 Meldungen diskriminierender und rechter Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf standen 2023 im Zusammenhang mit der Neonazi-Partei „Der III. Weg“. Damit ist der Bezirk ein regionaler Schwerpunkt der „Partei-Arbeit“, da hier im berlinweiten Vergleich die meisten Aktivitäten gemeldet wurde. Die Partei „Der III. Weg“ ist berlinweit aktiv und momentan die größte organisierte Neonazistruktur der Stadt. Die Gründung der Neonazi-Organisation war das Resultat von Verboten mehrerer Kameradschaften und Richtungsstreitigkeiten in der NPD. Der „III. Weg“ hat sich als Partei gegründet, damit er nicht so leicht verboten werden kann. In Berlin trat er in den letzten Jahren nicht zu Wahlen an. Das Ziel der Partei ist eine „nationale Revolution“, weshalb der vereinzelt Antritt zu Wahlen in kommunalpolitischen Kontexten, wie in Brandenburg, maximal eine strategische Überlegung darstellen kann.

Wichtiger Teil der Strategie vom „III. Weg“ ist die Präsenz im öffentlichen Raum. Das Aufhängen von Plakaten, das Verkleben von Stickern und Sprühen von Graffiti beansprucht Räume und markiert sie als neonazistisch. Von den 36 Schmierereien mit Bezug zum „III. Weg“, die 2023 in Marzahn-Hellersdorf gemeldet wurden,

befanden sich zehn in der Zossener Straße. Der „III. Weg“ nutzte dort die legalen Graffiti-Wände dafür, dass sich junge Partei-Mitglieder ausprobieren konnten. Auch Kampfsport-Trainings wurden organisiert. Im Oktober 2023 verteilten zwei Aktivisten vor einer Biesdorfer Schule Propaganda. Dem „III. Weg“ hat in den vergangenen Jahren eine eigene Jugendstruktur in Berlin aufgebaut. Die „Nati-

auf 440 Vorfälle immens. Neben der Propaganda vom „III. Weg“ ist die Anzahl weiterer Neonazi-Schmierereien gestiegen, darunter offenkundige Bekenntnisse zum Nationalsozialismus. Insgesamt 35 – zumeist großflächige – Hakenkreuze wurden erfasst. Sechs mal wurde über die Propaganda hinaus das Zeigen des „Hitlergrußes“ im öffentlichen Raum gemeldet. Weitere 46 mal wurde

Arten von Vorfällen 2022 und 2023 in Marzahn-Hellersdorf



onalrevolutionäre Jugend“ besteht aus rund 20 bis 25 Personen zwischen zwölf und 25 Jahren. Ihr Kürzel „NRJ“ („Nationalrevolutionäre Jugend“) wird vielfach im öffentlichen Raum gesprüht.

Auch wenn der überwiegende Teil der Vorfälle, die mit dem III. Weg in Zusammenhang stehen, bisher Propagandavorfälle sind, muss in Zukunft mit mehr Gewalt gerechnet werden. Es handelt sich um einen Personenzusammenhang, der erlebnisorientiert ist, sich seit mehreren Monaten mit Trainings auf Gewalttaten vorbereitet und diese nun zunehmend verübt.

Propaganda und Verherrlichung des Nationalsozialismus im öffentlichen Raum

Propaganda macht ebenso wie in den Vorjahren mit 80% einen Großteil der vom Register registrierten Vorfälle aus. Dazu gehören beispielsweise Aufkleber, Plakate, Flugblätter oder Graffiti mit diskriminierendem Inhalt. Im Vergleich zu den Vorjahren ist der Anstieg von 290

Propaganda aus einem Neonaziversand gemeldet, auf der unter anderem „I ☐ NS“ (NS=Nationalsozialismus) oder „I ☐ HTLR“ (HTLR=Hitler) zu lesen war.

Das massenhafte Anbringen von Propaganda ist ein Hinweis darauf, dass Neonazis (Sozial-)Räume, für sich beanspruchen. Die Propaganda befindet sich regelmäßig an den gleichen Orten, weil die Urheber*innen dort wohnen oder die Räume anderweitig regelmäßig nutzen. Dabei kommt es häufiger vor, dass an Orten, an denen Neonazis Sticker und Plakate verkleben, gewalttätige Übergriffe oder Bedrohungen stattfinden. Die Propagandameldungen aus einer Region können Aufschluss darüber geben, um welches Spektrum es sich bei Angreifer*innen handelt.

Schwerpunkte der gemeldeten Vorfälle

Mit großem Abstand fanden die meisten gemeldeten Vorfälle 2023 in den drei Hellersdorfer Bezirksregionen statt (Hel-

24. Juni 2023

Am U-Bahnhof Biesdorf-Süd hat sich eine ca. 20-köpfige Personengruppe bewegt, aus denen heraus es zu mehreren Hitlergrüßen und „Sieg Heil“-Rufen kam. Als ein Passant darüber lautstark seinen Unmut äußerte, griff ihn ein Mann aus der Personengruppe an. Der Angreifer stieß dabei mit großem Körperereinsatz gegen den Körper des Betroffenen. Der Betroffene konnte kurz darauf aus der Situation entkommen. Quelle: Augenzeug*in

9. Juli 2023

In Hellersdorf wurde ein alternatives Wohnprojekt von mehreren Personen aus dem Spektrum der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ angegriffen. Gegen 1:00 Uhr näherten sich rund ein Dutzend Neonazis dem Wohnprojekt. Sie trugen ein Transparent mit einem antifaschistischen Symbol in ihren Händen, welches sie umdrehten. Daraufhin entzündeten die Neonazis einen pyrotechnischen Gegenstand, welchen sie kurz darauf in Richtung

des Wohnprojektes warfen. Als sich die Neonazis vom Wohnprojekt entfernten, warfen sie Feuerwerkskörper und weitere Gegenstände. Dabei wurden Autos von Anwohner*innen beschädigt. Die Polizei berichtete, dass ein 17-jähriger sowie ein 19-jähriger in Folge der Tat kurzzeitig festgenommen wurden. Im Vorfeld der Tat fand eine angemeldete antifaschistische Demonstration in Hellersdorf statt.

Quelle: Augenzeug*in

Marzahn-Hellersdorf

lersdorf-Süd, -Ost und -Nord). Vor allem in Hellersdorf-Süd gab es einen massiven Anstieg der Propaganda vom „III. Wegs“ in der Umgebung des U-Bahnhofes Kaulsdorf Nord. In Hellersdorf-Nord und -Süd fanden zusätzlich eine Vielzahl der gemeldeten Bedrohungen (22) sowie mehrere Angriffe (5) statt.

Wahlkampf und Propaganda im Internet

Über die Hälfte aller Vorfälle mit Bezug zum Wahlkampf wiesen einen Zusammenhang zur AfD auf. Anlässlich der Wiederholungswahl wurde mehrfach eine Zeitung der AfD im Bezirk verteilt, die rassistische Erzählungen verbreitete. So wurde beispielsweise das Problem der Wohnungsnot auf Migration als Ursache zurückgeführt. Zudem verbreiteten lokale AfD-Politiker mehrfach rassistische Beiträge im Internet. Die Stimmungsmache wirkt zum einen auf potentielle Wähler*innen, die sich in ihren rassistischen Vorurteilen bestätigt fühlen, zum anderen werden Bürger*innen mit Migrationsgeschichte eingeschüchert, wenn sie solche Propaganda im Briefkasten finden.

Im Bezirk erhielt die AfD die höchsten Wahlergebnisse in der ganzen Stadt und konnte die einzigen beiden Direktmandate für das Abgeordnetenhaus gewinnen. Vor allem dort, wo die Wahlbeteiligung gering war, waren die Wahlergebnisse hoch.

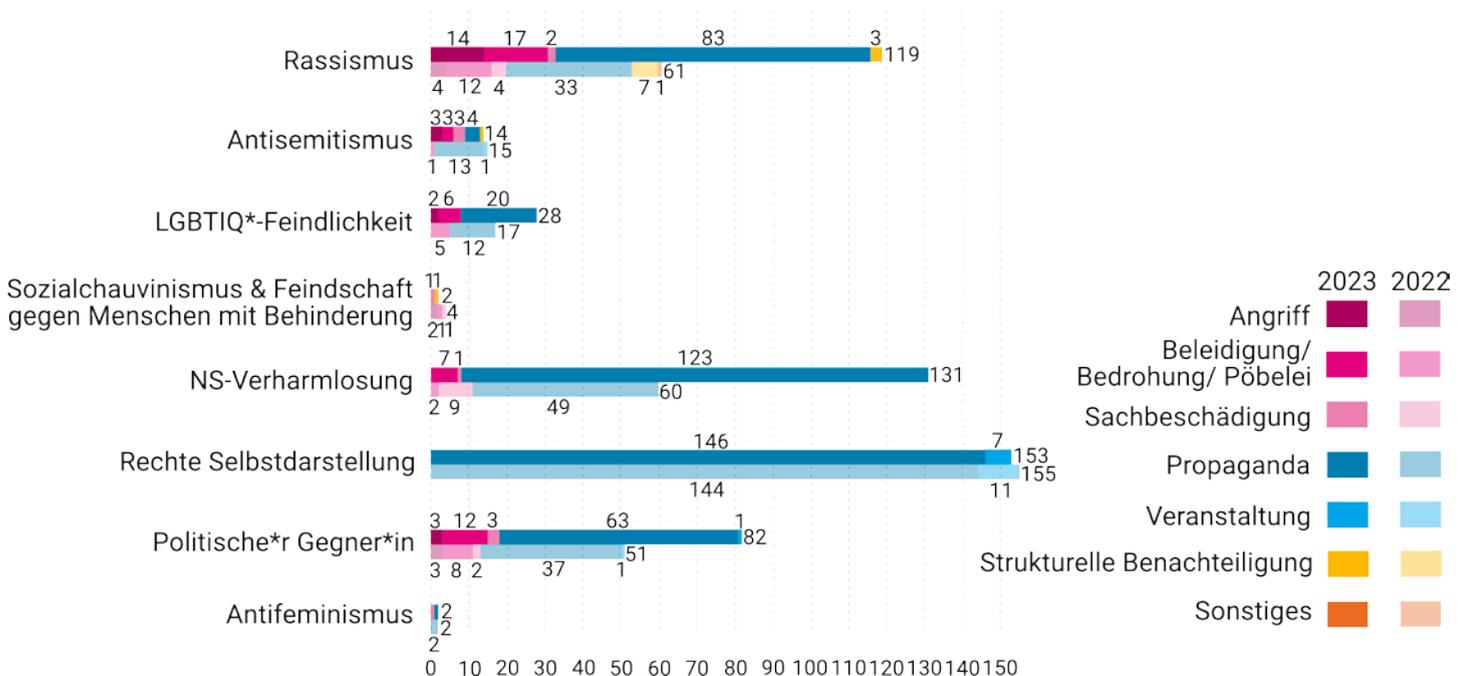
Fazit: Bedrohungslage nimmt zu

Die gemeldeten Vorfälle im Jahr 2023 zeigen, dass Diskriminierung und (extrem) rechte Ausgrenzung weiterhin sehr verbreitet in Marzahn-Hellersdorf sind. Seit einigen Jahren steigt die Zahl der Meldungen stetig an. Besonders betroffen sind rassistisch adressierte und queere Menschen, die abgewertet werden, aber auch Personen, die sich offen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie engagieren.

Einen Anteil an der Zuspitzung der Situation haben Kampagnen der extremen Rechten. Neben der AfD sind auch Neonazis im Bezirk wieder aktiver. Die Kleinstpartei „Der III. Weg“ entfaltet in Marzahn-Hellersdorf Aktivitäten und führt damit Jugendliche an die Neonazisszene heran. Es bedarf weiterer Anstrengungen, um den Anwohner*innen, die von den Vorfällen betroffenen sind, mehr Sicherheit im Alltag zu geben, das Diskriminierung und Ausgrenzung keinen Platz in der Gesellschaft haben. Die vielfältigen Ansätze für ein solidarisches Zusammenleben im Bezirk Marzahn-Hellersdorf bleiben eine notwendige Investition in die Zukunft.



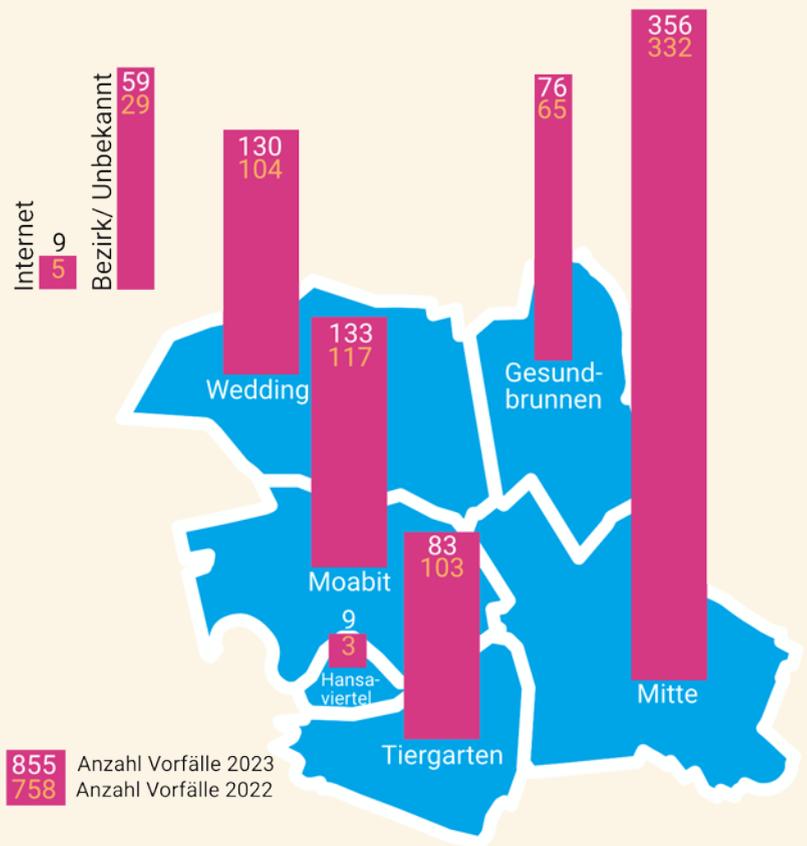
Den ausführlichen Jahresbericht für Marzahn-Hellersdorf können Sie auf der Website der Berliner Register downloaden oder in gedruckter Form kostenlos bestellen.



Mitte

Im Bezirk Mitte wurden im Jahr 2023 855 Vorfälle, gegenüber 758 (2022) und 745 (2021) erfasst. Damit ist Mitte, wie bereits in den letzten sechs Jahren, mit Abstand der Bezirk mit den meisten Vorfällen. Nachdem in den Vorjahren viele der in Mitte erfassten Vorfälle im Zusammenhang mit extrem rechten und verschwörungsideologischen Demonstrationen standen, verlor dieser Themenbereich 2023 an Bedeutung. Insbesondere ab dem Sommer nahmen die Aktivitäten von Verschwörungsideolog*innen und Reichsbürger*innen in Mitte ab. Das Jahr 2023 war eher durch einen Anstieg von LGBTIQ*-feindlichen, antisemitischen und rassistischen Vorfällen geprägt.

Besonders stark stiegen erneut LGBTIQ*-feindliche Vorfälle an. Hier wird deutlich, wie sich der öffentliche Diskurs in Gewalt niederschlagen kann. In keiner anderen Motivkategorie war der Anteil der Angriffe so hoch. Die Anzahl der erfassten LGBTIQ*-feindlichen Angriffe hat sich seit 2021 verdreifacht. Nach dem Massaker der terroristischen Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 nahmen auch in Mitte antisemitische Vorfälle drastisch zu. Neben großen Versammlungen, auf denen antisemitische Inhalte verbreitet wurden, kam es deutlich vermehrt zu antisemitischen Angriffen, Pöbeleien und Sachbeschädigungen.



„Reichsbürger“-Kundgebung am Brandenburger Tor

„Identitären“-Aufkleber über zivilgesellschaftlichem Plakat



Kontakt:
Registerstelle Berlin-Mitte
 NARUD e.V.
 Brüsseler Str. 36
 13353 Berlin

Tel.: 030 - 40757551
 0157 - 76318728
 Mail: register@narud.org
 Twitter: @narud.ev

Von Pandemie und Ukrainekrieg zum Nahostkonflikt und Antisemitismus

Seit 2020 hatte die Corona-Pandemie das Demonstrationsgeschehen im Bezirk maßgeblich geprägt. Verschwörungsideolog*innen, Reichsbürger*innen und die extreme Rechte konnten teils zehntausende Menschen gegen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung mobilisieren. Noch 2022 erfassten wir 134 Veranstaltungen mit Corona-Bezug. 2023 wurden nur noch 58 Veranstaltungen mit Corona-Bezug registriert. Im Laufe des Jahres haben die meisten dieser Gruppen nach und nach ihre Aktivitäten eingestellt. Das Thema hat massiv an Mobilisierungspotenzial verloren, dennoch spielte es auf fast allen verschwörungsideologischen Demonstrationen eine – wenn auch untergeordnete – Rolle. Die gemeinsame Zeit im “Widerstand” gegen Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen bleibt ein verbindendes Element in der Mischszene aus Verschwörungsideolog*innen, Reichsbürger*innen und extremen Rechten. Ab 2022 wechselten Teile der Szene ihren thematischen Schwerpunkt zum Krieg in der Ukraine. 2023 erfassten wir 83 Kundgebungen, auf denen der Krieg ein Thema war. Die Ablehnung von Waffenlieferungen und prorussische Einstellungen stellten für diese Szene einen der wenigen Anknüpfungspunkte zu einigen linken Gruppen dar. Mehrfach gelang es extrem rechten und verschwörungsideologischen Gruppen, an Kundgebungen der klassischen “Friedensbewegung” teilzunehmen. Ab dem Sommer nahmen die Aktivitäten der verschwörungsideologischen Szene weiter ab. Ihre letzten größeren Demonstrationen fanden am 3. Oktober statt. Ab dem 7. Oktober veränderte sich das Demonstrationsgeschehen in Mitte völlig.

Nach dem antisemitischen Massaker der Hamas registrierten wir 25 Demonstra-

tionen mit Bezug zum Nahost-Konflikt. Diese hatten zum Teil mehrere Tausend Teilnehmende und gingen mit einer Reihe von – vor allem antisemitischen – Vorfällen einher. Noch während das Massaker in Israel stattfand, tanzten junge Menschen am Hauptbahnhof und riefen “Palestine will be free; From the river to the sea”. Neben Schildern und Parolen, die Israel das Existenzrecht absprachen, erfassten wir vor allem Gleichsetzungen des israelischen Staats mit dem NS-Regime und Parolen und Schilder, auf welchen der israelische Militäreinsatz im Gazastreifen mit dem Holocaust verglichen wurde. Auch Parolen und Plakate mit Bezug zur antisemitischen Ritualmordlegende wurden erfasst. Von insgesamt 15 antisemitischen Angriffen im Jahr 2023 fanden 11 nach dem 7. Oktober statt. Unter diesen Angriffen war ein Brandanschlag auf ein jüdisches Gemeindezentrum. Am 18.10.2023 wurden zwei Brandsätze auf das Gebäude geworfen, in dem sich neben einer Synagoge auch eine Schule und ein Kindergarten befinden. Am selben Tag, noch während die Polizei vor Ort war, rief ein Mann antisemitische Parolen vor dem Gemeindezentrum. 21 antisemitische Sachbeschädigungen wurden nach dem 7. Oktober gemeldet. Mehrfach versuchten Personen, israelische Flaggen von Masten zu reißen oder, noch am Mast hängend, in Brand zu stecken. Eine Ausstellung über die Geschichte des Krankenhauses Moabit und speziell seiner jüdischen Angestellten sowie den Widerstand gegen die Nationalsozialisten an diesem Krankenhaus wurde durch einen Brand vollständig zerstört. Bei den antisemitischen Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien stieg die Anzahl der registrierten Vorfälle von 24 im Jahr 2022 auf 45 im Jahr 2023. Von 174 antisemitischen Vorfällen hatten 104 einen direkten Bezug zum Nahost-Konflikt.

Übergriffe in Mitte

Mit 68 Angriffen wurde ein leichter Zuwachs gegenüber dem Vorjahr mit 63 Angriffen verzeichnet. Es gab einen starken Anstieg bei den antisemitischen, LGBTIQ*-feindlichen und antimuslimisch rassistischen Angriffen. Einen massiven Rückgang gab es vor allem bei Angriffen auf politische Gegner*innen der extremen Rechten. Diese Angriffe ereigneten sich in den Vorjahren vor allem im Umfeld von Kundgebungen und Demonstrationen der extremen Rechten. Mit dem verringerten Demonstrationsaufkommen ging von diesen auch weniger Gewalt aus. Schwerpunkte waren wie im Vorjahr der Bahnhof Gesundbrunnen und der Alexanderplatz. 14 Angriffe fanden im ÖPNV statt.

Mit 237 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien wurde nach 179 im Jahr 2022 und 170 im Jahr 2021 ein neuer Höchststand erreicht. 27 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien wurden im Umfeld von Kundgebungen und Demonstrationen registriert. Dabei waren in 5 Fällen Journalist*innen das Ziel. Es kam aber auch zu Übergriffen auf Gegendemonstrant*innen oder Passant*innen. Es wurden 9 Vorfälle gemeldet, bei denen Betroffene an ihrem Arbeitsplatz bedroht, beleidigt oder angepöbelt wurden. Bahnhöfe und der öffentliche Nahverkehr sind Orte, an denen viele Menschen aufeinandertreffen. Dadurch gibt es mehr Gelegenheiten, dass Menschen angefeindet werden. 63 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien ereigneten sich im ÖPNV. Davon waren 21 antimuslimisch rassistisch.

LGBTIQ*-feindliche Gewalt

Im Bereich LGBTIQ*-Feindlichkeit ist der Anteil der Angriffe und Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien in Mitte immer schon besonders hoch gewesen. Bei diesen Angriffen gab es 2023 einen weiteren Anstieg auf 19 Vorfälle, nach 14 Angriffen

26. März 2023

Eine 35-jährige Frau wurde in der U-Bahn am Alexanderplatz von einer Gruppe von sechs Männern aufgrund von anti-Schwarzem Rassismus auf ihre Afrohaare angesprochen und beleidigt. Ein Mann versuchte sie, ohne ihre Erlaubnis zu fotografieren. Als die 35-Jährige und ihr 34-jähriger Begleiter sich gegen die Bildaufnahmen äußerten, wurden sie aus der Gruppe heraus bedroht und bedrängt. Am U-Bahnhof Alexanderplatz stieg das

Paar aus und die Männer folgten ihnen. Der 34-Jährige wurde mehrmals ins Gesicht geschlagen und dadurch verletzt.

Quelle: ReachOut

11. Juni 2023

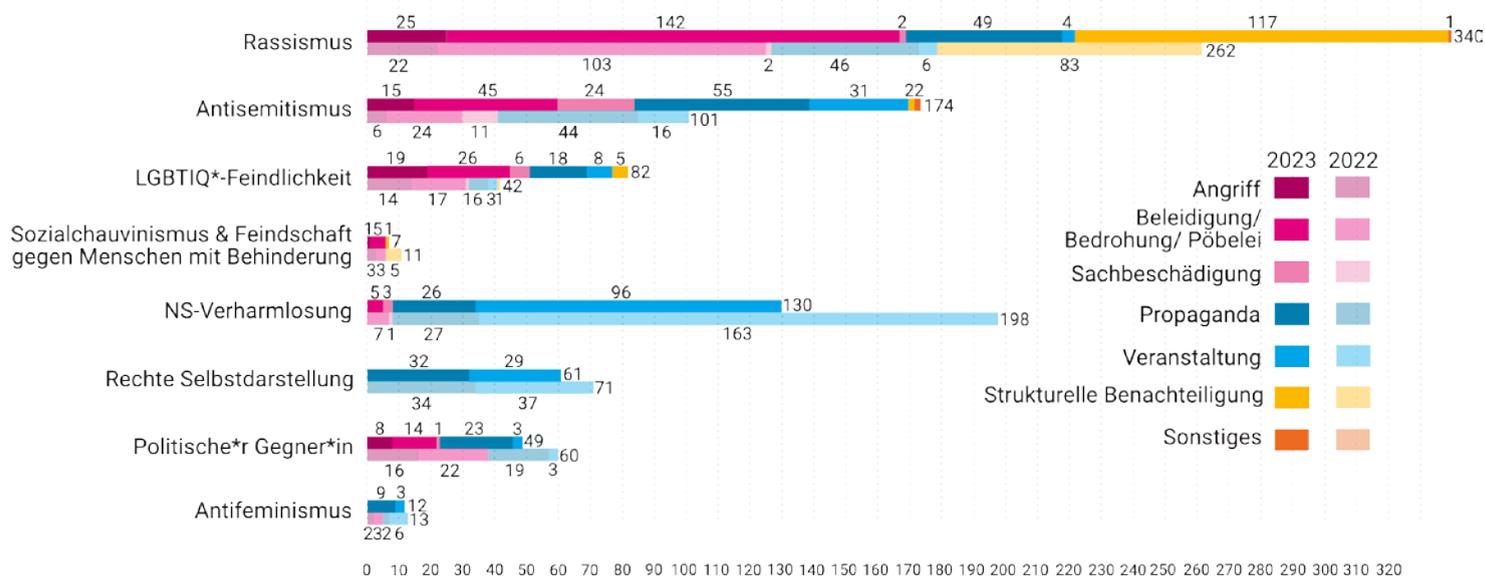
An einem privaten Wohnungseingang im Bezirk Mitte wurde eine Mezuzah (Schriftkapsel am Türpfosten; jüdisches Symbol) abgerissen. Zudem steht am dortigen Klingelschild ein als jüdisch zu verstehender Nachname,

sodass von einem antisemitischen Motiv ausgegangen werden kann.

Quelle: Meldeformular des Berliner Registers

9. August 2023

In der Wollankstraße wurde gegen 21.15 Uhr ein lesbisches Paar von drei unbekanntem männlichen, ca. um die 13 Jahre alten Jugendlichen angegriffen. Die Jugendlichen kamen von hinten angerannt, schlugen eine der Frauen auf den Hinterkopf, gaben der



im Jahr 2022. Die LGBTIQ*-feindlichen Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien stiegen von 17 im Jahr 2022 auf 26 im Jahr 2023. Im Ortsteil Tiergarten gab es eine Reihe von LGBTIQ*-feindlichen Sachbeschädigungen. Das Ziel war dabei mehrfach das Schwule Museum. Am 24.02.2023 schossen Unbekannte nachts auf das Museum. Am 30.03.2023 wurde das Museum durch zwei Jugendliche mit einem Feuerlöscher besprüht. Auch das Denkmal für die erste homosexuelle Emanzipationsbewegung in Moabit und das Mahnmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen im Tiergarten wurden beschädigt. Wie bereits im letzten Jahr war der CSD am 22.07.2023 ein Schwerpunkt der LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle. Im Zusammenhang mit dem CSD wurden 2 Angriffe, 4 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien und eine Veranstaltung registriert. In einem Fall wurden Teilnehmende des CSD von Sicherheitsmitarbeitenden eines Wagens angegriffen. In 2 Fällen wurden Personen

auf dem CSD angepöbelt. Zeitgleich zum CSD zog eine Gruppe von etwa 35 Neonazis aus dem Umfeld der Kleinpartei "Der III. Weg" vom Alexanderplatz zur Straße Unter den Linden und bedrohte dabei Personen, die sie als queer wahrnahmen, mit Glasflaschen. Neonazis aus dem Umfeld des "III. Wegs" hielten am selben Tag eine Demonstration am Alexanderplatz ab und enthüllten am Fernsehturm ein Transparent mit der Aufschrift "Homo = Volkstod".

Starker Anstieg rassistischer Vorfälle

Nach einem deutlichen Rückgang von 307 Vorfällen im Jahr 2021 auf 262 im Vorjahr wurden 2023 insgesamt 340 rassistische Vorfälle registriert. Dies ist vor allem auf einen Anstieg von rassistischen Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien sowie rassistischen strukturellen Benachteiligungen zurückzuführen. Die Anzahl der erfassten antimuslimisch-rassistischen Vorfälle stieg von 48 im Jahr 2022 auf 86 im Jahr 2023. In dieser Kategorie erfassten wir 6 Angriffe,

nachdem wir im Jahr 2022 keinen Angriff registriert hatten. Bei den dokumentierten Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien gab es einen Anstieg auf 53 Vorfälle im Jahr 2023 nach 20 Vorfällen im Jahr 2022. Bei antimuslimisch-rassistischen Übergriffen ist es außerdem auffallend, dass es hier deutlich mehr Frauen sowohl unter den Betroffenen als auch den Täter*innen gibt: Frauen waren bei 80 Prozent der antimuslimisch-rassistischen Angriffe und bei 98 Prozent der Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien betroffen. Bei den antimuslimisch-rassistisch motivierten Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien stellten Frauen auch die Mehrheit der Täter*innen. Dass Frauen in diesem Themenfeld einen so großen Anteil ausmachen, liegt daran, dass sie durch das Tragen von Kopftüchern schneller als muslimisch gedeutet werden als Männer. Der starke Anstieg ist vorwiegend auf bessere Netzwerkarbeit und mehr Meldungen von Kooperationspartner*innen zurückzuführen.

Beispielvorfälle

anderen ein Ohrfeige, beleidigten sie queergefährlich und zeigten ihnen beim Wegrennen den Mittelfinger.
Quelle: Meldeformular des Berliner Registers

31. Oktober 2023

Gegen 8.00 Uhr wurde eine Frau, die Kopftuch trug, in der U-Bahn der Linie U8 am Rosenthaler Platz von einem Mann aufgrund von antimuslimischem Rassismus beleidigt und geschlagen. Drei Mitfahrende griffen ein

und erreichten, dass der Angreifer die Bahn verließ. Die Frau wurde verletzt und im Krankenhaus behandelt. Sie erstattete Anzeige.
Quelle: ReachOut

8. November 2023

In der Brunnenstraße fand eine Mahnwache anlässlich eines Brandanschlags auf eine Synagoge statt. Ein Mann forderte die Teilnehmenden auf, eine Israelfahne einzupacken und rief ihnen antisemitische Beleidigungen

und extrem rechte Parolen zu. Der Mann wurde festgenommen.
Quelle: Register Mitte via Twitter, Polizeimeldung Nr. 2078 vom 09.11.2023

Auch die Anzahl der anti-Schwarz rassistischen Vorfälle stieg deutlich an. Nach 89 Vorfällen im Jahr 2022 wurden 2023 124 Vorfälle erfasst. Darunter waren 4 Angriffe, 36 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien und 80 strukturelle Benachteiligungen. Bei 56 anti-Schwarz rassistischen Vorfällen waren Personen betroffen, die vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen mussten. Diese Erfassung ist in erster Linie auf die gute Kooperation mit verschiedenen Initiativen und Beratungsstellen, welche sogenannte "Drittstaatsangehörige" unterstützen, zurückzuführen. Diese verbesserte Kooperation erklärt auch die auffallend hohe Zahl von erfassten Vorfällen, die in Behörden stattfanden (50).

Davon betrafen 34 das Landesamt für Einwanderung.

Auch wenn der Ukraine-Krieg sich 2023 gegenüber dem Vorjahr zunehmend weniger im Demonstrationsgeschehen von Berlin-Mitte bemerkbar machte, blieben insbesondere afrikanische, aber auch asiatische und muslimische Ukraine-Geflüchtete von vielfältigen rassistischen Diskriminierungen betroffen und werden weiterhin besonders bedroht bleiben. Dies gilt nun auch für jüdische Ukraine-Geflüchtete, wie sich inzwischen in den 2024 erfassten Vorfällen zeigt. Denn die Bedrohungslage für Jüdinnen*Juden in Berlin hat sich seit dem 7. Oktober deutlich verschärft, wie

unsere Zahlen belegen. Seitdem wird nicht nur das Demonstrationsgeschehen vor allem vom Nahost-Konflikt bestimmt, sondern auch antisemitische Vorfälle jenseits des Protestgeschehens stiegen massiv an. Dieser Trend setzte sich bislang (Stand: 31.05.2024) auch im Jahr 2024 fort.

Kooperationspartner*innen

TIN*-Antigewaltberatung

Viele trans*, inter* und nicht-binäre Menschen (kurz: tin*) erleben im Laufe ihres Lebens Gewalt. Die TIN*-Antigewaltberatung der Schwulenberatung Berlin berät gewaltbetroffene tin* Personen. Das Angebot hat einen Schwerpunkt auf tin* Personen, die in der Sexarbeit tätig sind oder waren (Sexarbeit auf der Straße, Escort, Tabledance, BDSM u. a.).



inter*
trans*
beratung
QUEER LEBEN

Wir beraten parteilich, auf Wunsch anonym und kostenfrei. Es können bis zu 15 Termine wahrgenommen werden. Die Beratung kann zu verschiedenen Formen von Gewalt sein – zu häuslicher, körperlicher, medizinischer, psychischer, sexualisierter Gewalt, tin*-feindlicher Hassgewalt, Gewalt im Internet, in Partner*innenschaften, in (Herkunfts-) Familien, im Arbeitskontext, in Institutionen oder in der Öffentlichkeit. Betroffene können sich an uns wenden unabhängig davon, ob sie in der Vergangenheit Gewalt erlebt haben, aktuell Gewalt erleben oder von Gewalt bedroht sind.

Wir beraten auf Deutsch, Englisch und Farsi sowie in weiteren Sprachen mit Sprachmittlung. Die Beratungen finden am Standort am Hermannplatz in Neukölln, online oder telefonisch statt. Zudem gibt es zweimal monatlich eine mobile Beratung im Frauentreff Olga in Schöneberg.

Wir beraten gewaltbetroffene tin* Personen zum Umgang mit Folgen von Gewalterfahrungen und zu tin*-sensiblen Psychotherapeut*innen und verweisen bei Bedarf in weitere Hilfsstrukturen (Antidiskriminierungsberatung, Betreutes Einzelwohnen, Schutzwohnungen etc.). Wir sind vernetzt mit verschiedenen Rechtsanwält*innen, unterstützen auf Wunsch bei Anzeigstellung und im Kontakt mit der Polizei und beraten zu unterschiedlichen Entschädigungsfonds.

Auch Fachkräfte können sich bei uns zu Themen wie Öffnung von Projekten für tin* Personen, Sensibilisierung für Bedarfe gewaltbetroffener tin* Personen und allgemeine TIN*-Sensibilisierung beraten lassen. Das Beratungsangebot richtet sich auch an Zeug*innen tin*-feindlicher Gewalt und Angehörige von tin* Betroffenen.

Mehr Infos:

Flyer für Ratsuchende:

https://schwulenberatungberlin.de/wp-content/uploads/2023/11/SchwuBe_Erwachsenen-FlyerTIN-Antigewaltberatung-WEB.pdf

Flyer für Fachkräfte:

https://schwulenberatungberlin.de/wp-content/uploads/2023/11/SchwuBe_Fachkraefte-FlyerTIN-Antigewaltberatung-DU.pdf

Homepage:

<https://schwulenberatungberlin.de/angebote/tin-antigewaltberatung/>

Kontakt zur TIN*-Antigewaltberatung der Schwulenberatung Berlin:

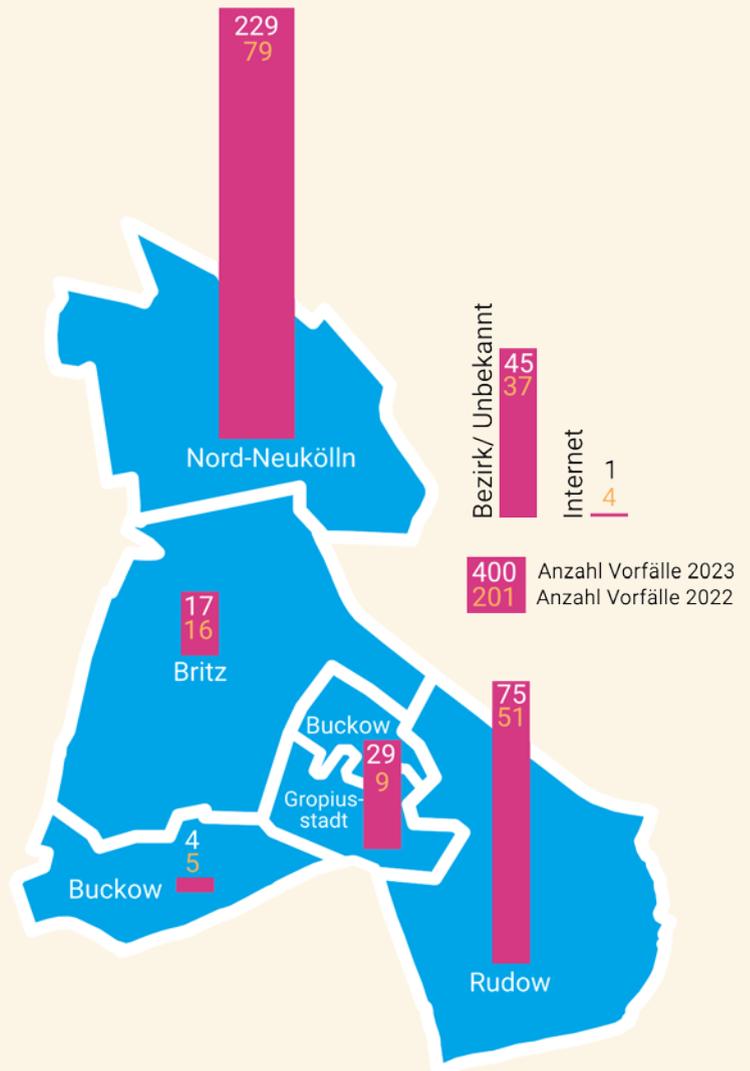
beratung@tinantigewalt.de

Tel. (030) 44 66 88-114

Hermannstr. 256-258 // 12049 Berlin

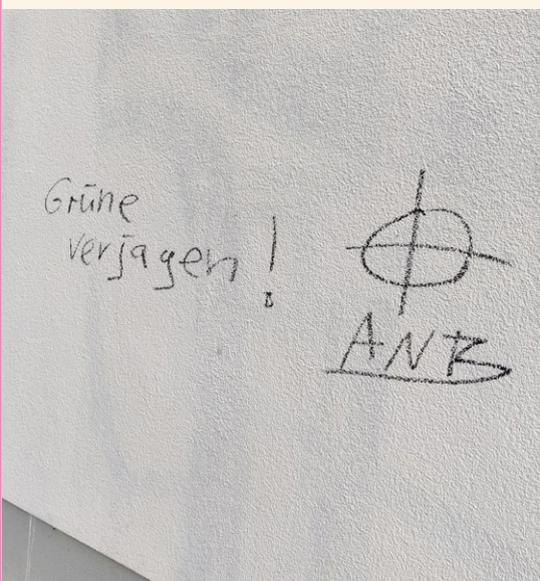
Neukölln

Mit rund 330.000 Einwohner*innen zählt Neukölln zu den bevölkerungsreicheren und dichter besiedelten Bezirken Berlins. Die verschiedenen Ortsteile – Nord-Neukölln, Britz, Buckow, Rudow und Gropiusstadt – unterscheiden sich jedoch stark in ihrer Bebauungsdichte und ihren sozio-demografischen Merkmalen. Diese Unterschiede spiegeln sich auch in der Anzahl und Art der gemeldeten Vorfälle wider. Insbesondere der Norden Neuköllns zählt als innerstädtischer Ortsteil zu den beliebten Ausgeh- und Feiergegenden der Stadt und bietet eine Vielzahl an Bars, Restaurants, Kneipen und Clubs. Ein entscheidender Aspekt des städtischen Lebens in Neukölln sind die wichtigen Verkehrsknotenpunkte im öffentlichen Personennahverkehr. Zu diesen Knotenpunkten gehören der U-Bahnhof Hermannplatz, der als einer der verkehrsreichsten und bedeutendsten Verkehrsknotenpunkte Berlins gilt, und der S- und U-Bahnhof Neukölln. Seit Jahren ist Süd-Neukölln Schauplatz einer Serie rechtsextremer Angriffe, begleitet von zahlreichen antifaschistischen und antirassistischen Protesten. Der Prozess um den Neukölln-Komplex endete im Dezember 2022. Im selben Jahr begann der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der rechtsextremen Angriffsserie seine Arbeit. Dabei steht das behördliche Vorgehen im Fokus. Eine vollständige Aufklärung der Taten steht noch aus.



Neonazi-Schriftzug in Neukölln

Schriftzug gegen russische Menschen in einer Grünanlage



Kontakt: Register Neukölln

Yekmal e. V.
Emser Straße 15
12051 Berlin

Mobil: 0157 - 392 85 358
Mail: register-nk@yekmal.de
Instagram: @registernk
X: @NkRegister
Web: <https://yekmal.com/unsere-bereiche/centrum-fuer-anti-diskriminierung/register-neukoelln/>

Meldungen auf Rekordhöhe

Das Register Neukölln dokumentierte im Jahr 2023 insgesamt 400 Vorfälle – ein Anstieg um fast 100 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im Durchschnitt ereignete sich in Neukölln also täglich mindestens ein extrem rechter oder diskriminierender Vorfall. Diese Zunahme ist im berlinweiten Vergleich besonders auffällig. Hauptgründe sind der Ausbau des Melder*innennetzwerks, die Ansprache neuer Zielgruppen, sowie eine Zunahme antisemitischer Vorfälle nach dem Hamas-Überfall auf Israel am 7. Oktober 2023. Überwiegend wurden Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze registriert, wobei Propaganda mit rund 60 % den größten Anteil ausmachte. Südliche Ortsteile meldeten vor allem extrem rechte Propaganda, während im Norden Angriffe und Beleidigungen dominierten.

Rassistische Stimmungsmache

Die Angriffe von Jugendlichen auf Polizei und Feuerwehr in der Neuköllner High-

Deck-Siedlung an Silvester 2022/23 führten zu einer rassistisch aufgeladenen Debatte. Menschen mit Migrationshintergrund wurde pauschal ein mangelnder Integrationswille unterstellt. Friedrich Merz sprach von „kleinen Pashas“. Die Heimat (vormals: NPD) und AfD nutzten die Vorfälle für rassistische Forderungen nach mehr Abschiebungen. Auch die CDU beteiligte sich gemeinsam mit der AfD in der BVV Neukölln an der Debatte über das „Migrationsproblem“.

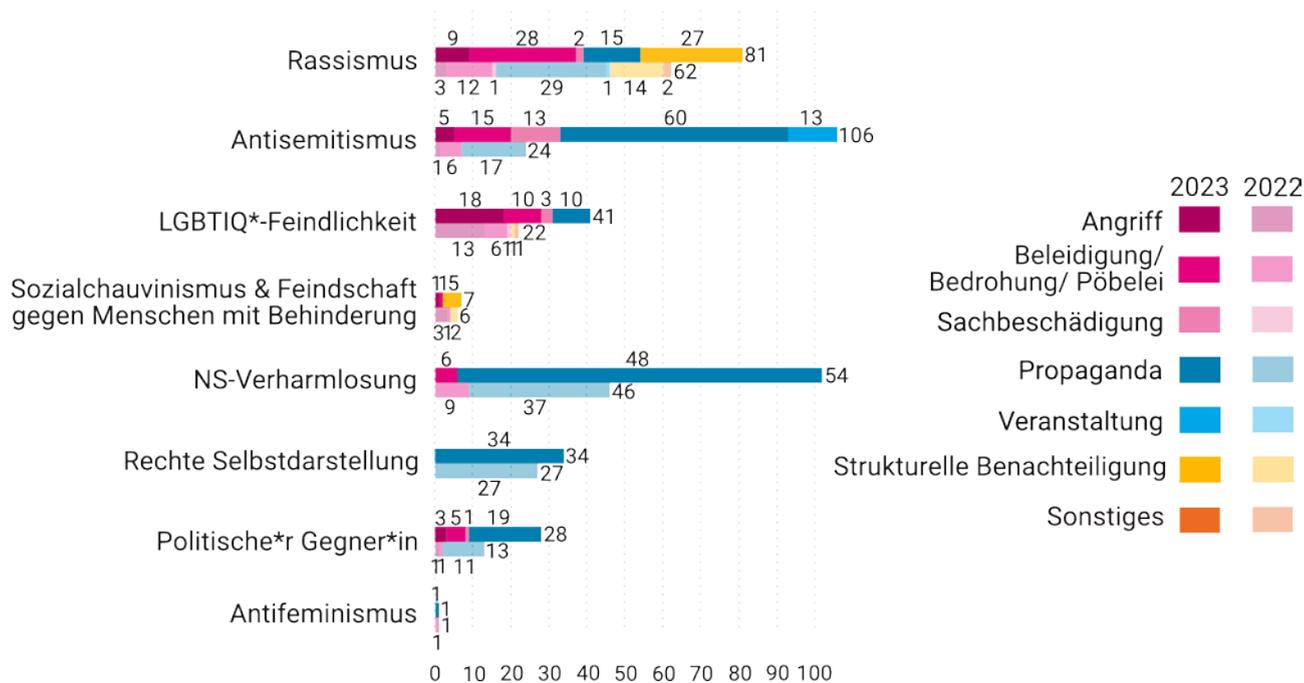
Im Sommer 2023 kam es in Berliner Freibädern, darunter auch in Neukölln, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Dies entfachte erneut eine rassistische Debatte, die zu Passkontrollen an Freibädern führte. Jugendliche mit Migrationsgeschichte berichteten, dass ihnen teilweise der Zugang verwehrt wurde.

Das rassistische Aufladen von sozialen Problemen, die auch in anderen Bevölkerungsgruppen mit gleichem Altersdurchschnitt und ähnlicher sozialer Lage existieren, trägt zur weiteren Stigmatisierung von ohnehin rassifizierten Menschen bei.

tieren, trägt zur weiteren Stigmatisierung von ohnehin rassifizierten Menschen bei.

Propaganda: Mehr Hakenkreuze in verschiedenen Kontexten

Mit 235 Meldungen nahmen Propaganda-Vorfälle (z.B. Graffiti, Sticker, Flugblätter) den größten Teil der gemeldeten Vorfälle ein. Eine Zunahme war hier vor allem in den Bereichen der NS-verherrlichenden und antisemitisch-motivierten Propaganda zu vermerken. Zumeist handelt es sich um verbotene Runen und Hakenkreuze, die vor allem im Süden Neuköllns (Rudow und Gropiusstadt) auftauchen. Ein Vergleich zwischen den Jahren 2022 und 2023 zeigt einen außergewöhnlich hohen Anstieg in Bezug auf Hakenkreuz-Schmierereien im Bezirk Neukölln (2022: 24; 2023: 70; +192 %). Im Ortsteil Nord-Neukölln stieg die Anzahl an gemeldeten Hakenkreuzen von 7 auf 24. Hakenkreuze werden bei den Berliner Registern überwiegend als NS-Verherrlichung kategorisiert. Nach dem Überfall der Hamas auf



Beispielvorfälle

25. Januar 2023

In der BVV Sitzung am Mittwoch haben die Parteien (CDU & AfD) eine rassistische Diskussion über das „Migrationsproblem“ in der Silvesternacht geführt und dabei falsche Zahlen aufgeführt, die angeblich beweisen sollten, dass es sich hier um ein „Migrationsproblem“ handle. Höhepunkt war, dass die AfD der CDU vorwarf, dass sie nicht rassistisch genug seien, um sich zu diesem Thema zu äußern. Die CDU ist auf diesen

Vorwurf nicht eingegangen.

Quelle: Register Neukölln

21. Juli 2023

An der Pannierstraße Ecke Weserstraße hat eine männlich wahrgenommene Person eine Flasche auf die Teilnehmenden des diesjährigen Dyke* March geworfen. Dabei wurde eine Person am Oberschenkel getroffen und leicht verletzt.

Quelle: Register Neukölln

1. November 2023

Aufgrund eines Umzuges benötigte eine Familie für ihren Sohn einen neuen Schulplatz. Das zuständige Schulamt kommentierte das Ersuchen der Familie mit der Aussage: „rumänische Kinder wollen eh keine Schule besuchen“. Die Schulanmeldung erfolgte nach wiederholtem Nachhaken mit viel Verspätung.

Quelle: Amaro Foro / DOSTA

Israel am 7. Oktober 2023 wurden vermehrt Hakenkreuz-Vorfälle mit einem antisemitischen Motiv identifiziert. Darunter zählen verschiedene Kombinationen von Hakenkreuzen mit Davidsternen und Israel-bezogene Parolen, die mit Hakenkreuzen versehen wurden.

Anstieg antisemitischer Vorfälle

Von den insgesamt 106 antisemitisch motivierten Vorfällen wurden 84 zwischen Oktober und Dezember 2023 verzeichnet. Zumeist handelt es sich um Propaganda, Sachbeschädigungen und Veranstaltungen. Vor allem im Nachgang von Versammlungen im Bezirk Neukölln war ein erhöhtes Aufkommen an antisemitischer Propaganda zu beobachten. Als Innenstadtbezirk mit einer guten Verkehrsanbindung bietet sich der Norden Neuköllns als Veranstaltungs- und Versammlungsort an. Der Hermannplatz zählt beispielsweise zu den beliebten Start- und Endpunkten für Demonstrationsrouten. Auch anlässlich des Krieges zwischen dem israelischen Staat und der Hamas wurden zahlreiche Veranstaltungen in Neukölln abgehalten. Dabei wurden unter anderem Parolen gerufen, die den Tod aller Jüdinnen*Juden oder die Auslöschung des israelischen Staates forderten. Jüdische Menschen fühlten sich im Bezirk zunehmend bedroht und verzichteten beispielsweise darauf in der Öffentlichkeit Hebräisch zu sprechen.

Zunahme von Sachbeschädigungen

Während 2022 lediglich zwei Sachbeschädigungen dokumentiert wurden, waren es im Jahr 2023 neunzehn. Bei dreizehn Vorfällen dieser Art lag ein antisemitisches Motiv vor. So wurden gezielt Gedenktafeln, Stolpersteine oder Orte und Symbole jüdischen Lebens in Neukölln beschädigt, z.B. Vereine, Synagogen und Restaurants. Besonders viel Aufsehen erregte eine extrem rechte Sachbeschädigung am 8. März 2023, bei der das Denkmal für Burak

Bektas in Buckow mit einem Hakenkreuz beschmiert wurde. Burak Bektas wurde am 5. April 2012 im Alter von 22 Jahren vor dem Klinikum Neukölln erschossen, als er mit Freunden auf dem Fußweg war. Der Mord wurde bisher nicht aufgeklärt. Angehörige und Freund*innen gehen von einem rechten Tathintergrund aus. Im Jahr 2024 sollen im Rahmen eines parlamentarischen

Untersuchungsausschuss zum Neukölln-Komplex die Ermittlungen im Mordfall Bektas näher beleuchtet werden.

LGBTIQ*-Feindlichkeit

Die Zahl an dokumentierten LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen hat sich im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt (2022: 22; 2023: 41). Ein genauer Blick offenbart, dass es sich bei 18 Vorfällen um Angriffe, überwiegend in Nord-Neukölln, handelt. Der hohe Anstieg kann zum einen durch die Rückkehr in den Alltag der Neuköllner*innen nach der Pandemie erklärt werden. Neue Orte für die queere Berliner Szene sind entstanden und sichtbarer im Stadtbild geworden. Zum anderen fand eine Community-orientierte Vernetzung von Seiten des Registers statt. Dazu kommt eine öffentlich ausgetragene queerfeindliche Stimmung, die solche Vorfälle mindestens begünstigt.

Im August 2023 erregte ein LGBTIQ*-feindlicher Brandanschlag auf den lesbischen Verein „RuT – Rad und Tat“ im Schillerkiez viel Aufmerksamkeit. Das Schaufenster wurde zerstört und laut Angaben der Polizei Flugblätter in den Innenräumen entzündet. Glücklicherweise ist dabei kein größerer Brand entstanden. Wie sich herausstellte, war der Anschlag auf den Verein Teil einer berlinweiten extrem rechten Angriffsserie. Der Täter hatte in der gleichen Nacht eine Bücherbox am Mahnmal „Gleis 17“ angezündet und wurde kurz darauf festgenommen. Der

Vorfall verdeutlicht, dass Antifeminismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit Bestandteil extrem rechter Ideologien sind und queerfeindliche Hetze zu Gewalt führt.

Herausforderungen der Dokumentationsarbeit

Das Jahr 2023 markierte einen Fortschritt für die Registerstelle Neukölln in der Dokumentation und Analyse rechter und diskriminierender Vorfälle. 400 dokumentierte Vorfälle zeigen, dass es Herausforderungen gibt, denen sich Politik und Zivilgesellschaft stellen müssen. Ein beträchtliches Dunkelfeld bleibt jedoch bestehen, da viele Vorfälle nicht gemeldet werden. Gründe hierfür könnten Unkenntnis über Meldestellen, Ohnmachtsgefühle oder mangelndes Vertrauen in die Wirksamkeit der Meldesysteme sein. Eine zentrale Herausforderung für das Register Neukölln bleibt demnach der Aufbau von Vertrauen zu Melder*innen von Vorfällen und die Sensibilisierung der Bevölkerung für Diskriminierung und Ausgrenzung.

7. Oktober 2023

Auf der Sonnenallee verteilten mehrere Männer anlässlich des Angriffes der Hamas auf Israel süßes Gebäck an Passant*innen. Einer der Männer trug dabei eine Palästina-Flagge auf dem Rücken. Die Gruppierung „Samidoun“ kommentierte die Aktion bei Instagram mit den Worten: „Es lebe der Widerstand des palästinensischen Volkes“. Der Angriffskrieg der Hamas wird hierbei verherrlicht und glorifiziert. Bei der Aktion wurde außerdem ein Ka-

merateam eines Fernsehsenders unter Bedrohungen dazu aufgefordert, das zuvor entstandene Filmmaterial wieder zu löschen. Die Reporter*innen kamen der Aufforderung nach.

„Samidoun“ wurde 2012 von Mitgliedern der PFLP („Volksfront zur Befreiung Palästinas“) gegründet. Die EU und die USA führen die PFLP auf ihren Listen terroristischer Gruppierungen. Quelle: *Democ* 07.10.2023, *taz* 09.10.2023, *Tagesspiegel* 08.10.2023, *JFDA e.V.* 07.09.2023

Die Zahlen im Detail

Auf den folgenden Seiten sind für alle Bezirke, für die ganze Stadt und für den Ort „Berlinweit“ die Vorfälle der vergangenen 5 Jahre in Tabellen abgebildet. Die tabellarische Übersicht aller Motive und Arten von Vorfällen macht zum einen transparent auf welche Datenbasis sich die Registerstellen beziehen, zudem erleichtert sie den Vergleich

zwischen den Bezirken. Man kann z.B. erkennen wie sich Gewalt auf die Bezirke verteilt, dass häufig ein Anstieg an Propagandavorfällen zu einem Anstieg der Gesamtvorfälle beiträgt und dass die meisten LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle in Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Neukölln Vorfälle erfasst werden.

Berlin gesamt

Arten	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Angriff	390	372	294	255	329
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	594	632	732	657	1.029
BVV	23	15	0	0	0
Propaganda	1.658	2.234	2.951	2.459	2.865
Sachbeschädigung	92	85	141	117	187
Veranstaltung	346	291	293	341	328
Sonstiges	174	46	32	11	10
Strukturelle Benachteiligung	0	147	398	316	538
Gesamt	3.277	3.822	4.841	4.156	5.285

Motive	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Rassismus	1.337	1.306	1.428	1.132	1.458
Antisemitismus	598	774	1.043	810	1.113
LGBTIQ*-Feindlichkeit	222	169	198	239	464
Sozialchauvinismus	24	9	21	22	45
Behindertenfeindschaft	61	64	66	56	144
NS-Verharmlosung	353	619	720	655	704
Rechte Selbstdarstellung/Wahlkampf	416	498	776	808	787
Politische*r Gegner*in	266	383	563	407	525
Antifeminismus	0	0	26	27	45
Gesamt	3.277	3.822	4.841	4.156	5.285

Erstellt mit Datawrapper

Berlinweit

Arten	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Angriff	4	15	10	2	3
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	73	106	113	87	208
BVV	0	1	0	0	0
Propaganda	307	452	502	420	294
Sachbeschädigung	0	0	3	4	0
Veranstaltung	0	0	0	1	1
Sonstiges	56	29	13	2	2
Strukturelle Benachteiligung	0	28	112	74	142
Gesamt	440	631	753	590	650

Motive	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Rassismus	94	76	125	71	87
Antisemitismus	320	493	553	479	459
LGBTIQ*-Feindlichkeit	2	3	31	5	11
Sozialchauvinismus	0	0	0	1	0
Behindertenfeindschaft	18	43	31	32	88
NS-Verharmlosung	3	3	4	1	0
Rechte Selbstdarstellung	1	0	1	0	0
Politische*r Gegner*in	2	13	5	1	5
Antifeminismus	0	0	3	0	0
Gesamt	440	631	753	590	650

Der Ort „Berlinweit“

Es gibt Vorfälle, die nicht einem Bezirk zugeordnet werden können. Dazu gehören Vorfälle, die an bestimmte Adressat*innen gerichtet sind, bei denen der Bezirk keinerlei Relevanz hat. Viele jüdische oder israelische Einrichtungen erhalten antisemitische E-Mails, Beleidigungen und Bedrohungen. Weil sie diese unerwünschten Zuschriften unabhängig von ihrem Standort erhalten, werden sie unter „Berlinweit“ erfasst. Der Anteil antisemitischer Vorfälle ist deshalb in der räumlichen Kategorie „Berlinweit“ sehr hoch. In dieser Kategorie werden zusätzlich Fälle aus Beratungsstellen erfasst, bei denen unklar ist in welchem Bezirk sie stattgefunden haben. Ein Amt, das für alle Menschen mit

Behinderung in Berlin zuständig ist, befindet sich in Kreuzberg. Alle Diskriminierungsfälle, die mit diesem Amt zu tun haben, werden unter der Kategorie „Berlinweit erfasst“, weil der Standort der Behörde nicht im Zusammenhang mit den Diskriminierungsfällen steht. Werden Abgeordnete des Bundestages oder des Abgeordnetenhauses in sozialen Netzwerken beleidigt oder bedroht, werden diese Fälle nicht im Bezirk „Mitte“, sondern ebenfalls unter „Bezirksweit“ erfasst. Inhaltlich sind diese Fälle unter „Politische*r Gegner*in“ zu finden.

Um Vorfälle zu dokumentieren, die innerhalb Berlins stattfinden, die aber nicht lokal wirken, wurde zum Mai 2017 die Kategorie „Berlinweit“ eingeführt.

Charlottenburg-Wilmersdorf

Arten	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Motive	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Angriff	17	28	24	19	24	Rassismus	82	97	121	80	75
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	45	48	52	46	63	Antisemitismus	61	37	47	48	83
BVV	1	1	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	19	8	9	15	27
Propaganda	116	139	154	123	178	Sozialchauvinismus	3	3	2	1	7
Sachbeschädigung	16	6	6	6	18	Behindertenfeindschaft	1	1	2	1	9
Veranstaltung	35	41	30	21	27	NS-Verharmlosung	14	29	43	29	42
Sonstiges	11	0	0	1	36	Rechte Selbstdarstellung	42	64	37	46	60
Strukturelle Benachteiligung	0	13	26	18	1	Politische*r Gegner*in	19	37	28	12	41
Gesamt	241	276	292	234	347	Antifeminismus	0	0	3	2	3
						Gesamt	241	276	292	234	347

Friedrichshain-Kreuzberg

Arten	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Motive	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Angriff	54	56	44	36	62	Rassismus	124	121	124	80	116
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	50	35	60	57	88	Antisemitismus	41	44	49	27	123
BVV	0	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	38	27	27	29	58
Propaganda	115	196	297	174	175	Sozialchauvinismus	2	0	9	5	15
Sachbeschädigung	6	12	15	13	11	Behindertenfeindschaft	5	2	4	2	5
Veranstaltung	23	11	18	25	49	NS-Verharmlosung	17	46	92	49	23
Sonstiges	19	5	13	1	20	Rechte Selbstdarstellung	10	45	103	96	41
Strukturelle Benachteiligung	0	30	42	20	2	Politische*r Gegner*in	30	60	81	37	25
Gesamt	267	345	489	326	407	Antifeminismus	0	0	0	1	1
						Gesamt	267	345	489	326	407

Erstellt mit Datawrapper

Lichtenberg

Arten	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Motive	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Angriff	28	25	27	18	18	Rassismus	109	120	193	160	151
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	34	43	48	59	68	Antisemitismus	12	4	35	15	18
BVV	5	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	14	11	17	28	44
Propaganda	150	340	595	411	390	Sozialchauvinismus	2	1	1	3	10
Sachbeschädigung	13	5	25	14	31	Behindertenfeindschaft	1	0	1	2	16
Veranstaltung	16	4	8	8	4	NS-Verharmlosung	32	108	148	70	85
Sonstiges	12	1	5	0	1	Rechte Selbstdarstellung	47	87	165	139	94
Strukturelle Benachteiligung	0	3	24	24	30	Politische*r Gegner*in	41	90	165	109	111
Gesamt	258	421	732	534	542	Antifeminismus	0	0	7	8	13
						Gesamt	258	421	732	534	542

Erstellt mit Datawrapper

Marzahn-Hellersdorf

Arten	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Motive	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Angriff	15	17	11	9	21	Rassismus	61	78	58	61	119
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	23	33	26	29	46	Antisemitismus	1	10	11	15	14
BVV	1	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	3	8	12	17	28
Propaganda	104	186	164	290	440	Sozialchauvinismus	0	0	0	4	1
Sachbeschädigung	0	5	11	16	11	Behindertenfeindschaft	0	0	1	0	1
Veranstaltung	10	4	19	13	8	NS-Verharmlosung	27	69	50	60	131
Sonstiges	1	3	0	1	0	Rechte Selbstdarstellung	46	52	68	155	153
Strukturelle Benachteiligung	0	4	10	7	5	Politische*r Gegner*in	16	35	38	51	82
Gesamt	154	252	241	365	531	Antifeminismus	0	0	3	2	2
						Gesamt	154	252	241	365	531

Mitte

Arten	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Motive	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Angriff	96	63	56	63	68	Rassismus	324	285	307	262	340
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	142	166	170	179	237	Antisemitismus	80	100	148	101	174
BVV	0	1	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	63	41	24	42	82
Propaganda	184	155	256	178	212	Sozialchauvinismus	7	1	3	3	3
Sachbeschädigung	28	12	21	15	36	Behindertenfeindschaft	28	5	9	8	4
Veranstaltung	164	183	169	234	174	NS-Verharmlosung	49	103	136	198	130
Sonstiges	31	3	0	0	3	Rechte Selbstdarstellung	39	37	50	71	61
Strukturelle Benachteiligung	0	26	72	89	125	Politische*r Gegner*in	55	37	62	60	49
Gesamt	645	609	744	758	855	Antifeminismus	0	0	5	13	12
						Gesamt	645	609	744	758	855

Neukölln

Arten	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Motive	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Angriff	54	35	30	21	36	Rassismus	63	86	99	62	81
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	29	30	62	36	65	Antisemitismus	25	14	67	24	106
BVV	7	7	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	25	23	17	22	41
Propaganda	92	148	214	121	235	Sozialchauvinismus	0	2	3	3	2
Sachbeschädigung	5	6	5	2	19	Behindertenfeindschaft	2	1	3	3	5
Veranstaltung	14	2	16	1	13	NS-Verharmlosung	26	46	59	46	102
Sonstiges	3	1	0	3	0	Rechte Selbstdarstellung	51	47	71	27	34
Strukturelle Benachteiligung	0	7	27	17	32	Politische*r Gegner*in	12	17	34	13	28
Gesamt	204	236	354	201	400	Antifeminismus	0	0	1	1	1
						Gesamt	204	236	354	201	400

Pankow

Arten	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Motive	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Angriff	28	35	27	28	21	Rassismus	93	105	102	104	109
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	39	37	51	45	49	Antisemitismus	21	21	49	54	42
BVV	3	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	7	10	11	14	34
Propaganda	134	158	241	290	264	Sozialchauvinismus	1	0	2	1	1
Sachbeschädigung	6	4	7	6	17	Behindertenfeindschaft	0	2	0	1	3
Veranstaltung	16	9	6	10	12	NS-Verharmlosung	39	32	39	41	29
Sonstiges	10	0	0	0	0	Rechte Selbstdarstellung	54	62	95	120	128
Strukturelle Benachteiligung	0	5	11	8	31	Politische*r Gegner*in	21	16	44	52	45
Gesamt	236	248	343	387	394	Antifeminismus	0	0	1	0	3
						Gesamt	236	248	343	387	394

Erstellt mit Datawrapper

Reinickendorf

Arten	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Motive	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Angriff	10	20	8	10	6	Rassismus	59	57	38	56	72
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	25	19	29	24	39	Antisemitismus	6	8	9	2	9
BVV	3	1	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	6	10	11	16	19
Propaganda	47	35	44	41	106	Sozialchauvinismus	2	0	1	0	0
Sachbeschädigung	2	7	6	2	4	Behindertenfeindschaft	0	1	1	3	4
Veranstaltung	15	6	0	2	4	NS-Verharmlosung	13	7	10	6	14
Sonstiges	5	4	0	1	0	Rechte Selbstdarstellung	16	8	13	12	37
Strukturelle Benachteiligung	0	6	10	22	16	Politische*r Gegner*in	5	7	13	7	17
Gesamt	107	98	97	102	175	Antifeminismus	0	0	1	0	3
						Gesamt	107	98	97	102	175

Spandau

Arten	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Motive	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Angriff	9	21	15	9	14	Rassismus	48	46	57	37	57
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	46	19	33	19	23	Antisemitismus	1	3	2	9	10
BVV	0	0	0	0	0	LGBTIQ*-Feindlichkeit	6	5	6	2	9
Propaganda	33	44	39	34	37	Sozialchauvinismus	3	0	0	0	2
Sachbeschädigung	0	1	5	4	3	Behindertenfeindschaft	5	2	4	2	1
Veranstaltung	1	6	2	5	0	NS-Verharmlosung	13	11	9	15	5
Sonstiges	6	0	0	0	1	Rechte Selbstdarstellung	12	25	20	13	9
Strukturelle Benachteiligung	0	7	18	9	23	Politische*r Gegner*in	7	6	12	2	8
Gesamt	95	98	112	80	101	Antifeminismus	0	0	2	0	0
						Gesamt	95	98	112	80	101

Steglitz-Zehlendorf

Arten	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Angriff	8	9	12	8	8
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	25	22	16	13	21
BVV	1	0	0	0	0
Propaganda	173	90	88	69	121
Sachbeschädigung	5	7	1	6	4
Veranstaltung	4	13	1	9	9
Sonstiges	4	0	1	1	0
Strukturelle Benachteiligung	0	6	14	3	13
Gesamt	220	147	133	109	176

Motive	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Rassismus	68	57	51	26	65
Antisemitismus	6	10	15	11	19
LGBTIQ*-Feindlichkeit	3	3	7	7	7
Sozialchauvinismus	0	1	0	0	0
Behindertenfeindschaft	1	1	0	1	4
NS-Verharmlosung	32	22	10	23	25
Rechte Selbstdarstellung	52	36	39	31	39
Politische*r Gegner*in	18	17	11	10	16
Antifeminismus	0	0	0	0	1
Gesamt	180	147	133	109	176

Tempelhof-Schöneberg

Arten	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Angriff	32	21	17	15	24
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	17	37	21	20	40
BVV	0	0	0	0	0
Propaganda	69	56	96	57	114
Sachbeschädigung	2	13	16	10	13
Veranstaltung	1	0	0	4	34
Sonstiges	5	0	0	1	0
Strukturelle Benachteiligung	0	5	14	13	31
Gesamt	126	132	164	120	256

Motive	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Rassismus	42	45	34	42	78
Antisemitismus	16	17	33	14	31
LGBTIQ*-Feindlichkeit	25	12	10	15	41
Sozialchauvinismus	1	1	0	0	1
Behindertenfeindschaft	0	4	9	1	1
NS-Verharmlosung	31	40	42	20	28
Rechte Selbstdarstellung	6	7	26	22	57
Politische*r Gegner*in	5	6	10	6	18
Antifeminismus	0	0	0	0	1
Gesamt	126	132	164	120	256

Treptow-Köpenick

Arten	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Angriff	33	27	13	17	23
Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien	52	37	51	43	80
BVV	3	4	0	0	0
Propaganda	196	235	261	251	299
Sachbeschädigung	9	7	20	19	20
Veranstaltung	25	12	24	8	13
Sonstiges	6	0	0	0	0
Strukturelle Benachteiligung	0	7	18	12	16
Gesamt	324	329	387	350	451

Motive	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Rassismus	170	133	119	91	108
Antisemitismus	8	13	25	11	25
LGBTIQ*-Feindlichkeit	11	8	16	27	63
Sozialchauvinismus	3	0	0	1	3
Behindertenfeindschaft	0	2	1	0	3
NS-Verharmlosung	57	103	78	97	89
Rechte Selbstdarstellung	40	28	88	76	74
Politische*r Gegner*in	35	42	60	47	81
Antifeminismus	0	0	0	0	5
Gesamt	324	329	387	350	451

„Die, die dabei geblieben sind, haben sich zunehmend radikalisiert“

Das Projekt „entschwört“ in Trägerschaft der pad g GmbH berät seit 2021 Menschen aus Berlin, die Hilfe im Umgang mit verschwörungsideologischen Aussagen im familiären oder persönlichen Umfeld benötigen. Zudem bietet das Projekt Weiterbildungen zum Thema Verschwörungsmythen für Fachkräfte und Teams an, moderiert Austauschgruppen von Betroffenen und koordiniert das „Berliner Netzwerk Verschwörungserzählungen“. Wir haben eine Person aus dem Projekt zu ihrer Arbeit und den Herausforderungen besonders im Jahr 2023 befragt.

Was ist das Besondere an eurem Projekt?

Das Besondere ist, dass wir eben nicht nur ein psychosoziales Beratungsprojekt sind. Das ist die eine Säule, dass wir Angehörige und Freund*innen von verschwörungsgläubigen Personen beraten. Da geht es um sehr persönliche Fragen: Wie die Beziehung aufrechterhalten werden kann, ohne dass es zu Eskalationen kommt, wie man auf die eigenen Grenzen schauen kann, wie man seinen demokratischen Standpunkt vertreten kann. Wir arbeiten systemisch und parteilich auf Seiten der Ratsuchenden und schauen individuell: Was will die Person, was ist ihr Ziel, was sind ihre Ressourcen? Zugleich sind wir auch ein Demokratieprojekt und haben eine klare Haltung zum Phänomen Verschwörungsglauben. Wir betrachten das nicht als eine Meinung unter vielen im Meinungspluralismus, sondern als eine menschenfeindliche Ideologie, die im Kern meist strukturell antisemitisch ist und mit vielen rassistischen, antisemitischen, misogynen Erzählungen arbeitet. Das tragen wir auch in die Beratung mit hinein und versuchen, Ratsuchende in ihrer Problemwahrnehmung zu stärken. Und wir geben auch Workshops und Bildungsveranstaltungen, um allgemein zu sensibilisieren für das Phänomen. Diese Verbindung ist das Besondere am Projekt.

Das sind viele Aufgabenbereiche, die parallel laufen. Was nimmt den größten Teil ein?

Es kommen teilweise viele Beratungsanfragen auf einmal, dann ist es wieder ein bisschen ruhiger. Dann haben wir auch wieder mehr Zeit uns den Workshops zu widmen oder auch der Koordinierung. Es ist eine Wellenbewegung. Es ist nicht immer klar ersichtlich, woher das kommt. Mitunter kann man sagen, dass es vor den Feiertagen einen verstärkten Bedarf gibt, wenn Menschen wieder mit ihren Herkunftsfamilien aufeinandertreffen.

Wie war der Verlauf dieser „Wellen“ seit eurer Gründung bis zum Jahr 2023? Ist es eher mehr oder weniger geworden?

Am Anfang gab es eine noch stärkere Nachfrage nach Beratungen. Das war thematisch sehr zugespitzt auf das Thema Corona-Maßnahmen. Es ging um das Maskentragen, Impfen, Schnelltesten und so weiter. Viele Menschen hatten das Problem sehr stark in ihrem Alltag und wollten deshalb auch eine Beratung in Anspruch nehmen. Rein quantitativ sind die Anfragen zurückgegangen, aber es ist qualitativ krasser geworden, also die Inhalte, wodurch auch der Unterstützungsbedarf größer geworden ist. Die, die dabei geblieben sind in dem Verschwörungsglauben, haben sich zunehmend radikalisiert.

Was hat diese qualitative Verschärfung ausgemacht, welche Mythen begegnen euch jetzt?

Corona bleibt ein Bezugspunkt. Diejenigen, die dabei geblie-

ben sind wännen sich nach wie vor im Widerstand gegen einen vermeintlichen Faschismus in der Gesellschaft, der in der sogenannten Corona-Diktatur gesehen wird. Das bewegt immer noch Leute zum Auswandern und dazu, die Schulpflicht zu umgehen, um ihre Kinder vor dem staatlichen Einfluss schützen zu wollen. Für einige war das ein Moment noch tiefer einzusteigen in Richtung der Reichsbürgerideologie und völkische Bewegungen. Hier geht es um sehr offenen Antisemitismus und Rassismus, explizite Holocaust Leugnung und so weiter. Das begegnet uns dann auch in der Beratung. Es hat sich thematisch diversifiziert.

Vielleicht noch mal zurück: Was passiert denn da eigentlich, wie werden Menschen verschwörungsgläubig?

Der Konsens in der Psychologie, in der Forschung zum Verschwörungsglauben ist, dass dahinter ganz normale menschliche Bedürfnisse stehen, beispielsweise nach Autonomie, Selbstwert-erhöhung, Selbstwerterhalt, Kontrolle, Sicherheit, Orientierung. Der Verschwörungsglaube ist eine Strategie, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Aber natürlich eine, die gefährlich ist für Einzelpersonen und für die Gesamtgesellschaft.

Was macht das gefährlich?

In diesen Narrativen werden sehr häufig Sündenböcke ausgemacht für die Erfahrung von eigenem Leid in der Gesellschaft. Eigene biographische Defizite werden abgespalten auf eine äußere Projektionsfläche, „die da oben“, die meistens als Juden*Jüdinnen imaginiert werden. Ob bewusst und offen geäußert oder nicht, aber das ist oft der Kern. Die Abspaltung der leidvollen Erfahrung auf vermeintlich Schuldige kann Halt geben, eine Orientierung. Das kann auch eine Handlungsfähigkeit auslösen bei Menschen, weil man denkt man wüsste, gegen wen man vorgehen kann, um „Widerstand“ zu leisten. Viele finden auch Halt in Gruppen. Vereinzelung oder Vereinsamung können Punkte sein, warum Menschen sich diesen Gruppierungen zuwenden, um neue Anschlüsse finden und Zugehörigkeit erfahren, die sie vielleicht sonst im Alltag nicht mehr so gespürt haben.

Inwiefern setzen Menschen diese Gedanken in Handlung um?

Leute tun ihre Ideen und Pseudo-Analysen von der Gesellschaft zum Beispiel in Telegram-Gruppen kund, was andere Leute auch animiert dieser Analyse zu folgen und tätig zu werden. Aber es lesen ja vielleicht auch Personen, die davon betroffen sind. Die Leute machen das nicht nur für sich im stillen Kämmerlein, sondern gehen damit auch auf die Straße oder ins Netz oder Handeln auf Grundlage dieser Vorstellungen. Wenn man sich die Attentate in Hanau, Halle und so weiter anschaut, dann waren ja auch ganz häufig Verschwörungsnarrative Teil der Ideologisierung und Radikalisierung.

Interview

Was kann ich denn jetzt machen, wenn ich zum Beispiel merke, eine Freundin von mir driftet da irgendwie voll ab? Was empfiehlt ihr bei einer Beratung?

Viele haben natürlich den Wunsch, das Gegenüber wieder zu „entschwören“ und wieder auf die „richtige Bahn“ zu lenken. Da müssen wir schnell desillusionieren. Das ist nichts, was wir in der Beratung verändern können, sondern erstmal den eigenen Umgang in dieser Beziehung. Vielleicht ändert sich dadurch langfristig etwas und es werden Ambivalenzen im Denken angestoßen oder neue Impulse gegeben. Es ist hilfreich zu differenzieren, wie weit jemand schon im Verschwörungsglauben drin ist. Wir kennen es vielleicht alle, dass wir ein paar Erzählungen ganz interessant, kreativ finden. Wenn jemand noch nicht so tief drin ist, kann man sich durchaus zusammen Narrative anschauen, recherchieren, sich dem Thema widmen und das Gegenüber ernst nehmen in dem Wunsch, kritisch zu denken. Es ist ja wünschenswert, dass Leute Sachen hinterfragen. Da kann man ansetzen und zusammen nach seriösen Quellen schauen, vielleicht auch noch diskutieren miteinander, und Regeln festlegen damit Gespräche nicht eskalieren.

Bei vielen Ratsuchenden ist das Gegenüber schon tiefer verstrickt. Das hat eine sehr große Rolle für ihre Identität, die stabilisieren sich über diese antisemitischen und rassistischen Narrative. Da hilft es oft nicht mehr auf einer Faktenebene zu bleiben, weil das nicht gehört wird. Gegenbeweise werden eingebaut in die eigene Verschwörungsideologie. Im schlimmsten Falle wird man als Angehörige selbst als Teil der Verschwörung imaginiert. Das ist schmerzhaft, wenn es um den eigenen Vater oder die eigene Mutter geht, die einem nicht mehr trauen. Da kann es helfen, den Fokus weg von der Faktenebene auf die emotionale Ebene zu lenken. Oft wird in so einer Erzählung den anderen etwas vorgeworfen, was man selbst gerne hätte wie z.B. Handlungsmacht, was man nicht erreicht, was tabuisiert ist. Wenn man da empathisch sein möchte, kann man hinhören, was dahintersteckt: Wie geht's dem Gegenüber? Und wenn Bedürfnisse zum Vorschein kommen die man verstehen kann, dann kann man das auch anerkennen und gleichzeitig sagen: Ich verstehe dein Bedürfnis, vielleicht geht es mir genauso, aber die Konsequenz, die du daraus ziehst und die Position, die du einnimmst, lehne ich trotzdem ab. Also eine Gleichzeitigkeit anzuerkennen, was jemanden bewegt, aber trotzdem für sich selbst rote Linien klar zu benennen und zu verteidigen.

Wie auch die Berliner Register seid ihr im vergangenen Jahr in einen Shitstorm geraten – und wart teilweise massiven Bedrohungen ausgesetzt. Euch wurde vorgeworfen Gehirnwäsche zu betreiben. Wie geht ihr mit den Angriffen um?

Wir wussten schon vorher, dass sowas passieren kann. Es war auch nicht der erste Shitstorm, aber er war schon unerwartet in

der Dauer und in der Massivität. Wir haben versucht uns im Team zu entlasten, uns gegenseitig zu unterstützen, Aufgaben aufzuteilen. Es hat auch teilweise geholfen, mit Humor damit umzugehen. Das, was einem vorgeworfen wurde ist teilweise so absurd, dass es schon wieder witzig sein kann. Ansonsten hilft es, alles zu dokumentieren, um eine analytische Distanz einzunehmen und das einzuordnen als Teil von einem großen Ganzen, einem großen Narrativ, das nicht nur uns trifft. Gemeint sind wir alle.

Ihr arbeitet zu Verschwörungsnarrativen und seid jetzt sozusagen selbst die ausführenden Arme von einer imaginierten großen Verschwörung. Was war da so das Narrativ?

Ganz viel dieses „Denunziantentum“, wir würden Kinder anstiften ihre Familie bei uns zu verpfeifen, wir würden diese Familien an den Staat melden. Auch „Steuergeldverschwendung“, wer setzt die Wahrheit durch, „Stasi 2.0“? Dass wir uns mitschuldig gemacht hätten in der „Corona-Diktatur“, dass wir schuld daran sind, dass Menschen an den Impfungen sterben.

Was glaubst du was dahinter steckt?

Leute fühlen sich gut, wenn sie ihre Wut irgendwo rauslassen können. So ein bisschen Blitzableiter und Ventil für diese Ohnmacht, die viele vielleicht erlebt haben während der Pandemie.

Wie ist es jetzt gerade?

Seit Februar ungefähr hat sich das ein bisschen gelegt. Es kommen jetzt nur noch vereinzelt Sachen an. Wir haben im Nachgang ein paar Punkte angezeigt, weil es teilweise auch in Richtung Todeswünsche und Todesdrohungen ging. Aber im Großen und Ganzen sind wir gerade wieder fokussiert auf unsere Kernaufgaben. Ich würde sagen, wir sind auch gestärkt daraus hervorgegangen, haben uns professionalisieren können in der Hinsicht und uns noch besser untereinander vernetzen können mit Menschen und Projekten, von denen wir auch viel Support erhalten haben. Aber es bleibt natürlich immer so ein Grundrauschen. Ich glaube keiner geht davon aus, dass das jetzt nie wieder passieren wird. Also es bleibt etwas, womit man sich kontinuierlich befassen muss.

Beratungstermin vereinbaren

Handy: 0178 572 81 03

E-Mail: Beratung@entschwoert.de

Weitere Informationen:

www.entschwoert.de



entschwört.

Beratung zu Verschwörungsmmythen
im persönlichen Umfeld

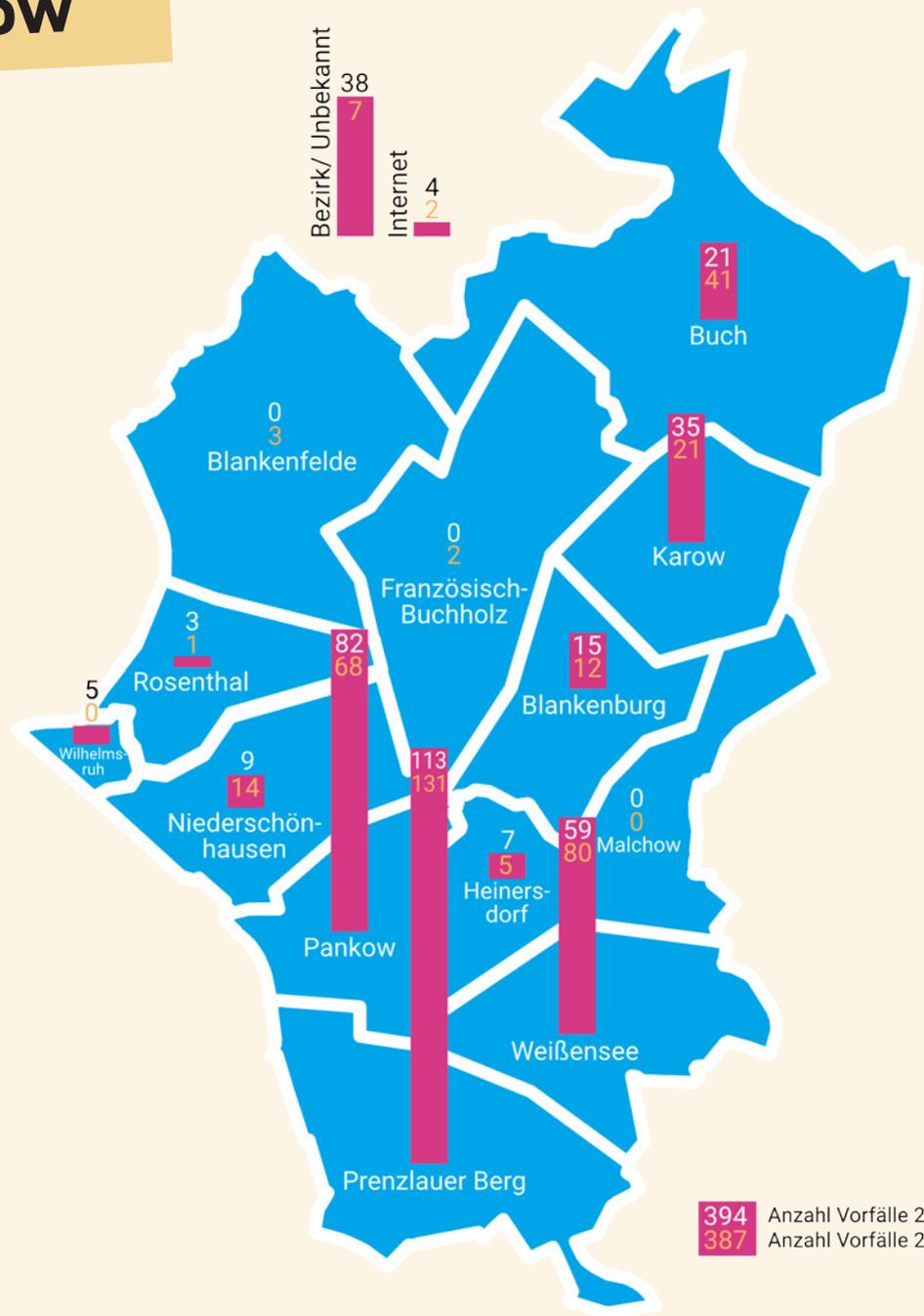


Pankow

Der Bezirk Pankow in Berlin beherbergt fast 424.000 Einwohner*innen und ist damit der bevölkerungsreichste Bezirk der Stadt. Der Prenzlauer Berg sticht als Ortsteil mit der höchsten Bevölkerungsdichte hervor, da hier fast 169.000 Menschen leben. Die Ortsteile Pankow und Weißensee beherbergen jeweils rund 68.300 und 57.000 Einwohner*innen. Der Bezirk umfasst zudem zehn weitere Ortsteile und erstreckt sich über eine relativ große Fläche, wodurch im Durchschnitt etwa 4.117 Einwohner*innen pro Quadratkilometer hier leben.

Entlang der Ringbahn (z.B. Schönhauser Allee, Greifswalder Straße) sowie an wichtigen Verkehrsknotenpunkten wie dem S-Bahnhof Pankow, dem Antonplatz in Weißensee und den U-Bahnstationen entlang der U2 treffen viele Menschen aufeinander. Diese Stationen dienen als zentrale Umsteigepunkte für den öffentlichen Nahverkehr.

Die Einwohner*innenreichsten Ortsteile bieten eine vielfältige Auswahl an Cafés, Bars, Restaurants, Clubs und anderen Freizeitmöglichkeiten, die das öffentliche Leben bereichern, sowohl tagsüber als auch in den Abendstunden.



„III. Weg“-Aktivitäten am Freibad Pankow

Solidarität mit der von Rechten angegriffenen Dilan S.



Kontakt:

Pankower Register

[moskito] Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt
 Fehrbelliner Straße 92
 10119 Berlin

Mobil: 0176 - 10 01 14 56

Mail: pankow@berliner-register.de

Web: berliner-register.de/register/pankow

Twitter: @RegisterPankow

Für den Bezirk wurden im Jahr 2023 insgesamt 397 Vorfälle aufgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr war somit die Zahl der Vorfälle weitestgehend gleich (2023: 397, 2022: 387, 2021: 343). Wichtige Ereignisse im Bezirk waren der vermeintlich rassistische Brandanschlag in Blankenburg, bei dem eine Frau starb, die Zunahme von LGBTIQ*feindlichen Vorfällen, der Strategiewechsel der extremen Rechten (III. Weg), eine Zunahme von antisemitischen Vorfällen nach dem 7. Oktober sowie das Urteil bei dem Prozess zum rassistischen Angriff auf Dilan S.

Massive Sprühereien und vermeintlich rassistischer Brandanschlag in Blankenburg

Am 25. Januar 2023 brannte in der Nähe des S-Bahnhof Blankenburg ein Haus, in dem geflüchtete und obdachlose Menschen untergebracht waren. Die Bewohner*innen des Hauses konnten evakuiert werden, jedoch starb eine Frau aus Syrien zwei Wochen später an den gesundheitlichen Folgen, die durch den Brand verursacht wurden. Nach dem Tod der Frau, die sechs Kinder hatte, erregte der Vorfall größere regionale und überregionale Aufmerksamkeit. Es wurde vermutet, dass es sich um einen rassistischen Brandanschlag

handelte und Aktivist*innen machten auf diesen Umstand u.a. mit einer Kundgebung aufmerksam. Bis jetzt konnte die Vermutung eines rassistischen Motivs für den Brandanschlag nicht bestätigt werden. Vielmehr scheint es wahrscheinlich, dass eine andere Ursache den Brand auslöste. Ganz ausgeschlossen werden kann die Vermutung jedoch nicht, weil extreme Rechte im Ortsteil aktiv sind. In den letzten Jahren wurden vermehrt rassistische Aufkleber und Schmierereien gegen antifaschistisches Engagement im Ortsteil Blankenburg erfasst. Seit 2020 gab es immer wieder selbstgemachte Aufkleber, die sich auf rassistische Weise gegen Schwarze Menschen äußerten. Ebenso wurde seit 2022 eine hohe Zahl an Schmierereien gegen Antifaschismus getätigt. Die Meldungen von Propaganda-Vorfällen nahmen seit der Eröffnung eines Büros der AfD im Ortsteil nur leicht zu (2023: 15, 2022: 12, 2021: 16).

LGBTIQ*Feindlichkeit in Pankow 2019–2023



Rassismus in Pankow 2019–2023



Antisemitismus in Pankow 2019–2023



Entwicklungen in Pankow nach Art 2023



Zunahme von LGBTIQ*Feindlichkeit im Bezirk

Seit 2020 ist ein Anstieg der LGBTIQ*-Feindlichkeit in Pankow zu verzeichnen, die sich in eine berlinweite Entwicklung einreihet. Die Zahlen im Bezirk haben sich mehr als verdoppelt (2023: 34, 2022: 14). Darunter 7 Angriffe (2022: 3), 8 Beleidigungen und Bedrohungen (2022: 7) und 19 Fälle von Propaganda (2022: 3). Ca. die Hälfte der Vorfälle ereignete sich im Sommer. Zu dieser Jahreszeit sind mehr Menschen draußen unterwegs, treffen sich in Parks und vor Cafés und damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass queere Menschen auf andere treffen, die ihnen gegenüber feindlich gesinnt sind. Unter dem Hashtag „#Stolzmonat“ wandte sich die extreme Rechte im Juni in Sozialen Medien und mit Aufklebern auf der Straße gegen den Pride-Monat, der weltweit dafür genutzt wird, um für die Gleichberechtigung

Beispielvorfälle

1. Juli 2023

Am 1. Juli 2023 beleidigten, bedrohten und fotografierten vier Personen vor allem als migrantisch wahrgenommene Besucher*innen des Sommerbad Pankows. Die Männer trugen einheitliche T-Shirts der neonazistischen Kleinstpartei „III. Weg“ und trugen ein Transparent mit rassistischem Inhalt („Prügelt euch im Mittelmeer! Kriminelle Ausländer raus!“). Einige Tage später, nämlich am 10. Juli wurde ein ähnliches

Transparent aufgehängt an der S-Bahnbrücke am Bahnhof Pankow entdeckt.

Quelle: Tagesspiegel vom 04.08.2023

12. Oktober 2023

In der Toppstraße neben dem Mauerpark wurde eine Davidstern-Schmiererei an einer Hauswand gefunden. Dies geschah kurz nach dem Angriff der Hamas auf Israel. Die Farbschmiererei wurde dokumentiert anschließend unkenntlich gemacht und

angezeigt. Mit dem Davidstern wurden zur Zeit des Nationalsozialismus jüdische Geschäfte, Einrichtungen und Wohnungen markiert, später wurden Jüd*innen von dort deportiert und ermordet.

Quelle: Pressemeldung der Polizei vom 14.10.23 Nr. 1905

13. November 2023

Am 13. November 2023 wurde eine Transfrau in der Indira-Ghandi-Straße von vier Männern transfeindlich

queerer Menschen zu demonstrieren. Die zunehmende Sichtbarkeit von Menschen aus der LGBTQI*-Community hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass sie vermehrt angegriffen wurden und diese Vorfälle an das Pankower Register gemeldet haben. Über dieses Themenfeld konnte das Register neue Kontakte knüpfen und Kooperationspartner*innen gewinnen. Der Anstieg der LGBTQI*-feindlichen Gewalt ist nicht auf Pankow oder Berlin beschränkt, sondern wird bundesweit beobachtet.

„Der III. Weg“ – viel Propaganda und Einschüchterungsversuche

Die extrem rechte Partei „Der III. Weg“ ist in Pankow mit ca. 100 Vorfällen, die ihr zugerechnet werden können, zentraler Akteur im neonazistischen Milieu. Gerade die Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ) ist bereits in den Jahren zuvor immer wieder durch verschiedene Aktionen aufgefallen. Diese konzentrierten sich bisher auf das Kleben von Aufklebern und Plakaten oder das Sprühen einzelner Graffities. Vereinzelt kam es vor Schulen im Prenzlauer Berg oder in Weißensee zu Verteilaktionen von Visitenkarten, um auf die Jugendorganisation aufmerksam zu machen. 2023 nahmen Einschüchterungsversuche dieses Spektrums gegenüber Menschen, die als migrantisch oder links wahrgenommen wurden zu. Am 1. Juli bedrohten Mitglieder der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ vor dem Freibad Pankow Menschen, die sie als Migrant*innen ausmachten. Diese beiden Ereignisse sind Beispiele dafür, dass sich die Aktionsformen des „III. Wegs“ radikalisiert haben: vom Kleben von Aufklebern und Plakaten, Foto-Aktionen für Social-Media, hin zur offenen Gewalt, Bedrohung und Beleidigung von Migrant*innen und politischen Gegner*innen der extremen Rechten.

Vorfälle in Pankow nach Ortsteilen 2021 bis 2023

Ortsteil	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023
Blankenburg	16	12	15
Blankenfelde	0	3	3
Buch	22	41	21
Französisch Buchholz	1	2	0
Heinersdorf	3	5	7
Karow	16	21	35
Malchow	1	0	0
Niederschönhausen	9	14	9
Pankow - Ortsteil	95	68	82
Prenzlauer Berg	99	131	111
Rosenthal	0	1	3
Weißensee	64	80	59
Wilhelmsruh	1	0	5
Bezirkswweit/Unbekannt (Pankow)	16	7	37
Internet (Pankow)	0	2	3
Gesamt	343	387	390

Antisemitische Vorfälle steigen nach dem 7. Oktober in Pankow

Die Zahl der antisemitischen Vorfälle war im Bezirk Pankow und allen anderen Berliner Bezirken des Jahres 2023 über rückläufig. Nachdem die antisemitischen Äußerungen, die im Zuge der Corona-Protteste angestiegen waren, abnahmen, nahmen auch die Vorfälle ab. Das änderte sich schlagartig mit dem Angriff der Hamas am 7. Oktober in Israel, bei dem knapp 1.200 Menschen ermordet wurden. Waren bis Oktober lediglich 12 Vorfälle verzeichnet worden, ereigneten sich im letzten Quartal des Jahres insgesamt 27 Vorfälle, dar-

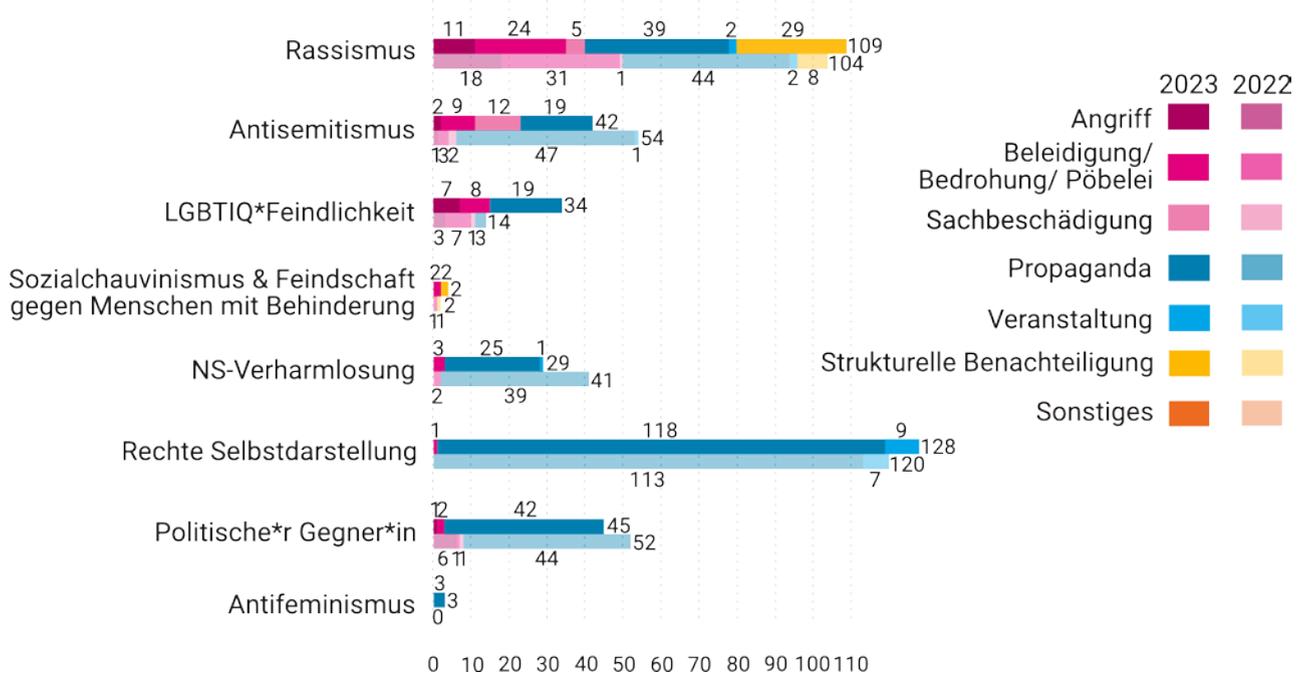
unter ein Angriff und drei Beleidigungen/Bedrohungen. Zudem wurde eine Vielzahl von Plakaten, auf denen die Geiseln der Hamas abgebildet waren, zerstört und abgerissen. Plakate, die an das Novemberpogrom von 1938 erinnerten, wurden vor dem unabhängigen Jugendzentrum JUP unkenntlich gemacht und abgerissen. Außerdem wurden um den 9. November herum, Davidsterne an Hauswände oder Privatwohnungen gesprüht, die als Markierung von jüdischen Menschen und Geschäften wahrgenommen wurden. Diese Symbolik sollte bewusst Traumata an die Verfolgung von jüdischen Menschen im

beleidigt, verfolgt und schwer körperlich angegriffen.

Die Frau musste anschließend im Krankenhaus länger behandelt werden. Nachdem der Fall bekannt wurde, fand am 13. April 2024 eine Demonstration aus Solidarität mit der Betroffenen in Weißensee statt, unter dem Motto „Klare Kante gegen Transfeindlichkeit“.

Quelle: ReachOut Berlin, Siegessaule.de 12. Apr. 2024

¹ Mesusa (hebräisch für „Türpfosten“ bzw. konkret für „Schriftkapsel am Türpfosten“) ist ein kleiner, am Türrahmen befestigter Zylinder. Sie enthält ein gerolltes Pergamentstück mit Abschnitten aus der Tora und ist meistens am Eingang zu den Räumen eines Gebäudes zu finden, in dem Jüdinnen und Juden leben.



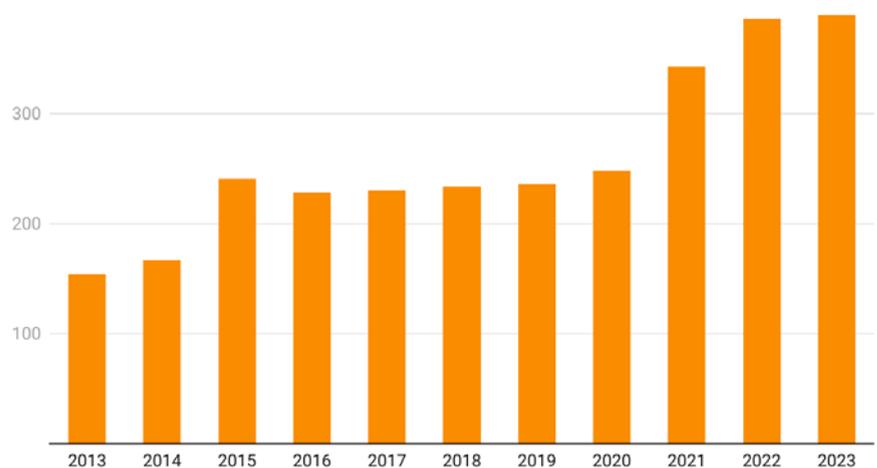
Nationalsozialismus wecken. Das Sprühen der Davidsterne bleibt ungewöhnlich. In knapp 20 Jahren Dokumentationsarbeit der Registerstellen ist diese Symbolik im Zusammenhang mit dem 9. November nicht vorgekommen. Es wurden Stolpersteine zerstört, Gedenkstätten beschmiert, antisemitische Parolen, die einen eindeutigen Bezug zum NS hatten, gesprüht, jüdische Symbole beschädigt, jüdische Menschen angegriffen, aber noch nie zuvor wurden am 9. November Davidsterne an beliebige Hauswände gesprüht. An dieser Stelle muss zumindest erwähnt werden, dass es sich um Manipulationsversuche aus Russland handeln könnte, die auf eine starke Emotionalisierung bei Betroffenen von Antisemitismus abzielen.

lichkeit. Zu Jahresbeginn 2023 wurde der Prozess gegen die sechs Angreifer*innen geführt. Auch im Prozess stellte der Richter den rassistischen Hintergrund trotz Belegen mehrfach in Frage und wollte von der Betroffenen wissen, warum sie angegriffen worden sei. Die Staatsanwaltschaft stützte im Gegensatz dazu die Darstellung von Dilan S. Vier der sechs Beschuldigten wurden zu Bewährungs- und Geldstrafen verurteilt, zwei freigesprochen. Dass es zu einer Täter-Opfer-Umkehr kommen kann, ist bei rassistischen Gewalttaten nicht selten, Sie schreckt Menschen davon ab, ihre Gewalterfahrungen zur Anzeige zu bringen.

Urteil im Prozess um rassistischen Angriff auf von Dilan S.

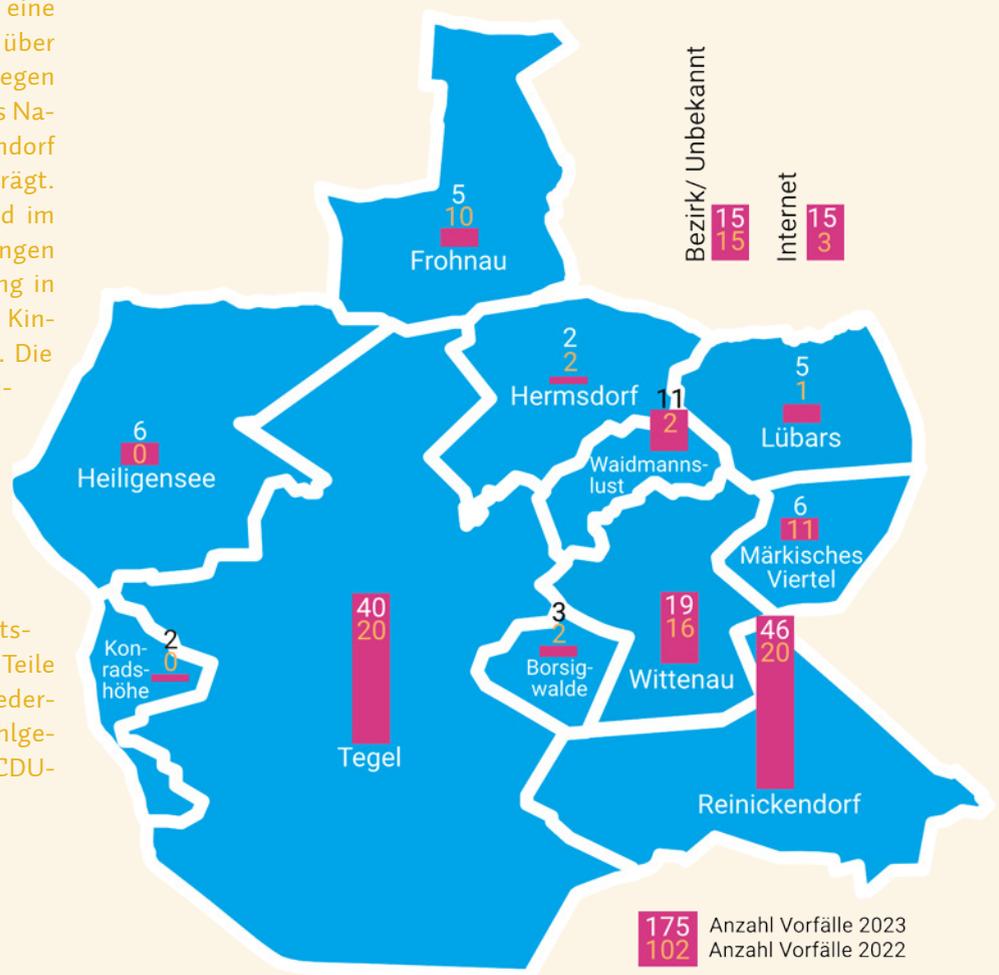
Am 5. Februar 2022 wurde eine junge Frau, Dilan S., an der Straßenbahnhaltestelle Greifswalder Straße im Prenzlauer Berg aus rassistischen Gründen von einer Gruppe von älteren Männern und Frauen beleidigt und körperlich angegriffen. Dem Angriff war eine kurze verbale Auseinandersetzung vorangegangen. In der ersten Pressemitteilung der Polizei hieß es damals, Dilan S. hätte keine Maske getragen und sei deshalb zusammengeschlagen worden. Eine Stellungnahme von Dilan S. auf Social Media, Zeugenaussagen und Videos des Vorfalls machten deutlich, dass die junge Frau aus rassistischer Motivation angegriffen worden war. Der Fall erreichte durch die beispielhafte Täter-Opfer-Umkehr eine große mediale Öffent-

Pankower Register Gesamt 2013–2023



Reinickendorf

Der Bezirk Reinickendorf verfügt über eine große Fläche und 11 Ortsteile, aber nur über 269.000 Einwohner*innen. Im Bezirk liegen neben dem Tegeler See und Forst auch das Naturschutzgebiet Tegeler Fließ. Reinickendorf ist durch ein großes soziales Gefälle geprägt. In Teilen des Ortsteils Reinickendorf und im südlichen Tegel sowie in den Großsiedlungen (Märkischen Viertel und Rollbergesiedlung in Waidmannslust) liegen die Anteile von Kinderarmut und Arbeitslosigkeit sehr hoch. Die Ortsteile an der Havel im Westen (Konradshöhe und Heiligensee) und im Norden (Frohnau, Hermsdorf und Lübars) sind hingegen stark von Einfamilienhaussiedlungen geprägt und zählen zu den wohlhabendsten Gegenden Berlins. Im Mittelfeld der sozialen Bandbreite bewegen sich die Ortsteile Wittenau und Borsigwalde sowie Teile von Tegel und Reinickendorf. Nach der Wiederholungswahl im Februar 2023 wird die Zählgemeinschaft im Bezirk wieder von einer CDU-Bürgermeisterin angeführt.



abgerissener rechter Aufkleber in Reinickendorf

Gründung des Bündnisses für Demokratie und Vielfalt

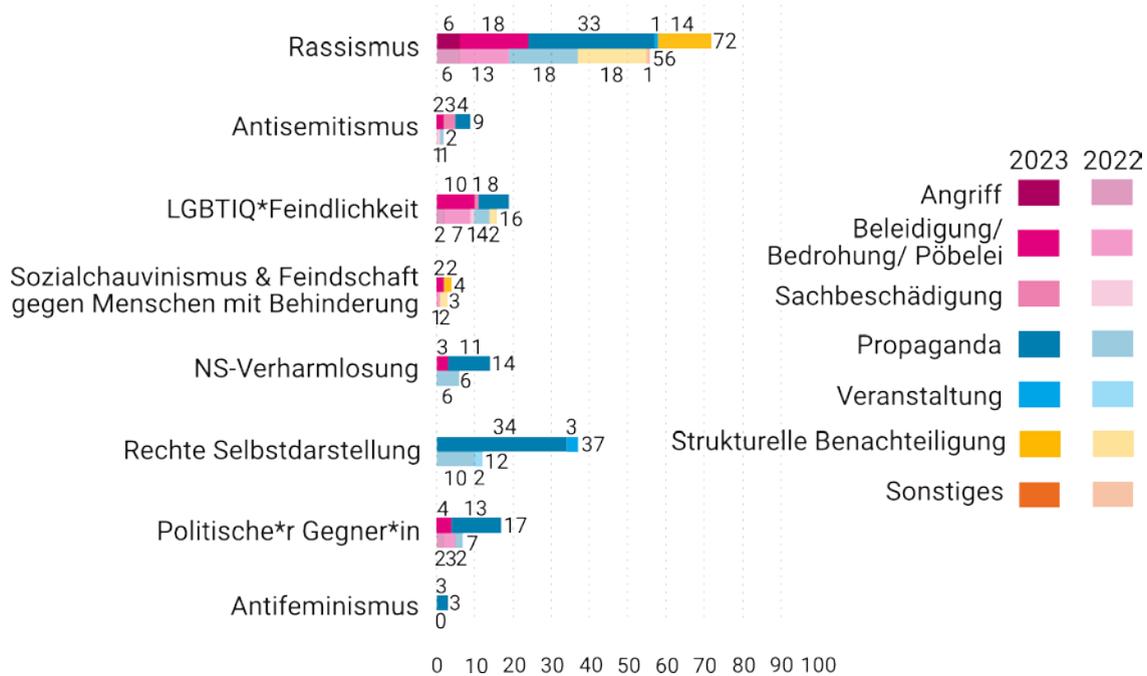


Kontakt:

Register Reinickendorf

Stiftung SPI
 Frankfurter Allee 35-37, Aufgang C
 10247 Berlin

Tel.: 0152 - 02 82 45 37
 Mail: register-rd@lvs.stiftung-spi.de
 Bluesky: @rdregister
 Instagram: @Register.Reinickendorf



Die Zahl der registrierten diskriminierenden Vorfälle in Reinickendorf ist 2023 deutlich von 103 im Vorjahr auf 175 Fälle angestiegen. Zwei strukturelle Entwicklungen prägten das Lagebild. Zum einen wurde die Zeltstadt auf dem Gelände des ehemaligen Flughafen Tegel für ukrainische Flüchtlinge und andere Asylbewerber*innen zur Dauerunterkunft. Dort kam es weiterhin zu struktureller Benachteiligung. Zum anderen wurden vier Unterkünfte für minderjährige Geflüchtete im Bezirk eröffnet. Anwohner*innen positionierten sich ablehnend und Neonazis organisierten Gegenproteste. Eine Besonderheit des Bezirks war außerdem, dass hier die Neonazipartei „Die Heimat“ (ehemals NPD) wieder verstärkt aktiv wurde.

Mobilisierung gegen Geflüchtete

Etwa die Hälfte der 71 rassistischen Vorfälle in 2023 waren gegen Geflüchtete gerichtet. Neben Propagandavorfällen drückte sich dies in einer Mobilisierung gegen

Unterkünfte im Bezirk aus. Ende August kursierten in einer Facebook-Gruppe im Ortsteil Lübars erste Gerüchte darüber, dass eine Unterkunft für minderjährige Geflüchtete eröffnet werden würde. Verschiedene Untergangsszenarien wurden dort artikuliert. Einen Tag später fand, sehr spontan, eine Informationsveranstaltung des Senats statt, bei der Anwesende sich ungebremst rassistisch äußern konnten. Eine Woche darauf wurden in Lübars rassistische Flugblätter der Partei „Die Heimat“ (NPD) gegen die Unterkunft verteilt. Etwa zeitgleich veröffentlichte ein Reinickendorfer AfD-Politiker einen Beitrag auf Facebook, der sich gegen die Eröffnung einer weiteren Unterkunft für minderjährige Geflüchtete im Ortsteil Reinickendorf richtete. Zwei Tage später fand eine weitere Veranstaltung des Senats mit Bezug auf die dort erwähnte Unterkunft statt. Teilnehmende unterstellten den Geflüchteten pauschal Betrug und Kriminalität. Unter den Teilnehmenden

waren auch Anhänger von „Die Heimat“. Mitte Oktober lud ein Mitglied des Abgeordnetenhauses zu einer Nachbarschaftsversammlung in Reinickendorf-Ost, um über die vermeintlichen Probleme rund um die Unterkunft zu sprechen. Durch Versammlungen wie diese wurden Resonanzräume geschaffen, in denen rassistische Ressentiments geäußert und bestärkt werden konnten. Die Jugendlichen und die Mitarbeiter*innen der Unterkunft standen unter permanenter Beobachtung der Nachbar*innen und Rechtfertigungsdruck. Am 21. Oktober veranstaltete „Die Heimat“ schließlich an drei Standorten in der Nähe von Unterkünften für minderjährige Geflüchtete kurze Kundgebungen, bei denen eine Handvoll Anhänger flüchtlingsfeindliche Banner hochhielten.

Diskriminierende Strukturen in Notunterkunft Tegel

Fünf Fälle von Diskriminierung in der provisorischen Unterkunft für Geflüchtete

Beispielvorfälle

17. Mai 2023

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit (IDAHOBIT) wurden an einer Oberschule im Ortsteil Reinickendorf Regenbogenfahnen gehisst. Mehrere Schüler*innen beschädigten die Flaggen und äußerten sich queerfeindlich. Sie wurden vorübergehend suspendiert. *Quelle: Meldung von Einzelperson*

21. August 2023

In der Straße Am Nordgraben in Wittenau wurde auf Höhe der Rathauspromenade an einem Mülleimer ein rassistischer Aufkleber mit dem Schlagwort „Remigration“ bemerkt und entfernt. *Quelle: Meldung von Einzelperson*

1. November 2023

Ein Mann mittleren Alters bedrohte in der U8 zwischen U-Bahnhof Wittenau und U-Bahnhof Paracelsusbad kurz vor 9 Uhr morgens aus rassistischen Mo-

tiven eine Mutter mir ihrem Kind mit Gestiken und rief ihnen Beleidigungen hinterher. Als eine weitere Person ihn daraufhin entsetzt anschaute, beleidigte er sie minutenlang sexistisch, queerfeindlich, behindertenfeindlich und als politische Gegner*in. Er drohte der Person außerdem mehrmals körperliche Gewalt und Mord an. *Quelle: Meldung von Einzelperson*

auf dem ehemaligen Flughafengelände Tegel wurden auf der Grundlage von Berichten von Bewohner*innen und Mitarbeitenden sowie von Presseberichten dokumentiert. Sie repräsentieren jeweils eine Vielzahl von konkreten Ereignissen bzw. von dauerhaften Einschränkungen. Die dauerhafte Unterbringung in Notunterkünften ohne Privatsphäre und eigene Kochmöglichkeiten stellt ohnehin eine große Einschränkung der Menschenwürde dar. Darüber hinaus wurde über Strukturen berichtet, die Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranke und Frauen besonders hart traf. So wurden alle Toiletten zur Reinigung gleichzeitig für eine Stunde geschlossen und der Zugang zur Behindertentoilette nur Rollstuhlfahrenden erlaubt. Die Qualität des Essens war schlecht, die Bewohner*innen durften aber kein eigenes Essen in die Zelte bringen. Es wurde nicht ausreichend Trinkwasser zur Verfügung gestellt. Die Taschen der Bewohner*innen wurden nicht mehr nur am Eingang, sondern auch im Schlafsaal durchsucht. An zwei Tagen durchsuchten Sicherheitsleute die Taschen von Frauen, die vom Duschen kamen, und betrachteten ihre Unterwäsche. Frauen wurden generell nicht ausreichend vor sexualisierter Gewalt geschützt. Darüber hinaus sind mehrere Gewalttaten durch Sicherheitsleute dokumentiert worden. In einem Fall wurde ein Kind von Security-Mitarbeitern geschlagen. Gewalt und Bedrohungen gegen kurdische Geflüchtete ging außer von Sicherheitskräften auch von anderen Bewohner*innen aus. Diese Fälle zeigen, dass Bewohner*innen dieser Form von Unterkünften besonderen

Formen von Gewalt ausgesetzt sind und nicht genug Schutz erfahren.

Das Lager liegt außerdem in einer Sicherheitszone des Flughafengeländes, in der sich auch die Flugbereitschaft der Bundeswehr befindet. Deswegen konnten Bewohner*innen keinen Besuch empfangen. Auch Rettungswagen haben keinen unmittelbaren Zugang zu dem Gelände. Zugleich fehlte ein Verfahren zum Anfordern von Rettungswagen in Notfällen, sodass Krankenhausbehandlungen verhindert wurden. Insgesamt gibt es kein funktionierendes Beschwerde-Management und keinen ausreichenden Zugang zu Beratungsangeboten.

Die Heimat

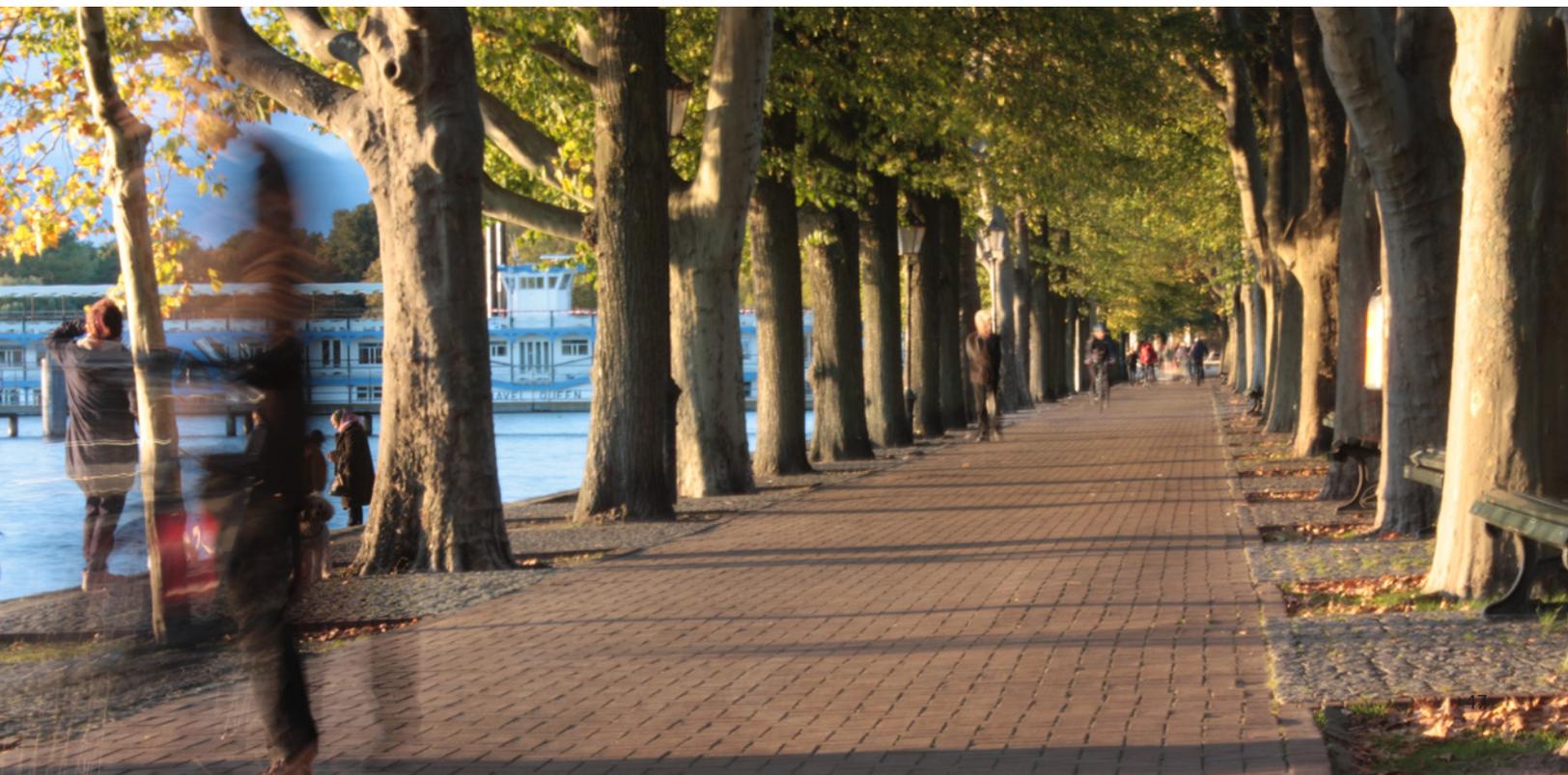
Die „Die Heimat“ (ehemals NPD) hat vielerorts ihre Tätigkeit eingestellt, jedoch nicht in Reinickendorf. 2023 wurden im Bezirk 17 Vorfälle im Zusammenhang mit der „Die Heimat“ dokumentiert. Dies stellt eine Besonderheit im Vergleich zu anderen Berliner Bezirken dar. Seit Beginn des Jahres war die Partei wieder auf Facebook aktiv. Kurz nach der Umbenennung der NPD in „Die Heimat“ im Sommer wurden Aufkleber des Bezirksverbands mit neuem Namen auf der Lübarser Höhe gemeldet. Im September wurden in Lübars rassistische Flugblätter der Partei verteilt, die sich gegen die Unterbringung von geflüchteten Mädchen richteten. Anhänger der Partei nahmen auch an einer Infoveranstaltung des Senats zur Eröffnung einer Unterkunft für minderjährige Geflüchtete teil. Im Oktober gab es dann drei Kleinstkundgebungen der Partei gegen die Unterbringung jugendlicher Geflüchteter.

Der Ortsverband organisierte weitere Veranstaltungen. So wurde im Oktober zu einem „deutsch-nationalen Stammtisch Reinickendorf“ eingeladen. Der Stammtisch des Bezirksverbandes soll jeweils am ersten Freitag im Monat stattfinden.

Ausblick

Ein Blick auf die Vorfälle im ersten Quartal 2024 zeigt, dass sich der Trend zum Anstieg der Vorfälle in Reinickendorf weiter fortsetzt. Im März brannte eines der Schlafzelte für Geflüchtete auf dem Flughafengelände ab und lenkte die mediale Aufmerksamkeit kurz auf die Unterkunft. Im neuen Jahr wurden bereits neue Fälle struktureller Diskriminierung in der Einrichtung dokumentiert. Die andauernde menschenunwürdige Unterbringung dort wird das Register Reinickendorf auch in diesem Jahr weiter beschäftigen.

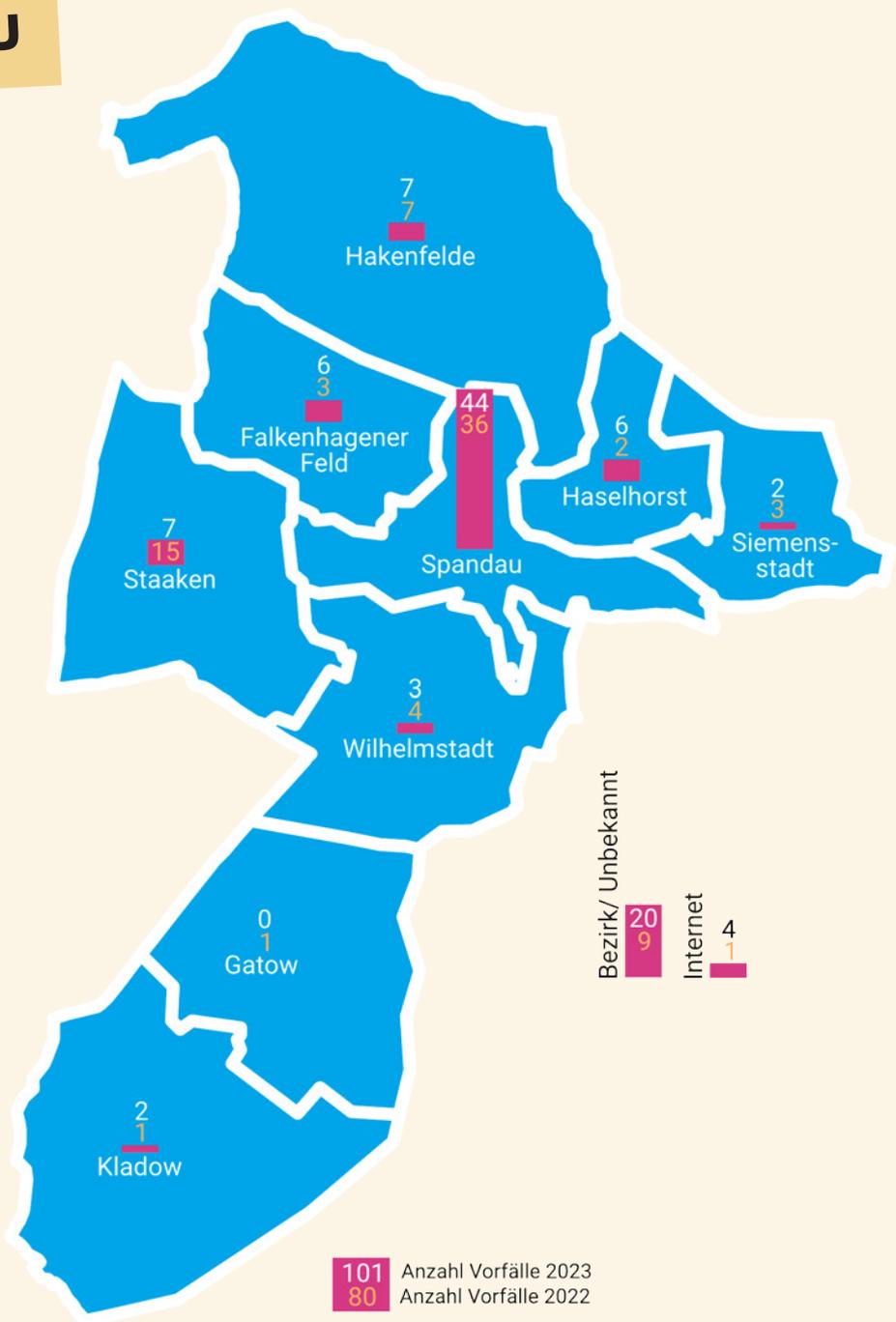
Die „correctiv“-Recherchen über die Vertriebspläne extrem rechter Netzwerke lösen auch bei Reinickendorfer*innen mit Migrationsgeschichte Ängste aus, wie wir aus persönlichen Gesprächen wissen. Berlinweit wird in den vergangenen zwei Jahren ein Anstieg rassistischer Beleidigungen und Bedrohungen beobachtet. Insofern ist zu befürchten, dass die steigende Zustimmung für rassistische Positionen im Alltag zu weiteren Übergriffen auf Minderheiten führen wird. Zu beobachten sein wird außerdem, inwiefern sich extrem rechte Jugendgruppen im Bezirk etablieren und mit Neonazis von „Die Heimat“ und „Der III. Weg“ Kooperationen eingehen werden.



Spandau

Der Bezirk Spandau mit seinen neuen Ortsteilen liegt am westlichen Stadtrand und hat fast 260.000 Einwohner*innen. Der namensgleiche Ortsteil stellt das „Zentrum“ des Bezirks dar und ist mit der U-7, der S-Bahn und der Regionalbahn an die Innenstadtbezirke Berlins angebunden. Im Ortsteil Spandau ist der Sitz der Verwaltung und hier tagt die Bezirksverordnetenversammlung, auch viele Behörden wie das Jobcenter und Sozialamt befinden sich in diesem Ortsteil.

Vor dem Rathaus kreuzen sich sämtliche Buslinien Spandaus. Die größte Fußgängerzone Berlins bietet mit zwei Straßenzügen, dem Marktplatz und dem Rathausplatz viele Einkaufsmöglichkeiten, Begegnungs- und Veranstaltungsorte. Aus diesem Ortsteil werden die meisten Vorfälle für das Register Spandau gemeldet. Neben der beschaulichen Altstadt verfügt Spandau über Ortsteile wie Staaken oder das Falkenhagener Feld, die durch Hochhausssiedlungen geprägt sind und solche wie Kladow, in denen Einfamilienhäuser und Grünflächen das Stadtbild dominieren. In den Ortsteilen Hakenfelde und Haselhorst führen zahlreiche Neubauprojekte weiterhin zu einem deutlichen Bevölkerungszuwachs.



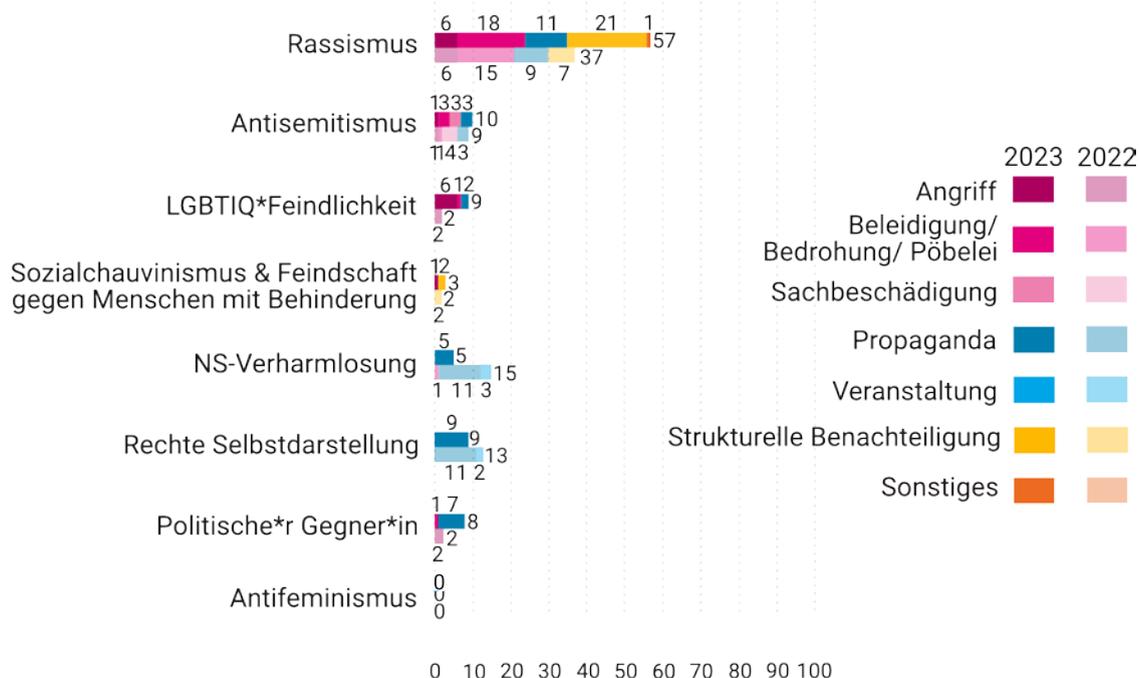
Neonazi-Aufkleber in der Carl-Schurz-Straße

Hakenkreuz in Hakenfelde



Kontakt:
Registerstelle Spandau
 GIZ gGmbH
 Reformationsplatz 2
 13597 Berlin

Tel.: 0162 - 5781723
 (Signal, Telegram)
 Mail: register.spandau@giz.berlin



Propaganda häufigster Vorfall – Anstieg bei struktureller Benachteiligung

Mit 101 erfassten Vorfällen, hat der Bezirk Spandau die niedrigste Vorfallaahl aller Registerstellen. Das liegt zum einen daran, dass es hier nur vereinzelt zu Aktivitäten der extremen Rechten kommt, außerdem gibt es im Vergleich mit anderen Bezirken weniger Orte die stark frequentiert sind und damit kommt es seltener zu Gelegenheitstaten.

2023 war das Register Spandau mit zwei halben Stellen ausgestattet und hatte daher mehr Ressourcen als 2022 für Recherche, Ausweitung des bezirklichen Netzwerks und Registervorstellungen zur Verfügung. Dadurch konnte die Anzahl der erfassten Vorfälle auf 101 erhöht werden (2022:82), was etwa dem Niveau von 2021 entspricht, als mit zwei Mitarbeiter*innen 106 Vorfälle dokumentiert werden konnten.

2023 war Propaganda (37 Vorfälle) – wie in den letzten beiden Jahren auch – die am häufigsten dokumentierte Vorfallesart in Spandau. Als Propaganda werden Sticker, Flyer, Plakate bzw. gesprühte Botschaften erfasst. Ein Drittel dieser Propaganda war rassistisch motiviert, 20 Prozent dienten der rechten Selbstdarstellung (z.B. von „Der III. Weg“) oder richtete sich gegen den politischen Gegner. 3 Vorfälle waren antisemitisch motiviert, 2 Vorfälle waren LGBTIQ*-feindlich.

Strukturelle Benachteiligungen lagen 2023 erstmals an zweiter Stelle der erfassten Vorfallesarten (23 Vorfälle). Als strukturelle Benachteiligungen werden Diskriminierungen erfasst, die aufgrund eines ungleichen Machtverhältnisses möglich wurden, wie sie zum Beispiel in Bildungseinrichtungen zwischen Schüler*innen und Dozent*innen bzw. Lehrkräften oder in Behörden (Jobcenter,

Sozialamt) zwischen Klient*innen und Sachbearbeiter*innen bestehen. Diese Meldungen verdanken die Register vor allem den Kooperationspartner*innen, einige konnte das Register Spandau auch selbst aufnehmen, sofern wir persönlichen Kontakt zu den Betroffenen hatten. In diesem Bereich ist aufgrund des Abhängigkeitsverhältnisses von einem großen Dunkelfeld auszugehen, da Betroffene Nachteile befürchten, falls Meldungen auf sie zurückgeführt werden können. Deshalb werden Vorfälle von struktureller Benachteiligung grundsätzlich stark anonymisiert (bezogen auf das Datum, aber auch andere Informationen), um Rückschlüsse auf die meldende Person zu verhindern. Es ist davon auszugehen, dass der Anstieg struktureller Benachteiligungen auf eine Verkleinerung des Dunkelfeldes zurückzuführen ist: Verbesserte Meldestrukturen, zum Beispiel das Online-Meldeformular

Beispielvorfälle

19. Januar 2023

An einem Gymnasium wurden Sticker der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ entdeckt und entfernt, die mittels QR-Code auf eine gezielt an Jugendliche gerichtete Website führten.

Quelle: Berliner Register

22. März 2023

Eine junge, Kopftuch-tragende Frau wurde von einem Mann in der U-Bahn Linie U7 antimuslimisch und rassistisch beleidigt. Der Mann sagte, dass

Deutschland kein Land für Leute wie sie sei. Er beschimpfte sie und behauptete, dass diese Gruppe von Menschen faul sei und aus dem Land abhauen soll.

Quelle: Register Spandau

13. Juni 2023

Die Glasscheibe am symbolischen „Ewiges Licht“ des Mahnmals wurde aus mutmaßlich antisemitischen Motiven mit Hilfe einer herangeschleppten Gehwegplatte zertrümmert. Die Lichtins-tallation soll an das „Ewige Licht“ in der

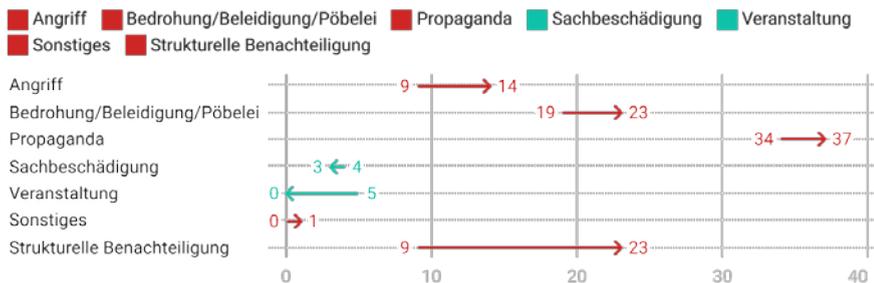
am 9. November 1938 zerstörten Spandauer Synagoge erinnern.

Quelle: Beauftragte für Erinnerungskultur im Evangelischen Kirchenkreis Spandau

9. Juli 2023

Ein Mann kam vom Bahnhof Spandau und lief zum Eingang des Münsinger Parks. Er versuchte, einen dort stehenden E-Scooter zu aktivieren. In 50 m Entfernung saß eine Gruppe von mindestens fünf jüngeren Männern. Sie riefen ihm homophobe Bemerkungen

Arten von Vorfällen 2022 und 2023



der Berliner Register, und berlinweite Netzwerkarbeit mit Beratungsstellen führten zu mehr Meldungen.

Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien bleiben mit 22 Vorfällen ähnlich relevant wie in den Vorjahren. Die meisten Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien waren rassistisch motiviert (77 %).

Anstieg der Angriffe – vor allem rassistisch und LGBTIQ*-feindlich motiviert

2023 wurden 15 Angriffe dokumentiert, was nach 2020, dem Corona-Jahr in dem es vermehrt zu Gewalt in Wohngebieten gekommen war, die höchste bisher erfasste Anzahl ist. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass eine Untererfassung möglich ist, da die Register nur Zugang zu den Pressemitteilungen der Polizei und den Anfragen im Abgeordnetenhaus haben und das LKA seit 2021 aus Datenschutzgründen keine Angriffszahlen an die Register weiterleitet.

7 Angriffe waren rassistisch motiviert, bei einem Angriff war Antisemitismus das Motiv, ein Angriff richtete sich gegen einen obdachlosen Mann. Betroffen von Angriffen waren sowohl Erwachsene wie Jugendliche und Kinder.

Auffallend ist die hohe Anzahl LGBTIQ*-feindlicher Angriffe (6). Dazu kamen noch 3 Vorfälle von LGBTIQ*-feindlichen Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien bzw. Propaganda. Diese Entwicklung ent-

spricht dem berlinweiten Trend, allerdings gibt es in Spandau keine etablierte Beratungsstruktur für queere Menschen jeden Alters, so dass von einem hohen Dunkelfeld ausgegangen werden muss. Queere Jugendliche, die bisher in den Familienzentren mit wenigen Stunden durch qui:k (Queer im Kiez) und qui:b (Queer im Beruf) beraten wurden, haben 2024 mit der Einweihung des Jugendzentrums „Neue 18“ und dem Bereich qua:lle (Trialog) endlich eine feste Anlaufstelle erhalten.

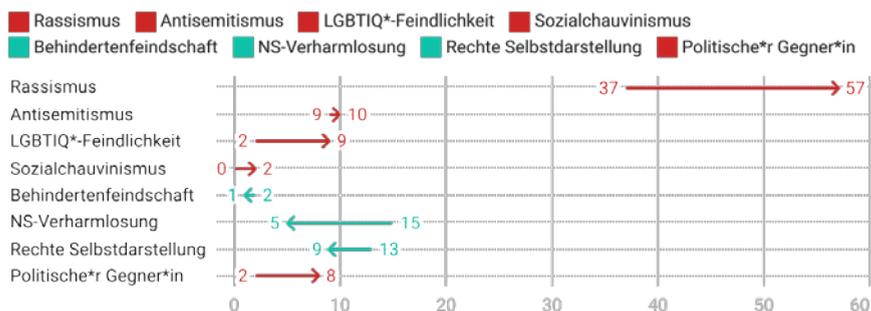
Deutlicher Anstieg bei Rassismus als Motiv

Seit Einrichtung der Registerstelle Spandau 2014 war Rassismus das häufigste Motiv aller dokumentierten Vorfälle, ebenso wie in ganz Berlin. 2023 war mehr als die Hälfte aller Vorfälle (57) rassistisch motiviert, im Vorjahr waren es nur 37 ge-

wesen. Dabei war ein Drittel der 57 Vorfälle allgemein rassistisch motiviert, 15 Vorfälle waren gegen Schwarze Personen gerichtet, 7 Vorfälle gegen Muslim*innen. Von 23 Vorfällen struktureller Benachteiligung waren 21 rassistisch motiviert, das heißt, wenn Menschen in Behörden und Bildungseinrichtungen Diskriminierung erlebten, dann vor allem aus rassistischen Gründen. Auch die dokumentierten Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien waren überwiegend rassistisch.

10 Vorfälle waren antisemitisch, verteilt auf die Vorfallesarten Angriff (1), Propaganda, Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbeleien und Sachbeschädigung (je 3). Die Sachbeschädigungen betrafen auch das Mahnmal für die ermordeten Juden und Jüdinnen Spandaus am Lindenufer. Im Vorjahr wurde mit 9 nur ein antisemitischer Vorfall weniger erfasst. Auf die ganze Stadt bezogen stiegen nach dem 7. Oktober, mit dem Angriff der Hamas auf Israel, die antisemitischen Vorfälle erheblich an. Das galt insbesondere für die Innenstadtbezirke, wo ein Großteil der Proteste stattfanden, in deren Rahmen es zu antisemitischen Übergriffen kam. In Spandau kam es im Zusammenhang mit dem 7. Oktober zu zwei Vorfällen in zeitlicher Nähe. Am 8. Oktober veröffentlichte ein Spandauer Bürger ein Video, in dem die Hamas verherrlicht wurde. Eine Hausdurchsuchung

Motive der Vorfälle 2022 und 2023



Beispielvorfälle

zu. Da der Scooter nicht funktionierte, musste der Betroffene seinen Weg zu Fuß fortsetzen. Plötzlich hörte er ein Geräusch, drehte sich um und sah, dass zwei oder drei der Männer in seine Richtung liefen, einer hatte einen Taser in der Hand und gab „Schreckschüsse“ ab. Der Betroffene konnte weglaufen. Er bemerkte noch, dass ihm noch 200 m weit mit einer Taschenlampe hinterher geleuchtet wurde.

Quelle: Meldeformular der Berliner Register

19. Juni 2023

Auf einem Stromkasten in der Heerstraße gegenüber der Bushaltestelle „Heerstraße 438-446“ wurde ein mit schwarzem Edding geschmiertes Hakenkreuz entdeckt.

Quelle: Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e.V., Quartiersmanagement Heerstraße

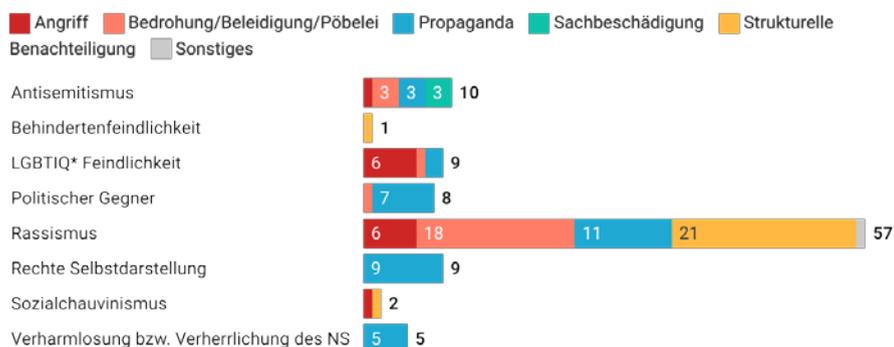
20. November 2023

An der Johann-Landefeldt-Straße in Kladow wurde eine Gruppe von Kindern

von einem älteren Ehepaar rassistisch beschimpft und beleidigt. Sie wurde mit dem ‚K-Wort‘ beschimpft. Ihnen wurde vorgeworfen, dass sie ‚keine Erziehung haben‘. Eine Passantin, die das Ganze beobachtete, reagierte als Verbündete für die Kinder und wurde dafür mit denselben Worten beschimpft. Die Passantin brachte die Kinder umgehend aus der Situation heraus, begleitete sie in den Hort und informierte den Erzieher.

Quelle: Bürger*innenmeldung

Verteilung der Arten von Vorfällen nach Motiven 2023



und die Eröffnung eines Strafverfahrens waren die Folge. Am 13. Oktober wurde eine 15-Jährige am Askanerring attackiert. Sie wurde mit den Worten: „Drecksausländerin. Israel ist besser als Palästina. Am besten verschwindest du jetzt schnell von hier.“ Beschimpft, ihr wurde das Kopftuch heruntergerissen und sie wurde getreten.

Verteilung der Vorfälle auf die 9 Ortsteile Spandaus

Weiterhin werden die meisten Vorfälle für den Ortsteil Spandau erfasst (44), was mit der auf diesen Ortsteil zentrierten Struktur des Bezirks erklärt werden kann. Außerdem sind die Laternen in der Fußgängerzone vom U-Bahnhof Rathaus Spandau bis zum U-Bahnhof Altstadt-Spandau eine beliebte Sticker-Strecke der extremen

Rechten. Zeitnah werden ihre Sticker dann von aufmerksamen Bürger*innen entfernt oder mit anderen Stickern überklebt. Bei 20 Vorfällen im Bezirk war der Ortsteil nicht bekannt. Dies betrifft vor allem Vorfälle, die von Kooperationspartner*innen gemeldet werden und die aus Datenschutzgründen stark anonymisiert wurden. Hierbei handelte es sich überwiegend um Angriffe oder strukturelle Benachteiligungen. In allen anderen Ortsteilen war die Zahl der Vorfälle einstellig. 4 Vorfälle passierten im Internet. Die übrigen 33 Vorfälle verteilten sich auf 7 der 9 Ortsteile, ohne dass sich ein Schwerpunkt abzeichnete. Aus Ortsteilen mit aktiven Anlaufstellen wie Staaken oder dem Falkenhagener Feld wurden mehr Vorfälle gemeldet als zum Beispiel aus Siemensstadt (2 Vorfälle), wo es keine Anlaufstelle gab. In

Haselhorst machten aktive Melder*innen den Unterschied, da auch hier bisher keine Anlaufstelle eingerichtet werden konnte.

Öffentliche und nicht-öffentliche Orte

Propaganda ist auf Wahrnehmung und Besetzung des öffentlichen Raumes ausgerichtet und daher im öffentlichen Raum und in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie Haltestellen und Bahnhöfen präsent. Aber auch Angriffe und Bedrohungen/ Beleidigungen/ Pöbeleien finden überwiegend im öffentlichen Raum und öffentlichen Nahverkehr statt. Diese bieten den Täter*innen eine gewisse Anonymität und Fluchtmöglichkeit. Betroffene erhalten aber durch die Zivilcourage von Zeug*innen auch Unterstützung. Vorfälle im Wohnumfeld (Nachbarn, im Supermarkt) werden als besonders bedrohlich erlebt, da die Wahrscheinlichkeit groß ist, den Täter*innen erneut oder regelmäßig zu begegnen.

Demgegenüber sind die Tatorte struktureller Benachteiligungen vom Machtgefälle zwischen Betroffenen, Zeug*innen und Täter*innen gekennzeichnet (zum Beispiel in Bildungseinrichtungen) oder finden ohne Zeug*innen statt (Behörden), was es den Betroffenen erschwert, Anzeige zu erstatten und sich erfolgreich gegen Diskriminierungen zu wehren.



Eine Perspektive auf den Alltag in Marzahn-Hellersdorf

S. ist Sozialarbeiterin und arbeitet gemeinsam mit einem kleinen Team in einem Sozialen Projekt in Marzahn. Dort hat sie mit Menschen mit Fluchthintergrund und anderen Bewohner*innen des Bezirks zu tun.

Wenn man ursprünglich nicht aus Berlin kommt, gehört der Bezirk Marzahn-Hellersdorf nicht unbedingt zu den Bezirken, in denen man leben oder arbeiten möchte. Warum bist du in den Bezirk gekommen?

Als ich als Angestellte arbeiten wollte, habe ich einen Job hier gefunden, der mich interessiert, in dem ich meine Sprachen benutzen kann, Arabisch und Französisch. Und so habe ich hier angefangen. Hätte es dieses Angebot wo anders gegeben, wäre ich auch wo anders hingegangen. In dem Moment hatte ich nicht so große Bedenken davor, in Marzahn zu arbeiten. Bis vor zwei Jahren.

Wie sieht dein Alltag auf Arbeit aus?

Das ist sehr abwechslungsreich. Manchmal sind wir im Büro, manchmal sind wir unterwegs, zum Beispiel wenn in der Geflüchtetenunterkunft eine Veranstaltung stattfindet. Es ist eine tolle Arbeit und macht Riesenspaß. Man trifft unterschiedliche Leute, man kann helfen und vermitteln, man ist wie eine Brücke zwischen den Geflüchteten und den Nachbarn.

Jetzt erlebst du dabei rassistische Anfeindungen. In welchen Situationen passiert das?

Wenn ich zum Beispiel zur Post hier in der Nähe gehe, oder auch beim Einkaufen, wird man mindestens schief angeguckt. Nach dem Motto „Was machst du denn hier?“, ohne das laut auszusprechen. Das ist nicht täglich, aber in letzter Zeit macht sich das sehr bemerkbar. Ich spüre das schon. Das hat auch damit zu tun, dass ich wacher bin, seit ich angegriffen wurde. Ich habe meine Augen hinten und vorne, und nehme alles ernster. Auch die Teilnehmenden beim Sprachtreff erleben Vorurteile und rassistische Ausdrücke. Letztens gab es anlässlich des Zuckerfests eine tolle Veranstaltung mit arabischer Musik. Das habe ich zum

dritten Mal hier in Marzahn organisiert, davor gab es das nicht. Eine ältere Dame, die eigentlich sehr nett ist, hat mich dort gefragt: „Du kommst aus Marokko? Habt ihr dort auch eine Waschmaschine oder wascht ihr alles mit den Händen?“ Die Leute wissen zu wenig. Im Ramadan haben wir bei uns in den Büroräumen ein Iftar (Fastenbrechen) veranstaltet. Wir haben die Leute aus der Nachbarschaft eingeladen, sowohl die Geflüchteten als auch die Deutschen. Manche fanden es toll, dass sie etwas darüber erfahren haben und die ganze Zeremonie selbst miterleben konnten. Aber Andere fragten „Was soll das jetzt hier? Muss das hier in Marzahn sein?“.

Mit den Berliner Registern erfassen wir pro Jahr in der ganzen Stadt zwischen 1100 und 1500 rassistische Vorfälle. Im Vergleich zu den vergangenen beiden Jahren sind insbesondere die rassistischen Beleidigungen und Bedrohungen angestiegen. Spürst Du etwas von dieser Entwicklung?

Ich bin mir sehr sicher, dass die tatsächlichen Zahlen mindestens 4-mal so hoch sind, wie die gemeldeten Zahlen. Ich habe kaum mitbekommen, dass von den Leuten aus meinem Umfeld, den Leuten aus der Geflüchtetenunterkunft die ich betreue, je etwas gemeldet worden ist von jeglichen Anfeindungen und rassistischen Aussagen. Wenn ich frage: „Gehst du die Sache melden?“, heißt es „Nein, ich will nicht.“ Sie haben Angst. Sie denken, dann kriegen sie noch mehr Stress. Ich merke aber selbst, dass es mehr ist, seit die AfD hier stärker geworden ist. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Die Menschen waren schon vorher dieser Meinung, aber sie haben sich nicht getraut. Jetzt haben sie mehr Mut, lauter zu sagen: „Wir hassen euch, ihr müsst raus“.

Im letzten Herbst fand in der Nähe von Potsdam ein Treffen statt, bei dem Mitglieder der AfD, Rechtsextreme aus Österreich und andere rechtskonservative Akteure Pläne über die Abschiebung von Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte aus Deutschland besprochen haben. Das hat zu riesigen Demonstrationen in ganz Deutschland geführt bei denen Menschen sich für die Demokratie stark machen. Merkst Du im Alltag eine Veränderung durch dieses Ereignis?

Ich habe das an den Äußerungen von den geflüchteten Menschen hier in Marzahn gemerkt. Sie haben mich gefragt, was da passiert ist. Viele sind vor Krieg geflohen, um hier ein sicheres Land und Ruhe zu finden. Es gibt die geflüchteten Menschen, die jetzt neu hier sind. Es gibt aber auch die alten, die hier schon ewig leben, vielleicht Generationen. Von denen fühlen sich viele als Deutsche, die ihre Zukunft und ihre Existenz hier sehen. Was das mit den beiden Gruppen macht, ist, dass sie sich nicht mehr sicher fühlen. Viele erwägen die Auswanderung, mit Kindern und Allem zurückzugehen. Diejenigen, die das noch nicht gemacht haben, bereiten das vor: Arbeiten und Sparen für eine Existenz woanders. Deutschland ist nicht mehr sicher, das hört man heute so oft wie nie zuvor. Leider.

Was hilft Dir im Umgang mit rassistischen Anfeindungen?

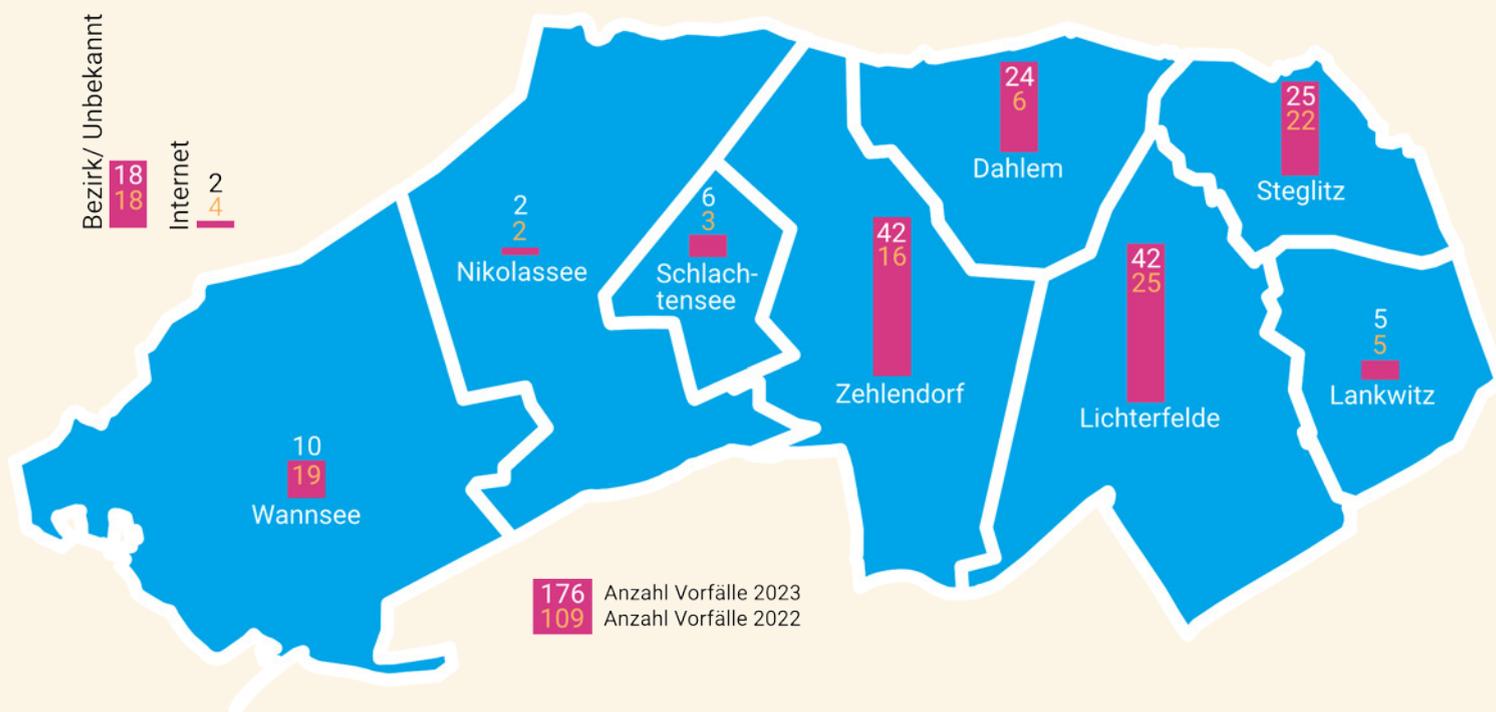
Zunächst habe ich mir professionelle Hilfe geholt. Heute lache ich manchmal darüber. Wenn meine Tochter zu mir kommt und sagt „Heute hat mich eine Frau angebrüllt oder beleidigt“, machen wir uns lustig darüber, obwohl es schlimm ist. Ich habe vor noch hier zu bleiben, und so lange muss ich einfach stark sein. Ich muss vorsichtig sein, aber die können mich nicht einfach in eine Ecke drängen, das lasse ich nicht zu. Und deswegen mache ich weiter hier in Marzahn.

Steglitz-Zehlendorf

Steglitz-Zehlendorf ist ein Randbezirk, der im Südwesten von Berlin liegt. Er erstreckt sich ausgehend von den Nachbarbezirken Charlottenburg-Wilmersdorf und Tempelhof-Schöneberg bis an die Grenze zu Brandenburg im Süden Berlins. Von der Fläche ist Steglitz-Zehlendorf der drittgrößte Bezirk Berlins. Ende Dezember 2022 lebten 311.040 Menschen in acht Ortsteilen dort. Bekannt ist der Bezirk über Berlin hinaus für seine Seen, wie den Schlachtensee oder den Wannsee. Dort steht das „Haus der Wannsee-Konferenz“, eine Gedenk- und Bildungsstätte

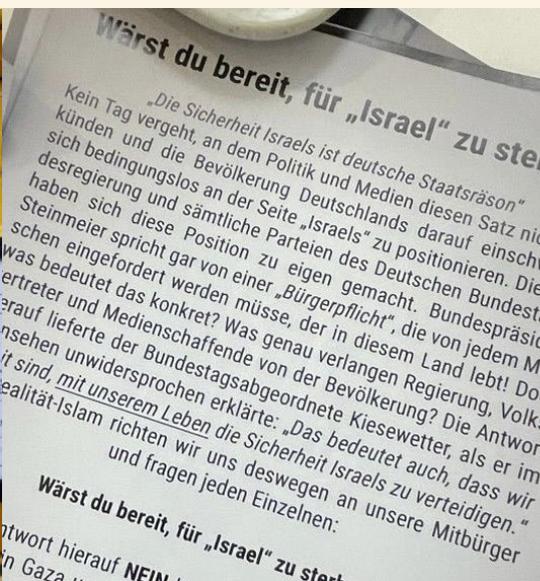
zum Gedenken an die Zeit des Nationalsozialismus. Neben sehr grünen Arealen zur Erholung, bietet der Bezirk belebte Viertel, wie z.B. die Einkaufsstraße Schloßstraße.

Die Freie Universität Berlin, die Evangelische Hochschule und weitere Forschungseinrichtungen wie das Max-Planck-Institut oder der Campus der Charité Benjamin Franklin machen Steglitz-Zehlendorf zu einem Wissenschaftsstandort. Regiert wird Steglitz-Zehlendorf seit 2021 von einer Bürgermeisterin der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“.



Extrem rechte Aufkleber in Lichterfelde

Flugblätter islamistischer Gruppen an der TU



Kontakt:
Register Steglitz-Zehlendorf
Stadtteilzentrum Steglitz e.V.
Holsteinische Straße 39-40
12161 Berlin

Mobil: 0177 - 4731717
Mail: sz@berliner-register.de
Facebook: ReginaStegendorf
Twitter: @RegisterBSZ
Instagram: @RegisterBSZ

Im Jahr 2023 hat das Register Steglitz-Zehlendorf 176 Vorfälle dokumentiert. Das sind 67 Vorfälle mehr als im Vorjahr (2023: 176; 2022: 109). Damit hebt sich die Anzahl der Vorfälle auf das Niveau vor der Coronapandemie (2019: 180). Im Vergleich zu den anderen Berliner Bezirken sind die Zahlen dennoch relativ gering. Steglitz-Zehlendorf ist trotz der größeren Fläche dünner besiedelt als z.B. die Nachbarbezirke. Insgesamt gibt es ruhigere Wohnviertel als in den belebten Innenstadtbezirken.

Die häufigsten Vorfälle, welche vom Register dokumentiert wurden, fallen in die Kategorie der „Propaganda“, also Sticker, Flyer oder Schmierereien. Hier zeigte sich ein Anstieg von 52 Vorfällen im Gegensatz zum Vorjahr (2023: 121; 2022: 69).

Bei den Motiven, die das Register Steglitz-Zehlendorf 2023 verzeichnet hat, sticht insbesondere das Motiv „Rassismus“ hervor. Hier haben sich die Zahlen mehr als verdoppelt. Im Jahr 2022 wurden 26 rassistische Vorfälle gemeldet, 2023 gingen 65 rassistische Vorfälle in die Chronik ein.

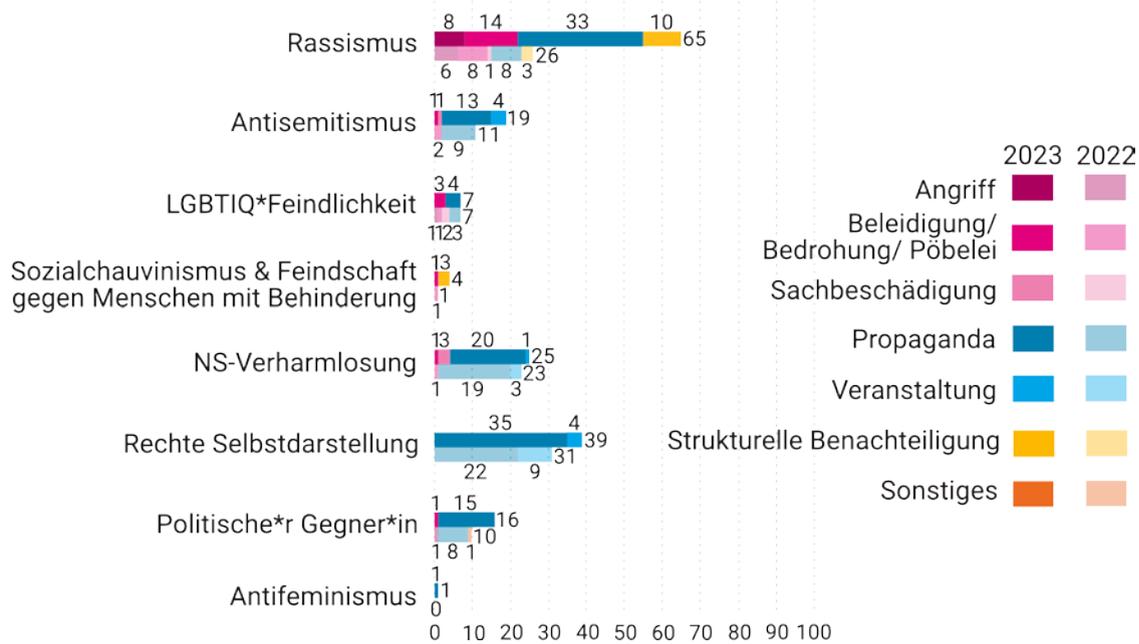
Rassismus in Steglitz-Zehlendorf

Rassismus stellt sich im Bezirk auf verschiedene Weisen dar. Die gemeldeten Vorfälle im Jahr 2023 zeigten sich in rassistischer Propaganda, in Alltagsrassismus und in struktureller Benachteiligung.

Im Straßenbild in Steglitz-Zehlendorf finden sich zum Beispiel diskriminierende Aufkleber oder geschmierte Sprüche. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 2023 in Steglitz-Zehlendorf mehr rassistische Aufkleber gemeldet (2023: 33 rassistische Sticker; 2022: 8 rassistische Sticker). Die Slogans der Sticker richteten sich z.B. gegen geflüchtete Menschen. Der Konsens dieser Sticker: „Geflüchtete Menschen sind in Deutschland nicht willkommen“ oder auch „Geflüchtete Menschen sind grundsätzlich kriminell“. Die Bilder der Aufkleber stellten Menschen mit Migrationsgeschichte stereotyp als Terrorist*innen dar.

Rassismus begegnete betroffenen Personen in ihrem Alltag. Wie auch die Jahre zuvor kam es im Bezirk immer wieder zu Beleidigungen und/oder rassistischen Diskriminierungen in Geschäften, auf der Straße oder im öffentlichen

Nahverkehr. Im öffentlichen Nahverkehr beispielsweise wurden beispielsweise Personen angegriffen, die einer benachteiligten Gruppe zugeordnet wurden und deswegen rassistisch attackiert wurden. Dies betraf u.a. auch das Fahrpersonal von Bussen und Bahnen. Eine Person wurde angegriffen, als sie einer von Rassismus betroffenen Person beiseite stand. Alltagsrassismus zeigte sich im Jahr 2023 drastischer als in den Vorjahren und hatte teilweise weitreichende, lebensverändernde Folgen für die Betroffenen. Alle acht gemeldeten Angriffe aus dem Jahr 2023 waren rassistisch motiviert. Fünf Menschen waren von rassistischen Diskriminierungen in ihrem direkten Wohnumfeld betroffen. Bei zwei der Vorfälle wurden betroffene Personen von ihren Nachbar*innen körperlich angegriffen. Mehrere Personen mussten aufgrund von permanenten Beleidigungen durch ihre Nachbar*innen ihre Wohnung verlassen. Obwohl in diesen Fällen die Polizei eingeschaltet wurde und Unterstützung durch eine Beratungsstelle bestand, hatten die Personen keine andere Möglichkeit, um sich gegen den erfahrenen Rassismus zu schützen.



Beispielvorfälle

22. Januar 2023

Ein Mann wird aufgrund von antimuslimischem Rassismus von seinem Nachbarn im Treppenhaus bedrängt und gewürgt. Zum Schutz des Betroffenen und seines Umfelds werden keine weiteren Angaben gemacht. Quelle: ReachOut

9. April 2023

Zu Ostern wurde das Grab (Ehrengrab) von Robert Kempner auf dem Parkfriedhof in Lichterfelde geschändet. Es wur-

de mit einem Hakenkreuz beschmiert. Robert Kempner war Stellvertreter des amerikanischen Hauptanklägers bei den Nürnberger Prozessen. Quelle: Bürger*innenmeldung, Twitter

5. Mai 2023

In der Buslinie 283 wurde eine Frau von einem unbekanntem Mann erst rassistisch beleidigt und dann mehrmals mit der Faust gegen den Kopf geschlagen. Als der Busfahrer anhielt, konnte der Mann fliehen. Die Frau erlitt Kopf-

schmerzen und wollte sich in Behandlung begeben. Die Polizei ermittelt. Quelle: Polizeimeldung vom 05.05.2023, Nr. 0698

7. Juli 2023

Auf einer Wiese am Schlachtensee äußerte sich eine Gruppe Menschen behindertenfeindlich über die Special Olympics, die zu dem Zeitpunkt in Berlin stattfanden. Quelle: Bürger*innenmeldung

Neben dem Wohnumfeld sind auch Bildungseinrichtungen, wie Kindertagesstätten oder Schulen nicht immer sichere Orte für People of Colour (PoC). Insgesamt wurden dem Register sieben rassistisch-motivierte Vorfälle in Kindergärten und Schulen gemeldet. Zwei Kinder bzw. Schüler*innen verließen die Einrichtungen aufgrund der erfahrenen Diskriminierung. Auch hier waren die Erfahrungen so gravierend, dass sich die Menschen trotz Beratung und Unterstützung für diese Schritte entschieden haben. Einrichtungen wie Hochschulen oder Universitäten sind ebenfalls nicht frei von Rassismus. Betroffene und nicht-betroffene Student*innen meldeten rassistische Aussagen, die in Seminaren geäußert wurden oder Vorfälle, die sich auf dem Campus der Freien Universität Berlin abspielten.

Rassismus im Bezirk zeigt sich auch in struktureller Benachteiligung. Die Zahlen aus dem Jahr 2023 sind wieder auf das Niveau von 2021 gestiegen, nachdem sie 2022 bei einer Anzahl von nur 3 Vorfällen lagen (2023: 13; 2022: 3; 2021: 14). Zur strukturellen Benachteiligung zählen die Register Vorfälle, die durch Behörden und Institutionen verursacht werden. Beispiele hierfür sind: Einwanderungsbehörden, Jobcenter oder Jugendamt. Im Jahr 2023 gab es u.a. einen Vorfall, bei dem einer Person aus rassistischer Motivation eine angemessene medizinische Hilfe versagt wurde. Vorfälle dieser Art werden insbesondere über die Netzwerkpartner*innen des Registers erfasst. Bei den Betroffenen handelt es sich meist um Menschen in Abhängigkeiten von Leistungen oder um besonders vulnerable Personen. Die Berliner Register anonymisieren diese Vorfälle, um betroffene Personen zu schützen.

Für Menschen, die nicht selbst von Diskriminierung betroffen sind, mögen diese Zahlen gering scheinen und die Erfahrungen der Menschen abstrakt oder schwer vorstellbar sein. Für rassifizierte Personen hat Rassismus aber ganz konkrete Auswirkungen,

die sie ein Leben lang begleiten und die ihr Leben verändern. Täter*innen hingegen erfahren im Gegensatz dazu häufig nur sehr wenig bis kaum Einschränkungen oder Konsequenzen für ihr Leben.

Rechte Bedrohung sozialer Einrichtungen

2023 verstärkte sich ein Trend, der 2022 begann und im Jahr 2024 noch anhält. Soziale Einrichtungen des Bezirks sind immer mehr von extrem rechten, rassistischen und diskriminierenden Vorfällen betroffen. Die Einrichtungen stehen unter unterschiedlicher Trägerschaft, haben aber gemeinsam, dass sie sich nach Außen für Vielfalt und Demokratie einsetzen. Die Mitarbeiter*innen der Einrichtungen arbeiten mit Kindern und Jugendlichen, mit geflüchteten Menschen oder mit der gesamten Nachbarschaft der Einrichtung zusammen.

Bei den Vorfällen handelt es sich u.a. um Aufkleber, die auf Schaukästen oder Außenwände der Einrichtungen angebracht werden. Teilweise werden gezielt Angebote zum Thema „Vielfalt“ überklebt. Zwei der Einrichtungen erhielten zudem Briefe mit rassistischen Äußerungen als Briefkasteneinwurf. 2023 waren dies insgesamt zehn Vorfallmeldungen, wobei zwei der Einrichtungen regelmäßig betroffen waren. Insbesondere in den Monaten von September bis Dezember erhielt das Register mindestens alle zwei Wochen Meldungen von einer dieser Einrichtungen. Die Inhalte der Sticker und Briefe richteten sich gezielt gegen die Besucher*innen, sowie gegen die Angebote der Einrichtungen. Beispielsweise wurde das Angebot eines Queer-Cafés mit einem Aufkleber überklebt, dessen Slogan lautete: „Braun ist bunt genug“ (Vorfall vom 20.09.2023).

Ziel dieser sozialen Einrichtungen im Bezirk ist die Unterstützung und Vernetzung benachteiligter Menschen. Sie dienen als Orte der konkreten Hilfe und des Empowerments. Solche Vorfälle führen bei den Mitarbeiter*innen zu Verunsicherungen. Es

besteht nicht nur die Sorge, dass sie selbst für ihre öffentlich gezeigte Haltung bedroht werden, sondern auch um die Sicherheit der Besucher*innen.

Auswirkungen des Angriffs der Hamas am 7. Oktober 2023

Der Angriff der terroristischen Organisation Hamas, der zum aktuellen Krieg zwischen Israel und Gaza führte, bildete sich in den Vorfällen aus dem Jahr 2023 ab. Betroffen war vor allem der Ortsteil Dahlem. An der Freien Universität Berlin wurden, neben den bereits oben erwähnten rassistischen Äußerungen, nach dem 7. Oktober 2023 vermehrt Pro-Palästinensische Veranstaltungen oder Demonstrationen erfasst. Auf Flyern und bei diesen Veranstaltungen wurden antisemitische Äußerungen getätigt oder Schilder gezeigt. Im Dezember 2023 besetzten pro-palästinensische Student*innen einen Hörsaal. Bei dieser Besetzung wurde u.a. die Shoah relativiert und das Narrativ des Deutschen „Schuld kult“ bedient.

Von den 19 gemeldeten antisemitischen Vorfällen, fanden 9 in Dahlem statt. 13 von insgesamt 19 antisemitischen Vorfällen geschahen in den Monaten Oktober, November und Dezember. Auch außerhalb des Universitätskontext wurden uns Vorfälle gemeldet, die sich auf den Krieg beziehen. Am 27. Oktober wurden in Zehlendorf beispielweise Plakate mit Fotos und Namen von israelischen Geiseln der Hamas abgerissen und zerstört.

Grundsätzlich können wir Register nur das abbilden, was wir von Bürger*innen des Bezirks, Netzwerkpartner*innen oder betroffenen Personen gemeldet bekommen. Wie auch die Jahre zuvor ist deshalb von einem hohen Dunkelfeld auszugehen. Um dieses aufzudecken, wird das Register Steglitz-Zehlendorf weiterhin Akteur*innen und Interessierte im Bezirk für die Perspektiven von benachteiligten Gruppen sensibilisieren und über die eigene Arbeit aufklären.

27. Oktober 2023

In der Hampsteadstraße in Zehlendorf wurden Plakate mit Fotos und Namen von israelischen Geiseln der Hamas abgerissen und zerstört. Da der Hamas-Terror gegen israelische Zivilist*innen islamistisch und antisemitisch motiviert war, wird die Zerstörung dieser Plakate als antisemitisch gewertet.

Quelle: Bürger*innenmeldung

6. November 2023

An der Bushaltestelle „Berner Straße“

im Schweizer Viertel wurden mehrere extrem rechte und rassistische Sticker geklebt. Zwei der Aufkleber sind von einem extrem rechten Versandhandel und hetzen gegen geflüchtete Menschen. Weitere selbstgemalte Aufkleber richten sich gegen den Islam. Ein weiterer Sticker ist gegen das Gendern. Die Aufkleber wurden entfernt.

Quelle: Bürger*innenmeldung

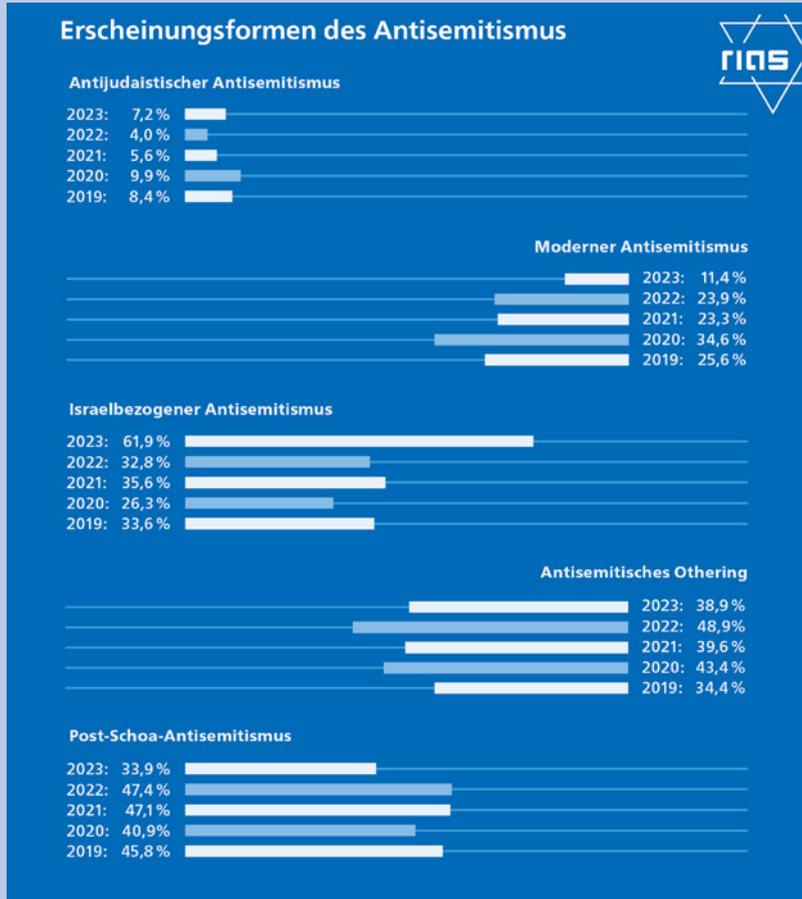
17. November 2023

Unter der Brücke an der Leonoren-

straße an der S-Bahnstation Lankwitz wurde ein großes rassistisches Graffiti entdeckt. Dort stand: „Remigration. No Invasion“. Das Schlagwort „Remigration“ verweist auf die Forderung der Neuen Rechten nach zwangsweiser Abschiebung von Migrant*innen. Der Ausdruck „Invasion“ markiert migrantische Personen als bedrohliche Zuwander*innen, die in Massen in das Land kommen.

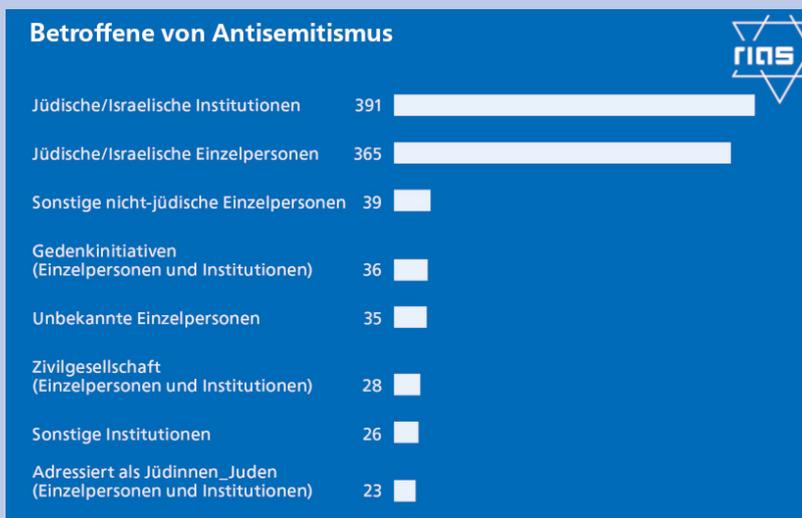
Quelle: Bürger*innenmeldung

Antisemitische Vorfälle in Berlin 2023: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin



Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin dokumentierte 2023 insgesamt 1.270 antisemitische Vorfälle in Berlin. Dies ist die höchste Anzahl antisemitischer Vorfälle, die seit Beginn der zivilgesellschaftlichen Dokumentation antisemitischer Vorfälle innerhalb eines Kalenderjahres in Berlin registriert wurden. Im Vergleich zu 2022 beläuft sich der Anstieg auf knapp 50%. Der sprunghafte Anstieg antisemitischer Vorfälle in Berlin ist auf die antisemitischen Reaktionen auf den 7. Oktober 2023, den Tag an dem die Hamas und andere Terrororganisationen Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung verübten, sowie die darauffolgenden Kriegshandlungen zwischen Israel und der Hamas zurückzuführen. 487 antisemitische Vorfälle ereigneten sich in den etwas mehr als neun Monaten vor dem 7. Oktober, 783, rund 62% der insgesamt registrierten Vorfälle 2023, nach dem Terrorangriff der Hamas bis zum 31. Dezember 2023.

Für das Jahr 2023 insgesamt wurden 2 Vorfälle extremer Gewalt sowie 34 Angriffe dokumentiert. 2022 waren es 1 Vorfall extremer Gewalt und 21 Angriffe gewesen. Gezielte Sachbeschädigungen sind von 31 Vorfällen in 2022 auf 52 Vorfälle in 2023 gestiegen. Es wurden 49 Bedrohungen verzeichnet, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr (24 Bedrohungen).



Nach dem 7. Oktober haben sich durchschnittlich etwa 14 Vorfälle pro Woche ereignet, die sich gegen Jüdinnen_Juden und Israelis richteten. 2023 waren in 262 Vorfällen 365 jüdische oder israelische Einzelpersonen betroffen. In 2022 waren es 98 Vorfälle gewesen, in denen 134 jüdische oder israelische Einzelpersonen als Betroffene gezählt wurden.

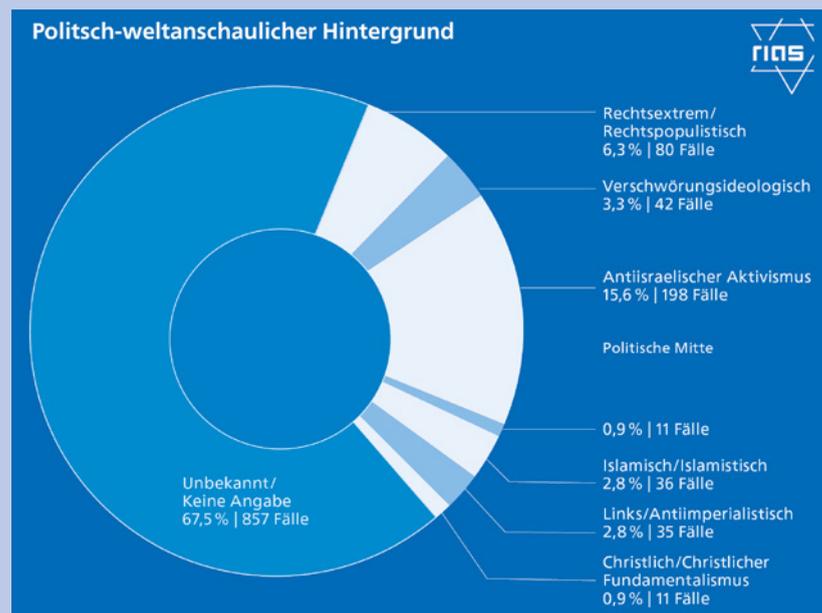
Antisemitische Vorfälle waren auch vor dem 7. Oktober ein den Alltag von Berliner Jüdinnen und Juden prägendes Phänomen. Nach dem 7. Oktober ist der Antisemitismus noch raumgreifender geworden, Vorfälle im öffentlichen Nahverkehr und im Wohnumfeld haben deutlich zugenommen. So berichten jüdische Betroffene von Situationen, in denen sie in Bus oder U-/S-Bahnen beschimpft oder angerepelt wurden. Wohnhäuser wurden mit Davidsternen markiert, in anderen Fällen kam es zu antisemitischen Anfeindungen durch Nachbar_innen.

Nach dem 7. Oktober dokumentierte das Projekt 22 antisemitische Vorfälle an Berliner Schulen. 18 dieser Vorfälle ereigneten sich von Angesicht zu Angesicht, z. B. wurden Kinder von ihren Mitschüler_innen antisemitisch beschimpft, bedroht oder auch angegriffen. Auch die Hochschule sticht 2023 als Tatort heraus. Während in den Jahren 2019 – 2022 durchschnittlich etwa 2 Vorfälle pro Jahr an Hochschulen dokumentiert wurden, waren es 2023 29 Vorfälle, 25 davon nach dem 7. Oktober.

Neben dem Anstieg antisemitischer Vorfälle zeigt sich eine qualitative Veränderung in der Wirkungsweise der Vorfälle seit dem 7. Oktober auf Jüdinnen_Juden, Israelis und sichtbares jüdisches Leben in Berlin. Das Leben von Jüdinnen_Juden, jüdischen Gemeinden und Organisationen in Berlin fand wegen der Zunahme antisemitischer Vorfälle und einer erhöhten Gefährdung seit dem 7. Oktober im öffentlichen Raum nur noch stark eingeschränkt statt. Viele Jüdinnen_Juden ergriffen unmittelbar nach dem 7. Oktober Schutzmaßnahmen, um nicht als jüdisch erkennbar zu sein, oder sie mieden Räume, die ihnen nicht sicher erschienen. Diese umfassenden Auswirkungen sind eine Zäsur für jüdische und israelische Communities in Berlin und müssen neben konkreten antisemitischen Vorfällen berücksichtigt werden.

Rund 62 % der antisemitischen Vorfälle enthielten im Jahr 2023 Elemente des israelbezogenen Antisemitismus. Dieser trat jedoch mehrheitlich in Kombination mit anderen Erscheinungsformen auf. Werden z. B. Jüdinnen_Juden kollektiv beschimpft und im gleichen Zuge Israel dämonisiert, so handelt es sich auch um antisemitisches Othering; wird die Politik Israels mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gleichgesetzt, handelt es sich auch um eine antisemitische Täter-Opfer-Umkehr und eine Bagatellisierung der Schoa, sodass sich hier israelbezogener Antisemitismus und Post-Schoa-Antisemitismus überschneiden.

2023 dokumentierte das Projekt 83 Versammlungen, in deren Kontext sich antisemitische Vorfälle ereigneten, 56 davon wurden nach dem 7. Oktober abgehalten. In 2022 wurden im gesamten Jahr 36 Versammlungen dokumentiert. Der 7. Oktober und der Krieg Israels gegen die Hamas diente als Anlass für eine breite Mobilisierung zu Versammlungen, bei denen in Reden, in Parolen oder auf mitgeführten Transparenten/Plakaten antisemitische Inhalte festgestellt wurden. Auf diesen Versammlungen traten teilweise Akteur_innen aus dem linken/antiimperialistischen, dem islamisch/islamistischen Spektrum sowie dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus gemeinsam auf. Dies zeigt, dass die Israelfeindschaft als verbindendes Element zwischen politischen Milieus fungieren kann, die sich sonst nicht nahestehen.



Zum ersten Mal seit Beginn der Dokumentation ist der antiisraelische Aktivismus dasjenige politisch-weltanschauliche Spektrum, dem die meisten zuordenbaren Vorfälle (15,5 %) zugewiesen werden konnten. Dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum, dem seit 2015 immer die meisten Vorfälle zuordenbar waren, wurden 2023 6,3 % zugewiesen.

Auch die antisemitischen Vorfälle, die sich im Internet ereigneten, sind nach dem 7. Oktober stark angestiegen. Während vor dem 7. Oktober wöchentlich im Durchschnitt sechs Vorfälle online verzeichnet wurden, waren es danach mehr als 24 Vorfälle pro Woche. Es ist allerdings für die Zeit nach dem 7. Oktober gerade im Online-Bereich von einem großen Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle auszugehen.



Antisemitische Vorfälle in Berlin 2023

Eine Auswertung der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

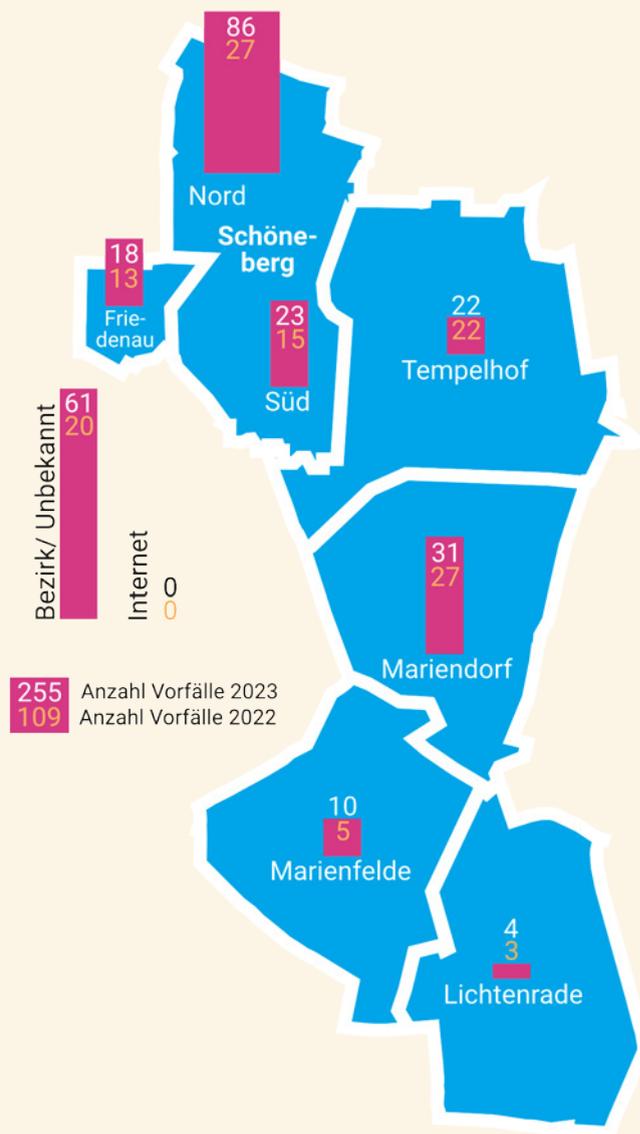
Digital unter:
report-antisemitism.de/annuals

Tempelhof-Schöneberg

Im Jahr 2023 erfasst die Registerstelle Tempelhof-Schöneberg insgesamt 256 Vorfälle, was einer Verdopplung im Vergleich zum Vorjahr entspricht (2022: 120). Der Großteil des Anstiegs ist auf Propagandavorfälle, wie Aufkleber zurückzuführen, die von 57 im Jahr 2022 auf 114 im Jahr 2023 angestiegen sind. Die Motive haben keinen Schwerpunkt. Zu allen Themen, wie LGBTIQ*-Feindlichkeit, NS-Verharmlosung, Rassismus, Rechte Selbstdarstellung, Antisemitismus und politische Gegner*innen wurden zwischen 10 und 30 Propaganda-Vorfälle erfasst.

Rassismus bleibt mit 78 Vorfällen die häufigste inhaltliche Kategorie (2022: 42). Den Anstieg in diesem Themenfeld machen Diskriminierungsfälle durch Institutionen und Behörden sowie Beleidigungen und Bedrohungen aus.

Bei den Ortsteilen sind die Anstiege vor allem in Schöneberg-Nord und bei den räumlich nicht zuzuordnenden Vorfällen (bezirkswweit) zu verzeichnen. Die Ursache hierfür sind wöchentliche Demonstrationen der Querdenkerpartei „Die Basis“ und zusätzliche Daten aus Antidiskriminierungsberatungsstellen, die für das Vorjahr 2022 nicht vorlagen.



LGBTIQ*-feindliches Plakat

Antisemitischer Schriftzug im Mariendorfer Damm



Kontakt:
Register Tempelhof-Schöneberg
NUSZ in der UFA-Fabrik e. V.
Viktoriastraße 13
12105 Berlin

Tel.: 0176 - 58 85 57 15
Mail: ts@berliner-register.de
Facebook: [TSRegisterBerlin](https://www.facebook.com/TSRegisterBerlin)
Twitter: [@TSRegister](https://twitter.com/TSRegister)
Instagram: [@TSRegister](https://www.instagram.com/TSRegister)

Ortsteile: Besonders starke Anstiege in Schöneberg-Nord und bei bezirksweiten Vorfällen

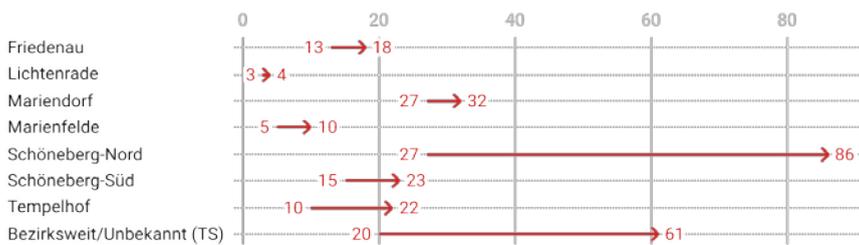
Der Ortsteil mit den meisten Vorfällen ist Schöneberg-Nord (86 für das Jahr 2023), was einen deutlichen Anstieg im Vergleich zu 2022 bedeutet (27 Vorfälle wurden 2022 dokumentiert). Grund hierfür sind montags stattfindende wöchentliche Demonstrationen der Querdenker-Partei „Die Basis“. Zudem gab es mehr Angriffe (2023: 9; 2022: 4) sowie Beleidigungen und Bedrohungen mit rassistischem Hintergrund im Ortsteil.

zeichnen (62 Vorfälle). Dabei handelt es sich hauptsächlich um Propaganda (28 Vorfälle), wobei die Motive Rassismus (14 Vorfälle) sowie NS-Verharmlosung und rechte Selbstdarstellung (10 Vorfälle) herausstechen. So wurden beispielsweise im Juni auf einer Informationstafel am Planentenspielplatz Hakenkreuze und die Parole „NS-Zone“ geschmiert. Auch in Tempelhof (2023: 22, 2022: 10), Schöneberg-Süd (2023: 23, 2022: 15), Friedenau (2023: 18, 2022: 13) und Marienfelde (2023: 10, 2022: 5) ist ein niedriger Anstieg der dokumentierten Vorfälle zu verzeich-

ein Bezirk, in dem nur sehr wenige Aktivitäten organisierter extrem rechter Parteien stattfanden. In Friedenau wurden die meisten Fälle von Anti-LGBTIQ*-Propaganda (6) gefunden. Diese Propaganda wurde beispielsweise durch Aufkleber verbreitet. Unter dem Titel „Stolzmonat“ wurde bundesweit eine Gegenkampagne zum Pride-Month aus der extremen Rechten initiiert. Die Spuren dieser Kampagne waren auch in Tempelhof-Schöneberg zu finden. Darüber hinaus gab es einen Fall von Behindertenfeindlichkeit. So wurde im Januar 2023 am Marktplatz Breslauer Platz ein Kind mit Behinderung und dessen Familie von einer Frau beleidigt und bedroht.

In den Ortsteilen Lichtenrade und Marienfelde wurden insgesamt 14 Vorfälle dokumentiert. Diese sind auf Aufkleber gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten, den Nationalsozialismus verherrlichende Schmierereien und antimuslimisch rassistische Propaganda zurückzuführen.

Vorfälle nach Ortteilen 2022 und 2023



In der Kategorie Bezirksweit/ Unbekannt (61 Vorfälle für 2023) werden Vorfälle, die stark anonymisiert sind, damit die Betroffenen der Vorfälle keine negativen Konsequenzen zu befürchten haben. Darunter fallen beispielsweise 24 Diskriminierungsfälle an Schulen, die von der Beratungsstelle ADAS gemeldet wurden, 15 antisemitische Vorfälle, die RIAS Berlin weitergeleitet hat und solche, die stark anonymisiert über eine parlamentarische Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus veröffentlicht wurden. Letztere Vorfälle aus der Anfrage sind 2022 nicht in die Auswertung eingegangen, weil sie nicht vorlagen.

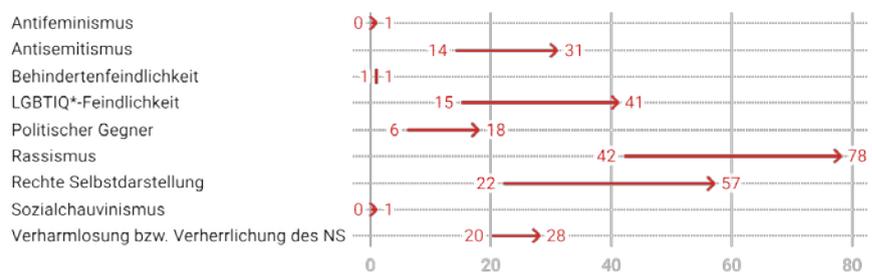
In Mariendorf blieben die Zahlen im Vergleich zu 2022 ähnlich (32 für das Jahr 2023 und 27 für 2022), während wir einen Rückgang im Vergleich zum Jahr 2021 ver-

zeichnen. In Tempelhof wurden im gesamten Jahr 2023 Vorfälle mit unterschiedlichen Motiven dokumentiert. Hervorzuheben sind ein Flugblatt mit antisemitischem Inhalt, ein Fall von Anfeindungen gegen eine wohnungslose Person sowie vier Vorfälle von LGBTIQ*-Feindlichkeit. Nur zweimal wurden auch Flugblätter der Neonazikleinstpartei „Der Dritte Weg“ in Briefkästen verteilt. Tempelhof-Schöneberg ist

Inhaltliche Zuordnung: Rassismus ist stärkstes Vorfallsmotiv

Die Hauptmotivation für die Vorfälle im Jahr 2023 war Rassismus mit 78 Erfassungen. Darunter wurden 23 Vorfälle von struktureller Benachteiligung an verschiedenen Schulen im Bezirk, die wir durch unsere Zusammenarbeit mit der Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS) erhalten haben.

Verteilung der Motive 2022 und 2023



Beispielvorfälle

26. Februar 2023

In der Ullsteinstraße wurde ein Mädchen, das mit seiner Mutter, die auch einen Kinderwagen mit einem Baby darin schob, unterwegs war, von einer Frau aus dem Weg gedrängt. Als die Mutter nach dem Grund fragte, schrie die Frau sie an, „Weil ihr Scheiß Ausländer seid, ihr Scheiß Kanaken, raus aus meinem Haus! Ich kann euch nicht ausstehen“. Außer dem Schrecken ist dem Kind glücklicherweise nichts passiert. Die Frau

verschwand kurz darauf in unbekannte Richtung.

Quelle: Berliner Register

25. April 2023

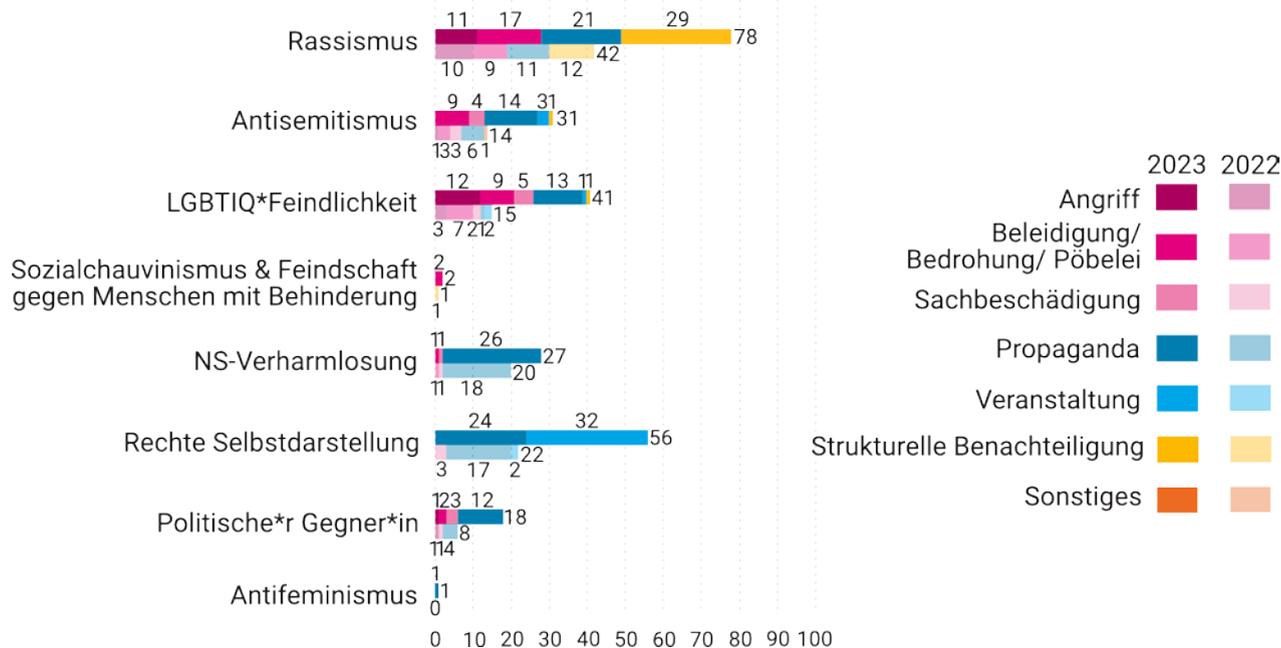
Ein Mann wurde in einem Restaurant in der Akazienstraße in Schöneberg-Süd aus rassistischer Motivation angegriffen. Als er fragte, ob er Informationen über eine Veranstaltung aushängen könne, wurde er von einem Angestellten beleidigt und hinausgewiesen. Anschließend wurde er

von dem Angestellten und einer weiteren Person bedrängt, geschlagen, gewürgt und getreten. Auch sein Fahrrad wurde stark beschädigt.

Quelle: ReachOut

20. September 2023

Eine queere BIPoC Trans-Person wurde in der U-Bahn-Linie 1 von zwei Männern um die 50 Jahre angegriffen. Die Person wurde rassistisch beleidigt, als sie versuchte, mit ihrem Fahrrad in die U-Bahn einzusteigen.



Von den 11 rassistisch motivierten Angriffen im Jahr 2023 ereigneten sich zwei in Schöneberg-Süd und zwei in Tempelhof. Drei weitere ereigneten sich in Marienfelde, Mariendorf und Schöneberg-Nord. Bei den restlichen fünf Angriffen wurde aus Gründen des Schutzes der Betroffenen nicht angegeben, wo sie sich im Bezirk ereignet haben. Viele dieser Angriffe basieren auf Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antiziganismus. Es handelt sich bei rassistischen Angriffen häufig um Gelegenheitstaten, die unvermittelt passieren und bei denen Täter*innen und Betroffene sich nicht kennen. Im Juni wurde beispielsweise eine 22-jährige Frau gegen 18.30 Uhr in einem Bus der Linie M46 in der Dominicusstraße von einer 36-jährigen Frau rassistisch beleidigt und bespuckt. Als die 22-jährige schwangere Frau aufstehen wollte, wurde sie von der 36-jährigen gestoßen und mit der Hand gegen

den Kopf geschlagen. Daraufhin prallte sie mit dem Bauch gegen eine Sitzbank. Der Begleiter der Angreiferin stellte sich zwischen die beiden Frauen und beendete damit den Angriff. Attacken dieser Art wirken auf Betroffene traumatisierend, weil sie die Situation weder vorhersehen noch verhindern oder sich in Zukunft vor ähnlichen Erfahrungen schützen können.

Unter den erfassten rassistischen Vorfällen sind auch 19 Bedrohungen, Pöbeleien und Beleidigungen. In zwei Fällen handelte es sich um konkreten antimuslimischen Rassismus, in zwei Fällen um anti-Schwarzen Rassismus und in einem Fall um Antiziganismus. Es gab auch Fälle von rassistischen Beleidigungen gegenüber Kindern und Familien, die nicht als Weiße wahrgenommen werden. So wurde im Juli eine Frau vor einem Café in der Meiningener Straße von dort sitzenden Gästen

im Vorbeigehen zum wiederholten Mal rassistisch beleidigt. Die Gäste machten Affenlaute und -gesten. Auch Kinder und Freundinnen der Betroffenen wurden dort schon rassistisch beleidigt.

LGBTIQ*-feindliche Vorfälle gestiegen

Besorgniserregend ist der Anstieg an LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen im gesamten Bezirk, der sich in einen berlinweiten Trend einreicht. Von den 24 Angriffen, die wir für das Jahr 2023 dokumentierten, hatten 12 ein LGBTIQ*-feindliches Motiv. Zusätzlich wurden 9 Vorfälle von Bedrohungen mit LGBTIQ*-feindlichen Motiven dokumentiert. Beispielsweise kam es zu drei Sachbeschädigungen und einer Demonstration gegen die LGBTIQ*-Community in Schöneberg-Süd. So verteilte im Oktober die neonazistische Kleinpartei „Der III. Weg“ Flyer während der Tage der offenen Tür der queeren Kitas „Rosarote

Beispielvorfälle

Die Person erklärte den beiden Männern, dass sie eine gültige Fahrkarte für das Fahrrad habe, aber die Beleidigungen wurden nur noch schlimmer. Einer der Männer ging auf die Person zu und trat ihr fest auf den Fuß.

Quelle: Meldeformular Berliner Register

21. September 2023

Ein Mann, der mit einer befreundeten Frau nachmittags an einer Bushaltestelle in Alt-Marienfelde stand, wur-

de von einem Mann mit einer Krücke aus rassistischen Motiven geschlagen und stürzte zu Boden. Auch am Boden liegend wurde er weiter geschlagen. Der Mann wurde verletzt und musste im Krankenhaus behandelt werden.

Quelle: Tagesspiegel 23.09.2023

30. Dezember 2023

In der Zietenstraße wurde ein Paar von einer Gruppe Männer homo-

phobisch geschlagen und traten auf das Paar ein und flüchteten anschließend. Die beiden betroffenen Männer wurden zur Behandlung in ein Krankenhaus gebracht. Der polizeiliche Staatsschutz beim Landeskriminalamt Berlin hat die Ermittlungen übernommen.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 2429 vom 31.12.2023 und Queer.de vom 01.01.2024

Tiger“ und „Gelbgrüne Panther“ im Rahmen des Projekts „Lebensort Vielfalt am Südkreuz“ verteilt. Die Flugblätter trugen den Titel „Familien schützen! Homo-Propaganda stoppen!“. In dem Text auf dem Flugblatt wurde argumentiert: „Wir stehen für den Schutz unserer Heimat, unserer Kultur & unseres Volkes. Die Familie ist dabei ein Gut, was es in besonderer Weise zu fördern & zu erhalten gilt“. Es wurden zudem an zwei verschiedenen Orten Regenbogenfahnen zerstört. Auch in anderen Bezirken wurden vermehrt Regenbogenfahnen an Einrichtungen und Verwaltungsgebäuden beschädigt.

Verschwörungsideologische Aktivitäten im Bezirk

Im Jahr 2023 fanden regelmäßig Montagsdemonstrationen des verschwörungsideologischen und rechten Spektrums statt. Insgesamt wurden für das Jahr 2023 32 solcher Veranstaltungen dokumentiert. Viele Teilnehmer*innen stammten aus dem Umfeld der sogenannten Querdenker*innen und Sympathisant*innen der Partei „Die Basis“. Es gibt personelle Überschneidungen mit den Autokorso-Demonstrationen im Bezirk. Bei diesen Montagsspaziergängen in Schöneberg-Nord wurde die Zeitung „Der Demokratische Widerstand“ verteilt, eine Publikation, die für rechtsoffene und verschwörungsideologische Inhalte bekannt ist. In anderen Berliner Bezirken sind Spaziergänge aus diesem Milieu mit dem Ende der Corona-Maßnahmen weitestgehend eingestellt worden.

Fazit

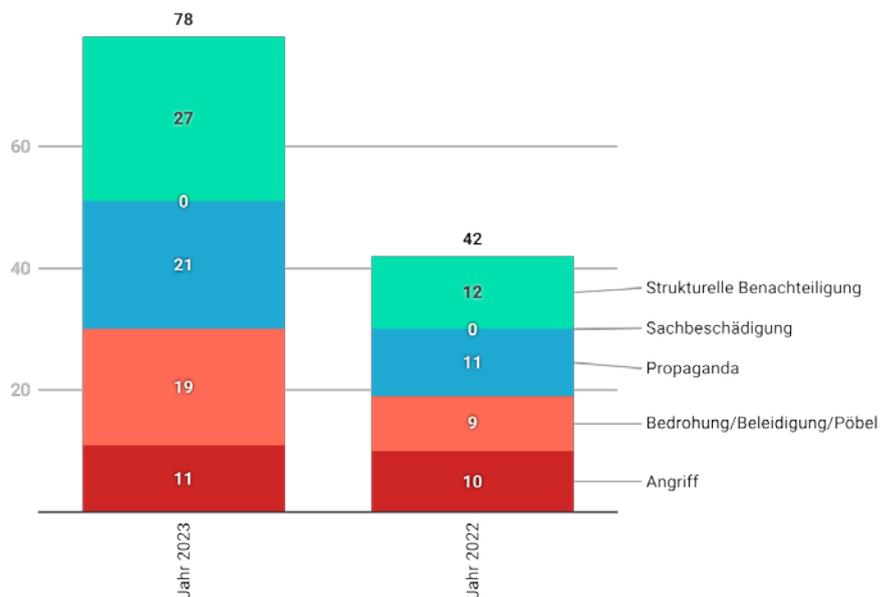
Im Jahr 2023 hat die Registerstelle in Tempelhof-Schöneberg doppelt so viele Vorfälle dokumentiert wie im Vorjahr. Darunter sind Fälle von Rassismus, Antisemitismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit und Aufkleber und Schmierereien aus der rechten Szene erfasst worden.

Ein Grund für den Anstieg der Vorfälle ist die Erhöhung der Bekanntheit der Registerstelle durch Aktivitäten mit Kooperationspartner*innen und mit der Community im Schöneberger Norden. Von dort wurden die meisten Vorfälle gemeldet (Montagsdemos und LGBTIQ*-feindliche Gewalt und Beleidigungen). Für das Jahr 2024 soll die Arbeit in den südlicheren Ortsteilen Marienfelde und Lichtenrade verstärkt werden, damit auch dort das Dunkelfeld an Vorfällen kleiner wird.

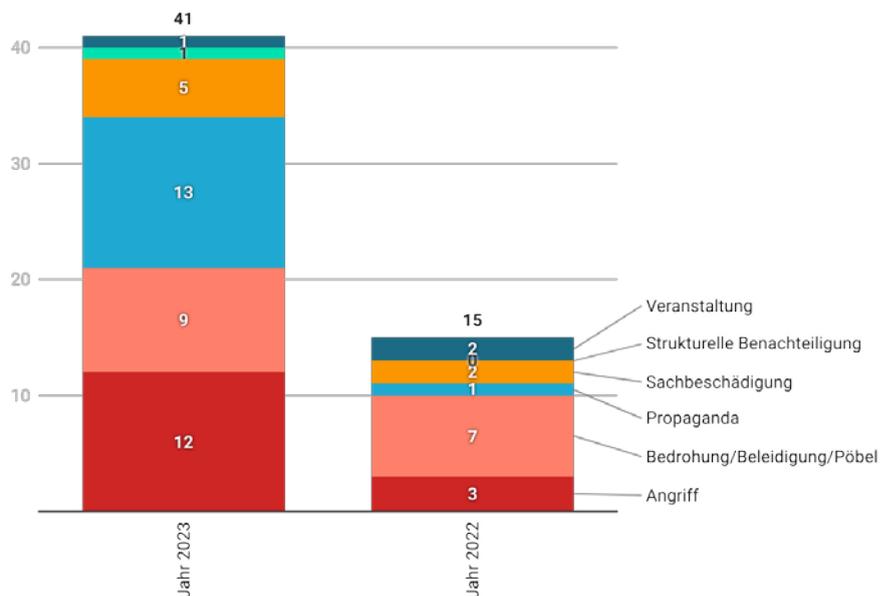
Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg gibt es eine fest verankerte LGBTIQ++-Community, bestehend aus verschiedenen Projekten, Akteur*innen, Orten und Menschen,

die hier leben. Sie leisten einen wertvollen Beitrag für die Dokumentation der Vorfälle im Bezirk. Die Anwohner*innen und hier arbeitende Menschen bereichern das Zusammenleben im Bezirk und stärken mit ihrem Engagement für die Registerstelle die Sichtbarkeit von Betroffenen im Alltag. An dieser Stelle möchten wir uns bei allen bedanken, die uns Vorfälle melden sowie bei allen Organisationen, Bibliotheken, Kooperationspartner*innen, Projekten und Kontaktstellen, die unsere Arbeit im vergangenen Jahr unterstützt haben. Nur durch dieses Engagement werden die unterschiedlichen Erlebnisse und Perspektiven sichtbar. Danke!

Arten rassistischer Vorfälle



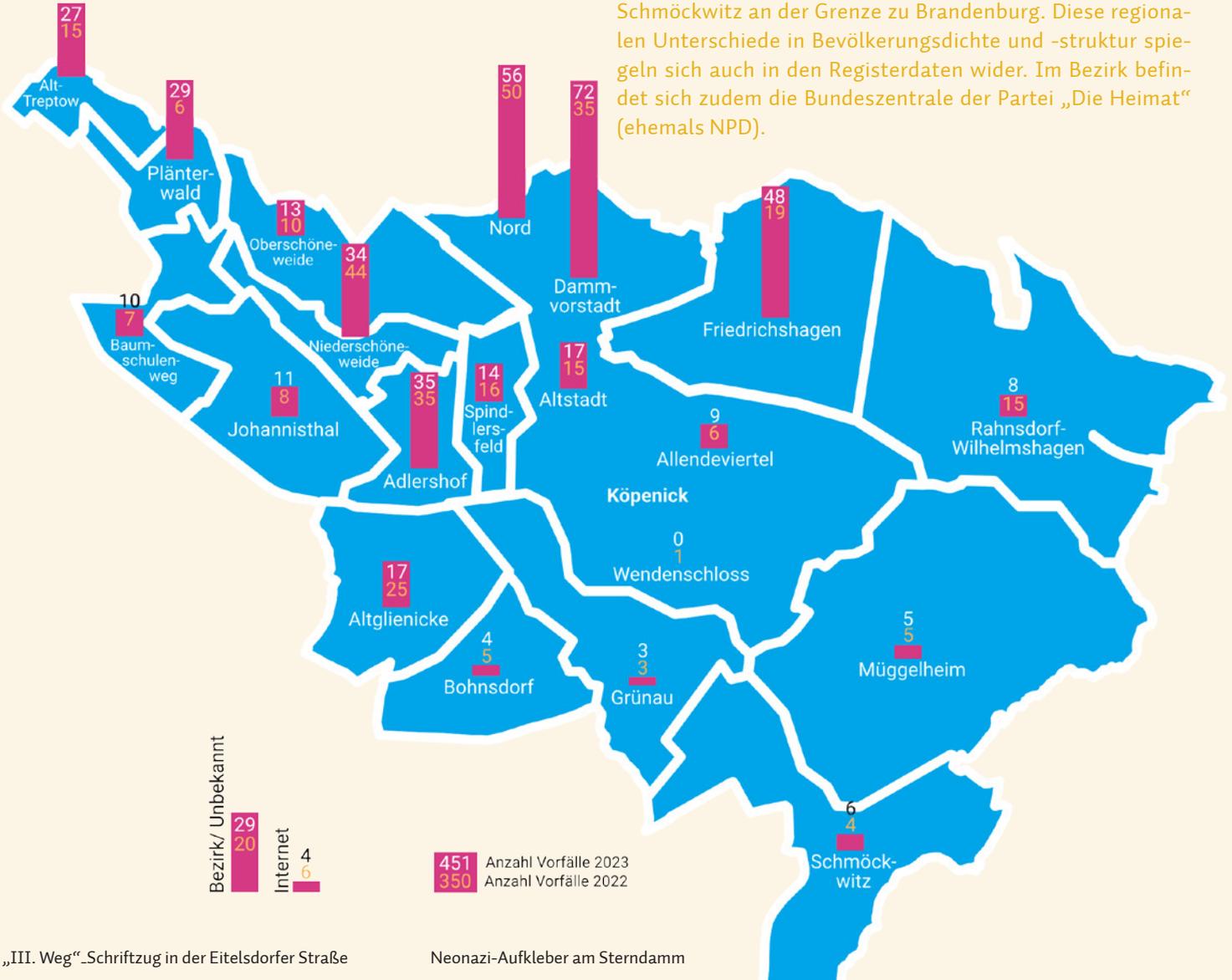
Arten LGBTIQ*-feindlicher Vorfälle





Treptow-Köpenick

Treptow-Köpenick ist der flächengrößte Bezirk Berlins und einer der grünsten. In seinen 15 Bezirksregionen wohnen ca. 294.000 Menschen. Dabei unterscheiden sich diese Regionen stark - vom fast innenstädtischen Alt-Treptow bis nach Schmöckwitz an der Grenze zu Brandenburg. Diese regionalen Unterschiede in Bevölkerungsdichte und -struktur spiegeln sich auch in den Registerdaten wider. Im Bezirk befindet sich zudem die Bundeszentrale der Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD).



„III. Weg“-Schriftzug in der Eiteldorfer Straße

Neonazi-Aufkleber am Sterndamm



Kontakt: Register Treptow-Köpenick

offensiv'91 e. V.
Hasselwerder Str. 38-40
12439 Berlin

Tel.: 030 - 65 48 72 93
 Mail: tk@berliner-register.de
 Facebook: Register Treptow-Köpenick
 Twitter: @TKRegister

Treptow-Köpenick im Jahr 2023

Im Jahr 2023 wurden 451 Vorfälle dokumentiert (2022: 350). Das entspricht einem Zuwachs von 29 %. Neben der Propaganda (+ 48) sind insbesondere die Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien stark angestiegen (+ 37). Durch den Ausbau des Melder*innen-Netzwerks konnte das Dunkelfeld, d.h. die Vorfälle, die passieren, aber bisher nicht gemeldet werden, weiter erhellt werden. So wurden 2023 die meisten Vorfälle seit Beginn der Erfassung durch das Register Treptow-Köpenick dokumentiert.

Verbale Gewalt auf dem Höchststand

2023 wurden so viele Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien wie noch nie in Treptow-Köpenick gemeldet. Insgesamt 80 Vorfälle stellen nahezu eine Verdopplung zum Vorjahr dar. Dabei sind es insbesondere die Motive LGBTIQ*-Feindlichkeit (+ 16), Antisemitismus (+ 8) und die Feindschaft gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten (+ 5), die zugenommen haben. Rassismus ist nach wie vor das Hauptmotiv, jedoch gab es hier keine Veränderung zum Vorjahr.

Die meisten Vorfälle wurden aus Friedrichshagen (13) gemeldet. Hier kam es auch zu einer Serie von antisemitischen Pöbeleien durch eine Person, was den größten Teil des Anstiegs in diesem Motivbereich erklärt. Die Vorfälle mit dem Motiv LGBTIQ*-Feindlichkeit (19) richteten sich mehrheitlich direkt gegen die betroffenen Personen (14), wobei trans Personen (8) am stärksten betroffen waren, gefolgt von homofeindlichen Anfeindungen (6). Hier zeigt sich, wie auch schon in den letzten Jahren im Themenfeld Rassismus zu beobachten war, dass zunehmende diskriminierende gesellschaftliche Debatten und extrem rechte Kampagnen zu einer zunehmenden Gewalt gegen die Betroffenen führen. Zudem konnten durch

eine verstärkte Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit mehr Betroffene erreicht werden. In Treptow-Köpenick wurde im Jahr 2023 aus ehrenamtlicher Initiative ein queerer Treff eingerichtet, zu dem es regelmäßigen Kontakt gibt. Die Hälfte der Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien (40) fanden im öffentlichen Raum, wie auf der Straße oder den öffentlichen Verkehrsmitteln statt und weitere 10 im Rahmen von Veranstaltungen und Demonstrationen, die sich gegen Diskriminierung und für Vielfalt einsetzten. Das spiegelt sich auch im Anstieg der Vorfälle im Motivbereich Feindschaft gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten wider. Hier sind es vor allem die Veranstaltungen, aber auch Anfeindungen gegenüber jungen Menschen, die ihre antidiskriminierenden und antirassistischen Wertvorstellungen offen durch ihre Kleidung vertreten, die zu einem Anstieg des Motivs führten.

Queere Menschen und politische Gegner*innen im Fokus

Am stärksten sind die Vorfälle in den Bereichen LGBTIQ*-Feindlichkeit (+ 36) und Feindschaft gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten (+ 34) gestiegen. Schon in den Jahren 2021 und 2022 wurde ein Anstieg der Queerfeindlichkeit verzeichnet, aber im Jahr 2023 war dieser nochmals größer als in den Jahren zuvor. Dabei sind die verbalen Anfeindungen stark gestiegen (+ 16). Die Übergriffe waren vor allem trans feindlich (9) und homofeindlich (8). In fünf Fällen wurden queere Lebensweisen grundsätzlich abgelehnt. Die Betroffenen erlebten die Übergriffe meist im öffentlichen Raum, wie im Nahverkehr, auf der Straße oder beim Einkaufen. Die meisten Angriffe und Bedrohungen wurden in der Köpenicker Dammvorstadt, Niederschöneweide und Adlershof dokumentiert. Zudem nahm

auch die Propaganda stark zu (+ 23). Sie stammt meist von extrem rechten Parteien wie „Der III. Weg“ oder sie ist Teil von extrem rechten Kampagnen gegen queere Menschen (z.B. „Stolzmonat“). Zudem wurden 15 Vorfälle gemeldet, in denen es eine gemeinsame Adressierung mit politischen Gegner*innen der extremen Rechten gab. In diesen Fällen handelte es sich oft um Aufkleber und Graffitis, die sich sowohl gegen Antifaschist*innen als auch gegen queere Menschen richteten. Auch im Motivbereich der politischen Gegner*innen ist der Anteil an Propaganda des „III. Weg“ recht hoch. Hinzu kommt noch eine große Menge an Graffitis, die sich explizit gegen Antifaschist*innen richten. Dabei wird insbesondere die Strategie der Anti-Antifa genutzt und teilweise explizit zum Sammeln von Adressen und Gewalt aufgerufen. Bereits im Vorjahr kam es vermehrt zu Gewaltaufrufen, wie „Zecken boxen“ oder Gewaltdarstellungen auf Aufklebern. Im Jahr 2023 stiegen die Angriffe (+ 3) und Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien (+ 5) auf politische Gegner*innen der extremen Rechten an. Die Übergriffe fanden im gesamten Bezirk statt mit einem Schwerpunkt in der Köpenicker Dammvorstadt und den angrenzenden Ortsteilen. Auffällig ist die Zahl der Beleidigungen im Rahmen von antifaschistischen und antirassistischen Demonstrationen. So kam es bei vier Veranstaltungen im Bezirk zu Beleidigungen, wobei in zwei Fällen mit Gewalt gedroht wurde. In den anderen Fällen sind insbesondere junge Menschen betroffen, die durch Aufnäher oder Aufdrucke als politische Gegner*innen erkannt wurden.

Räumliche Verschiebung der Vorfälle

Lange Zeit war Niederschöneweide der Ortsteil mit den meisten Vorfällen. Hier setzte sich bereits 2021 eine Veränderung in Gänge, die sich weiter vollzieht. Im Jahr

10. Februar 2023

Am S-Bahnhof Treptower Park hielt sich eine Gruppe von jungen Männern auf, die durch ihre Kleidung der neonazistischen Kleinstpartei Der III. Weg zuzuordnen waren. Sie bepöbelten und bedrohten Menschen sowohl am Ausgang Richtung Park als auch auf dem Bahnsteig. Später fuhren sie zum Ostkreuz, verteilten dort Flyer und gingen ebenfalls Personen an, die ihnen widersprachen.

Quelle: Zentrum für Demokratie

21. Februar 2023

Ein Jugendlicher, der im Kiez als Antifaschist bekannt ist, wurde beim Einwerfen von Flaschen in Altglascontainer an der Ecke Seelenbinderstraße/ Weinbergstraße mit einem Luftdruckgewehr beschossen. Die Munition durchschlug seine Jacke und erzeugte ein Hämatom.

Quelle: Zentrum für Demokratie

5. Juli 2023

In der Tram 68 wurden zwei Frauen lesbenfeindlich beleidigt und bedroht. Der

Mann, der hinter ihnen saß, sagte Sätze wie „Ihr verschmutzt unsere Rasse!“ und „In Brandenburg wärt ihr schon verprügelt worden.“ Beim Aussteigen am S-Bhf. Grünau zeigte er den beiden Frauen den Hitlergruß und rief: „Sieg Heil!“

Quelle: Zentrum für Demokratie

13. September 2023

Auf der Gegenkundgebung zu einer AfD Veranstaltung an der Ecke Coloniaallee/ Ehrenfelder Str. wurde der

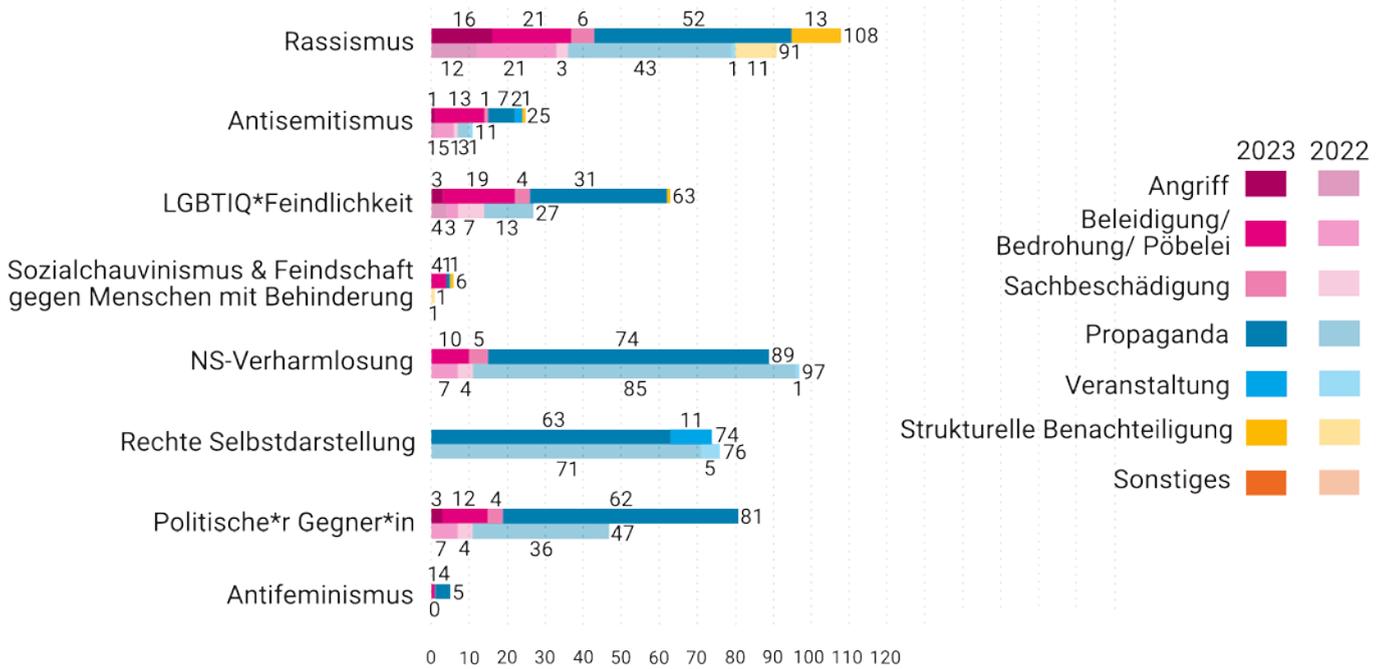
2023 wurden die meisten Vorfälle in der Köpenicker Dammvorstadt (72), Köpenick Nord (56) und Friedrichshagen (48) dokumentiert. Die Dammvorstadt und Köpenick Nord verzeichneten schon im Vorjahr Zuwächse. Dieser Trend setzt sich nun fort und lässt sich auf die Aktivitäten der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ zurückführen. Hier gibt es die meisten Vorfälle mit einem direkten Zusammenhang mit der Partei. Hinzu kommt, dass in beiden Ortsteilen die meisten Vorfälle im Motivbereich der Feindschaft gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten dokumentiert wurden. Das deutet stark darauf hin, dass sich hier eine organisierte extreme Rechte bewegt, die ganz klar einen Anspruch auf diese Ortsteile erhebt, diesen durch Propaganda markiert und mit zunehmender Gewalt durchsetzen will. Zudem gehören die Dammvorstadt, Friedrichshagen und Köpenick Nord zu den Ortsteilen mit den meisten LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen, darunter fünf Belei-

digungen und Bedrohungen. Auch hier ist die Ursache eine zunehmend aktiver werdende extreme Rechte. Diese Entwicklung ist jedoch unabhängig von der Parteizentrale der Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD), die sich ebenfalls in der Dammvorstadt befindet. Die Schwäche der Partei setzt sich fort und zeichnet sich dadurch aus, dass es keine Zunahme der Veranstaltungen und Propaganda gibt.

„Der III. Weg“ im Jahr 2023

Die Vorfälle im Zusammenhang mit der Partei „Der III. Weg“ sind im Vergleich zum Vorjahr auf einem ähnlichen Niveau (2023: 58; 2022: 63). Wie auch schon im Vorjahr lag der Schwerpunkt auf Köpenick Nord (19) und der Dammvorstadt (15), hier wurden insbesondere Aufkleber der Partei gemeldet. Über das Jahr hinweg gab es zudem Schwerpunkte für Graffiti und Schriftzüge, wie die Wuhlheide, den S-Bhf. Köpenick und den S-Bhf. Oberspree. Die Flyeraktionen der Partei wurden im

ersten Halbjahr in den Treptower Ortsteilen und zum zweiten Halbjahr in den Köpenicker Ortsteilen dokumentiert. Zudem fanden zwei Veranstaltungen statt, eine Saalveranstaltung in Altglienicke und eine sog. „Parkstreife“ am Treptower Park, die mit Beleidigungen und Bedrohungen von Passant*innen endete. Inhaltlich dienten die meisten Vorfälle der Parteiwerbung und wurden der extrem rechten Selbstdarstellung zugeordnet, jedoch nahm der Anteil an LGBTIQ*-feindlicher Propaganda zu. Ebenfalls eine neue Entwicklung im Jahr 2023 ist die vermehrte Werbung für die Jugendorganisation („NRJ“) der Partei. Dies spiegelt sich auch in der starken Zunahme von Graffiti als Aktionsform wider und zeigt, dass die Partei ihre Aktivitäten auf die Ansprache junger Menschen abstimmt.



Beispielvorfälle

Queer-Referent des evangelischen Kirchenkreises, der sich für die queere Gemeinde engagiert und entsprechend auf der Veranstaltung aufgetreten ist, von einem Mann mit den Worten „Wenn es dunkel wird, steche ich dich als Erstes ab!“ bedroht. Der Täter wurde vor Ort von der Polizei festgenommen.
Quelle: Register Treptow-Köpenick

16. September 2023

Am Abend griff ein Mann einen anderen Mann und seine Mutter auf dem S-Bhf. Friedrichshagen an und beleidigte die beiden rassistisch. Der Angreifer ging unvermittelt auf den Sohn los und griff ihm an den Hals und versuchte ihn zu Boden zu bringen. Als dies nicht funktionierte, drückte er seinen Kopf mehrfach gegen einen Stahlträger, wobei er ihn rassistisch beleidigte. Als der Angreifer dann auf die Mutter losgehen wollte, stellte sich der Sohn dazwischen und rief die Polizei. Der Angreifer flüchtete und der Sohn verfolgte ihn in die Bahnhofshalle, wo der Flüchtige ein

Messer zog, woraufhin sich der Sohn zurückzog.
Quelle: Pressemitteilung Bundespolizei vom 18.09.2023

11. Oktober 2023
An der Haltestelle Bahnhofstr./ Seelenbinderstr. schreit ein älterer Mann lautstark: „Scheiß Ausländer!“ und „Scheiß K***!“ Als eine Passantin darauf ablehnend reagiert, zeigt er den Hitlergruß.
Quelle: Zentrum für Demokratie

Beratungs- & Dokumentationsstellen in Berlin

ADAS

Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen
adas-berlin.de

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB)

Das ADNB ist eine unabhängige Beratungsstelle für Menschen, die rassistische Diskriminierungserfahrungen machen.
www.adnb.de

Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung, chronische Erkrankung

Diese Beratungsstelle ist eine Anlaufstelle für Menschen, die aufgrund ihres Lebensalters, ihrer Behinderung oder chronischen Krankheit diskriminiert werden.
www.diskriminierung-berlin.de

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (Apabiz)

Das apabiz ist ein Archiv und bietet Veranstaltungen und Workshops rund um die Themen der extremen Rechten an. Mehr Informationen unter www.apabiz.de

Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA)

AmaroForo dokumentiert antiziganistisch motivierte Vorfälle in Berlin. Mehr Informationen zum Dokumentationsprojekt gibt es hier: www.amaroforo.de/projekte/dosta.

Dokumentation und Beratung bei Anti-Schwarzem Rassismus

EOTO und die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland dokumentieren Vorfälle von Anti-Schwarzem Rassismus. EOTO bietet eine Antidiskriminierungsberatung an.
www.eoto-archiv.de/antidiskriminierungsberatung

entschwört - Beratung im Umgang mit Verschwörungsmethoden im persönlichen Umfeld

<https://entschwoert.de>

Gewaltschutzambulanz der Charité

(keine Beratungsstelle, sondern Untersuchung und Erstellen von Attesten)
gewaltschutzambulanz.charite.de

GLADT

Beratung von und für Schwarze und of Color Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und queere Menschen in Berlin
<https://gladt.de/>

KiDS - Kinder vor Diskriminierung schützen

<https://kids.kinderwelten.net/de>

Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. (KUB)

Die Kontakt- und Beratungsstelle unterstützt Geflüchtete und Migrant*innen aus aller Welt. Sie beraten bei Fragen zum Asylrecht, zum Aufenthaltsrecht und in psychischen und sozialen Fragen. www.kub-berlin.org

L-Support

L-Support berät und dokumentiert homophobe Gewalt gegen Frauen und weiblich gelesenen Menschen.
www.l-support.net/melde-deinen-fall

LesMigraS

LesMigraS bietet Beratung und Vernetzung für queere Frauen, trans und nichtbinäre Menschen, intergeschlechtliche Menschen. Sie bieten gezielte Beratungen an für People of Colour, Schwarze und Indigene Menschen und queere geflüchtete Menschen an.
www.lesmigras.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)

Die MBR bietet allen Menschen Beratung und Unterstützung an, die sich in Berlin für eine menschenrechtsorientierte und demokratische Alltagskultur einsetzen.
www.mbr-berlin.de

Mobiles Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung

www.mbt-berlin.de/mbt

OFEK - Beratung bei antisemitischen Vorfällen und Übergriffen

<https://ofek-beratung.de>

Reachout - Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus und Rassismus

ReachOut berät Betroffene, Angehörige und Zeug*innen rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt.
www.reachoutberlin.de

Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS)

RIAS dokumentiert antisemitische Vorfälle in Berlin, die über die Seite www.report-antisemitism.de gemeldet werden können.

StandUp

Antidiskriminierungsberatung der Schwulenberatung Berlin
schwulenberatungberlin.de/wir-helfen/antidiskriminierung

TIN*-Antigewaltberatung der Schwulenberatung Berlin

Beratung von gewaltbetroffenen trans*, inter* und nicht-binären Personen
<https://schwulenberatungberlin.de/angebote/tin-antigewaltberatung>

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG)

Auf der Internetseite sind Ratgeber für Betroffene und deren Angehörige in unterschiedlichen Sprachen als PDF zu finden.
www.verband-brg.de/material/#publikationen

www.berliner-register.de

